DAS
BADISCHE QUELLENMATERIAL
FÜR
DIE GESCHICHTE DER REICHSGRÜNDUNG
BEI
OTTOKAR LORENZ

INAUGURAL-DISSERTATION
ZUR
ERLANGUNG DER DOKTORWÜRDE
DER
HOHEN PHILOSOPHISCHEN FAKULTÄT
DER
VEREINIGTEN FRIEDRICHS-UNIVERSITÄT
HALLE-WITTENBERG
VORGELEGT
VON

GERHARD KAULFUSS
AUS SORAU N.-L.

HALLE A. S.
DRUCK VON EHRHARDT KARRAS
1912

Referent: Prof. Dr. Fester.

Tag der mündlichen Prüfung: 28. Februar 1912.

Meinem lieben Vater

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41544702_0034

Vorwort.

Ein wie reiches Quellenmaterial das Werk von Lorenz auch in sich schließen mag, für eine literarische Verwertung bietet es doch teilweise nicht geringe Schwierigkeiten und Bedenken. Erwägt man nur, daß es oft nur durch eine eingehende kritische Prüfung möglich, ja zum Teil überhaupt unmöglich ist, den quellenmäßigen Kern aus der ihm von Lorenz gegebenen Hülle herauszuschälen, so wird man es begreiflich finden, daß Lorenz bisher nur in beschränktem Maße als Quelle verwertet worden ist.

Die nachfolgende Abhandlung hat es sich nun zum Ziel gesetzt, wenigstens einen Teil des Lorenzschen Buches einer bequemeren Benutzung zugänglich zu machen. Sie will in Form einer Spezialuntersuchung einen größeren begrenzten Abschnitt von Lorenz einer eingehenden Kritik unterziehen und darin jene Mitteilungen, die auf badischen Quellen zu fußen scheinen, in ihrem Quellenwert zu würdigen versuchen.

Die den kritischen Ausführungen angefügte chronologische Tabelle soll das ganze in dem behandelten Abschnitt von Lorenz angeführte badische Quellenmaterial in möglichster Ordnung und Übersichtlichkeit zur Anschauung bringen.

Es wäre erwünscht gewesen, hätte man wenigstens darüber volle Gewißheit erlangen können, ob Lorenz die Tagebuchaufzeichnungen des Großherzogs und dessen Korrespondenz mit Jolly im Original vorgelegen haben, oder ob er nur Auszüge aus ihnen bekam. Mein Lehrer, Herr

Professor Dr. Fester wandte sich mit der Bitte um gefällige Beantwortung dieser Fragen an das Großh. Kabinett nach Karlsruhe. Die Antwort vom 31. Juli 1911 lautet: „Das gesamte Korrespondenzmaterial des hochseligen Großherzogs ist auf Befehl Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs geheim zu halten und auf Anfrage habe ich den Bescheid erhalten, daß eine Ausnahme auch bezüglich der Korrespondenz Lorenz nicht gemacht werden kann."

Inhaltsverzeichnis.

Seite

Vorwort V

Literaturübersicht IX

A. Untersuchung und Sichtung des badischen Quellenmaterials . . . 1

1. Der Ursprung der „Belohnungsidee“ 1

2. Süddeutsche Politik in den ersten Monaten des Krieges bis zur Einberufung der Versailler Verhandlungen 6

3. Die Eröffnung Bismarcks vom 2. Oktober an die badische Regierung in ihrer Bedeutung für die anderen süddeutschen Staaten 13

4. Die Versailler Verhandlungen 17

5. Die Lage in München nach dem Abschluß der Versailler Verhandlungen 30

6. Freydorf in Berlin 33

7. Großherzog Friedrich als Förderer des Kaisertums 37

8. Die Sendung Holnsteins 44

9. Bemerkenswerte Einzelheiten aus dem letzten Monat des alten und dem Beginn des neuen Jahres 53

10. Der Streit um die Formulierung des Kaisertitels 63

B. Zusammenfassende Betrachtung von Lorenz' badischen Quellen . 73

C. Versuch einer chronologischen Anordnung des behandelten Quellenmaterials 77

Literaturübersicht.

Abeken, H., Ein schlichtes Leben in bewegter Zeit. 4. Aufl. Berlin 1910.

Alter, W., Deutschlands Einigung und die österreichische Politik. Deutsche Rundschau Nr. 1, Oktober 1910.

Augsburger Allgemeine Zeitung, Jahrgang 1870.

Bismarcks Briefe an seine Gattin aus dem Kriege 1870/71. Stuttgart 1903.

Bismarck-Jahrbuch, Neues, herausgeg. von Poschinger. Wien 1911. Bd. I.

Bismarck, Otto Fürst von, Gedanken und Erinnerungen. Volksausgabe, Bd. 2. Stuttgart und Berlin 1905.

Boyen, H. von, Erinnerungen. Herausgeg. von W. von Tümpling. 1898.

Bluntschli, Denkwürdiges aus meinem Leben. Bd. 3. Herausgeg. von Seyerlen. Nördlingen 1884.

Bray-Steinburg, Graf von, Denkwürdigkeiten. Herausgeg. von Heigel. Leipzig 1901.

— Allgemeine Deutsche Biographie. 55. Bd. S. 680—687 (von Müller).

Brandenburg, Erich, Briefe und Aktenstücke zur Geschichte der Gründung des Deutschen Reiches (1870—1871). 2 Bde. Leipzig und Berlin 1911.

— Der Eintritt der Süddeutschen Staaten in den Norddeutschen Bund. Berlin 1910.

Busch, Moritz, Tagebuchblätter. Bd. 1 und 2. Leipzig 1899.

Busch, Wilhelm, Die Kämpfe um Reichsverfassung und Kaisertum. Tübingen 1906.

Delbrück, Rud. von, Lebenserinnerungen. Bd. 2. Berlin 1905.

Dorien, K., Der Bericht des Herzogs Ernst II. von Koburg über den Frankfurter Fürstentag 1863. Ein Beitrag zur Kritik seiner Memoiren. Hist. Bibliothek, 21. Bd., 1910.

Ernst II., Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha, Aus meinem Leben und meiner Zeit. Bd. 3. Berlin 1889.

Freydorf, R. von, Aus Briefen und Tagebüchern eines deutschen Ministers. Deutsche Revue 8 (1883), Bd. 4.

Friesen, Richard Freiherr von, Erinnerungen aus meinem Leben. Bd. 3. Dresden 1910.

Gelzer, Heinrich. Von Friedr. Curtius. Gotha 1892.
Hassel, P., Aus dem Leben des Königs Albert von Sachsen. Bd. 2. Berlin 1900.
Hohenlohe-Schillingsfürst, Chlodwig Fürst von, Denkwürdigkeiten. Bd. 2. Stuttgart und Leipzig 1907.
Jacob, Karl, Bismarck und die Erwerbung Elsaß-Lothringens 1870/71. Straßburg 1905.
Jacobi, Hugo, Großherzog Friedrich von Baden in Versailles. Leipzig 1906.
Jansen, G., Großherzog N. F. Peter von Oldenburg. Erinnerungen. Oldenburg 1903.
Jolly, Staatsminister. Von Baumgarten und Jolly. Tübingen 1896.
Kaiser Friedrichs Tagebücher, herausgeg. von Margarete von Poschinger. Jena und Berlin 1901.
Karlsruher Zeitung, Jahrgang 1870.
Kobell, Louise von, König Ludwig II. und Fürst Bismarck im Jahre 1870. Leipzig 1899.
Küntzel, Georg, Bismarck und Bayern in der Zeit der Reichsgründung. Frankfurt 1910.
Krone, R., Großherzog Friedrich von Baden, Reden und Kundgebungen. Freiburg 1901.
Aus Laskers Nachlaß. Sein Briefwechsel 1870—71. Deutsche Revue 17, 2—4 (1892).
Lorenz, Ottokar, Gegen Bismarcks Verkleinerer. Jena 1903.
Meyer, Georg, Die Reichsgründung und das Großherzogtum Baden. Heidelberg 1896.
Mittnacht, Freih. von, Rückblicke. Stuttgart und Berlin 1909.
Mohl, R. von, Lebenserinnerungen. Stuttgart 1901.
Norddeutsche Allgemeine Zeitung, Jahrgang 1870.
Oncken, H., Rud. von Bennigsen. Bd. 2. Stuttgart 1909.
Oncken, W., Unser Heldenkaiser. Berlin 1897.
Poschinger, Fürst Bismarck und der Bundesrat. I. Bd. Stuttgart und Leipzig 1896—1901.
Rapp, Adolf, Die Württemberger und die nationale Frage 1863—1871. Stuttgart 1910.
Roon, Albrecht von, Denkwürdigkeiten. Bd. 3. Breslau 1897.
Schneider, Louis, Aus dem Leben Kaiser Wilhelms. Bd. 2 und 3. Berlin 1888.
Schulthess, Europäischer Geschichtskalender 1871. 12. Jahrgang.
Simson, B. von, Eduard von Simson. Leipzig 1901.
Staatsarchiv, herausgeg. von Aegidi und Klauhold. 1871, Bd. XX.
Stosch, Albr. von, Denkwürdigkeiten. Deutsche Revue 27, 4 (1902).
Suckow, Rückschau. Herausgeg. von Wilh. Busch. Tübingen 1909.
Toeche-Mittler, Die Kaiserproklamation in Versailles am 18. Januar 1871. Beihefte zum Militärwochenblatt 1896.
Verdy du Vernois, Im Großen Hauptquartier 1870—71. Deutsche Rundschau 83—85 (1895).

Weicker, Vom Staatenbund zum Bundesstaat. 2. Teil. Beilage zum Programm des Gymnasiums zu Aschersleben. Ostern 1911.
Wertheimer, Ed. von, Graf Julius Andrassy. Sein Leben und seine Zeit. Leipzig 1910.
Wilmowski, G. von, Meine Erinnerungen an Bismarck. Breslau 1899.

Während des Druckes meiner Dissertation erschien das Buch von Wilh. Stolze, Die Gründung des Deutschen Reiches im Jahre 1870. München und Berlin 1912. Für meine Untersuchung kommt es aber so gut wie gar nicht in Frage. Erwähnt sei nur, daß ich mich auch mit Stolzes Auffassung von der Stellung des Großherzogs zur Oberhausfrage und zum Einheitsstaat (vgl. Stolze S. 82 83; 84 85; 192) nicht einverstanden erklären kann (s. unten S. 21/22). Die Selbstlosigkeit des Großherzogs, dieses „Lyrikers der deutsch-nationalen Sache" ist von St. in etwas zu lebhaften Farben gemalt. Auch die Abhandlung von W. Busch, Württemberg und Bayern in den Einheitsverhandlungen 1870 (Hist. Zeitschrift 1912, 109, 161 ff.), konnte nicht mehr berücksichtigt werden.

Untersuchung und Sichtung des badischen Quellenmaterials.

1. Der Ursprung der „Belohnungsidee".

„Bayern und seine Vergrößerungspläne" lautet der Titel eines Abschnittes des Lorenzschen Buches. Darin versucht der Verfasser den Nachweis zu bringen, daß von Bayern der Gedanke einer territorialen Vergrößerung der süddeutschen Staaten aufgerollt worden ist. Er ist sogar der Ansicht, daß Bayern schon seit Beginn des Kriegszustandes, also noch vor dem Ausbruch der Feindseligkeiten eine territoriale Vergrößerung seines Gebietes im Auge gehabt habe, ja, daß es sich eigentlich nur unter der Bedingung einer Landerweiterung zu einer Beteiligung am Kriege bereit erklärt habe.

Seite 294 heißt es bei Lorenz:

„Glücklicherweise liegen aber noch Mitteilungen des Großherzogs von Baden vor, mit welchem der Kronprinz unmittelbar danach (d. h. nach dem Besuche in München) zusammengekommen war. Dieselben geben einen Einblick in den Kreis der Vorstellungen, von welchen der König (von Bayern) beherrscht war, als er seine wichtigen Beschlüsse faßte und die bayrische Regierung in das Kriegsbündnis mit Preußen tatsächlich eintrat. Was er sich als Ziel gesetzt hatte, war die Vergrößerung Bayerns und vielleicht . . ."

Und Seite 298 heißt es ähnlich:

„Da Bayern in den Krieg, wie man nicht wohl zweifeln wird, mit dem ausdrücklichen Vorbehalt der Vergrößerungsforderung eingetreten war, so wuchs im Verlaufe weniger Wochen dieser Gedanke so mächtig, daß selbst der Kronprinz von Preußen dem Großherzog gegenüber die Sache einigermaßen zu rechtfertigen suchte, während Bismarck vermöge

seiner schwärmerischen Bereitwilligkeit für alles, was Bayern wollte, wahrscheinlich schon in bestimmterer Art seine Geneigtheit mündlich oder schriftlich nach irgend einer Seite ausgesprochen haben mußte, da eine der ersten Weisungen des Königs Ludwig an den Grafen Bray in Versailles dahin lautete, die Territorialvergrößerung Bayerns zu erwirken."

Das ist etwas ganz Neues, was man hier von Lorenz zu hören bekommt. Wenn er nur genügendes und vor allem durchsichtigeres Material ebendazu gebracht hätte. Mich können aber weder die Zeilen auf Seite 294, noch seine Ausführungen auf S. 298 davon überzeugen, daß Lorenz tatsächlich eine Quelle vorgelegen haben sollte, in der er einen ausdrücklichen Hinweis darauf, daß nämlich Bayern nur unter der angegebenen Bedingung sich den deutschen Heeren angeschlossen habe, vorgefunden hat. Es mag deshalb im folgenden der Versuch gemacht werden, einmal den eigentlichen Ausgangspunkt der süddeutschen Territorialwünsche kurz festzustellen, anderseits die Äußerungen von Lorenz auf ihre quellenmäßige Grundlage zu prüfen.

Es kann m. E. kein Zweifel bestehen, daß der Gedanke, die Süddeutschen für ihre Waffenhilfe mit erobertem Gebiete zu belohnen, zuerst von norddeutscher Seite befürwortet worden ist. Am 9. August erschien in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" ein Artikel, in dem am Schluß nach dem Danke an Süddeutschland für seine treue Waffenbrüderschaft die Frage aufgeworfen wird, „wie denn Süddeutschland am besten für seine Treue gelohnt werden müsse." [1]) Einen Tag vorher hatte der bayrische Gesandte in Berlin, Baron Perglas, in einem Bericht an seinen König die Situation ganz ähnlich geschildert wie jener Artikel des offiziösen Blattes. Aus den von Bismarck veranlaßten Enthüllungen schließt er auf die Möglichkeit einer Ausdehnung der „Selbständigkeit und Territorialmacht" Bayerns.[2]) Ein deutlicher Beweis dafür, daß die amtlichen Berliner Kreise, von denen Perglas seine Information bekommen hatte, auch mit der Auslassung

[1]) Nordd. Allg. Zeit., Dienstag 9. August 1870.

[2]) Perglas an König Ludwig. 8. August. Bray-Steinburg, Denkwürdigkeiten S. 150. Herausg. von Heigel. Leipzig 1901.

der Nordd. Allg. Zeit. vom 9. August in engste Beziehung zu bringen sind. Diese Eröffnung fand nun in Süddeutschland sofort die weiteste Beachtung. Wußte man doch, daß man an einer solchen Erklärung des norddeutschen Regierungsblattes nicht achtlos vorüberzugehen hatte. Bald begann die ganze süddeutsche Presse sich mit dem Für und Wider dieser sogenannten Belohnungsidee zu beschäftigen.[1]) Im Hauptquartier und in den Kreisen der preußischen Generale stellte man eine Verteilung der eroberten Gebiete an die süddeutschen Staaten als feststehend hin.[2]) Es ist nicht ausgeschlossen, daß gerade dieser Artikel der Nordd. Allg. Zeit. und die Eröffnungen des Gesandten Perglas damals zuerst in König Ludwig von Bayern den Wunsch nach einer Territorialvergrößerung wachriefen.[3]) Zweifellos fest steht es aber, daß Perglas bis zum 21. August keinerlei Weisung, auf eine territoriale Erweiterung Bayerns hinzuwirken, aus München bekommen haben kann. Das beweist ein Bericht des bayrischen Gesandten von diesem Tage ganz deutlich, in dem es heißt:

„Ob nun Bayern bei voller Uneigennützigkeit für sich besser zu verfahren vermeint, als indem es sich bei den durch die Verhältnisse gebotenen Territorialerwerbungen beteiligt, ist mir nicht gestattet zu entscheiden.“ [4])

---

[1]) Vgl. die Artikel in der Augsburger „Allgem. Zeitung“, Freitag 19. August: „Die Politik des gegenwärtigen Krieges“. Freitag 26. August: „Die Früchte des Sieges“. Dienstag 30. August: „Elsaß und Lothringen“. Ferner die Nummern vom 1., 4. und 6. September. Die Stimmen der schwäbischen Presse in dieser Frage sind angegeben bei Ad. Rapp, Die Württemberger und die nationale Frage 1863—1871. Stuttg. 1910, S. 406/407.

[2]) Vgl. L. Schneider, Aus dem Leben Kaiser Wilhelms. Berlin 1888. 2. Bd., S. 166, 14. Aug. Ferner Lorenz Seite 296/297, Großherzog Friedrich an Jolly, 23. August. Lorenz S. 330, Großherzog Friedrich an Jolly.

[3]) Schon unter dem 19. August hören wir, daß Königin Olga von Württemberg „sehr für eine Gebietserweiterung aus“ war. Suckow, Rückschau. Herausg. von Wilh. Busch, Tüb. 1909, S. 164.

[4]) Bray a. a. O. S. 151. Perglas an Bray, 21. Aug.; vgl. dazu Hohenlohe-Sch., Denkwürdigkeiten. Stuttg. und Leipz. 1907. 2. Bd., S. 21, 21. Aug. Seine Aufzeichnung vom 21. Aug. über ein Gespräch mit Völderndorff scheint meiner Ansicht Recht zu geben, daß man bis zu dem genannten Tage in Bayern sich mit dem Gedanken einer territorialen

Man sieht, die norddeutsche Bundesregierung und nicht Bayern, wie Lorenz annimmt, hat die Belohnungsidee in die Welt gesetzt. Wann sie bei König Ludwig Wurzel gefaßt hat, läßt sich mit Sicherheit nicht bestimmen. Der erste quellenmäßige Beleg für Ludwigs großes Interesse an einer Landerweiterung fällt bekanntlich erst in die Zeit der Versailler Verhandlungen. Offenbar war Bray mit dieser Instruktion schon nach Versailles gegangen.[1]) — Es steht m. E. außer Zweifel, daß Lorenz' Darstellung der bayrischen Territorialforderung auf einer Stelle aus dem Bericht Jansens über seine Unterredung mit dem Großherzog von Baden am 12. September beruht, der ihm in einer Abschrift des Originals vorlag und von dem er uns wenig später (Lor. S. 299—301) einen Auszug im Wortlaute mitteilt, wobei allerdings die uns interessierende Stelle nicht angeführt ist. In diesem Berichte ist davon die Rede, daß der Großherzog mit dem Kronprinzen die Frage diskutiert habe, ob es ratsam sei, die Süddeutschen mit Land und Leuten zu belohnen. Wir erfahren auch hier, daß der Kronprinz dieser „Belohnungsidee" nicht ablehnend gegenüberstand.[2]) Mit keinem Worte wird aber auch nur

---

Vergrößerung noch nicht recht befreundet hatte. Österreich hatte nämlich, wie Hohenlohe mitteilt, erklären lassen, daß es eine Gebietsabtretung von Frankreich nicht wünsche, anderseits war man in München selbst der Hoffnung, daß man durch Ablehnung einer Territorialvergrößerung mehr Chancen gewinnen würde, die „Selbständigkeit" Bayerns intakt zu erhalten. Auch Großherzog Friedrich spricht unter dem 29. August nur von „etwaigen Gelüsten" Bayerns und Württembergs auf Landerwerb. Lorenz S. 330, Großherzog Friedrich an Jolly.

[1]) Bray a. a. O. S. 175. Eisenhart an Bray, 31. Oktober. Schon am 21. August war Bismarck, über dessen tatsächliche Stellung zur Belohnungsidee sich nichts sagen läßt, zu dem Entschluß gekommen, die eroberten Länder für Gesamtdeutschland zu erhalten, weil er meinte, daß sich dadurch „ein näheres Verhältnis von Nord und Süd am natürlichsten herstellen lassen" könnte. Vgl. Hassel, Aus dem Leben König Alberts von Sachsen. 2. Bd., S. 392 393, 22. August, Kronprinz Albert an König Johann; Bismarck-Jahrbuch, Neues, hersg. von Poschinger, I, 150 ff.

[2]) Diese Stelle ist abgedruckt bei Jansen, Großh. N. F. Peter von Oldenburg. Oldenburg 1903. Beilage Nr. 2, S. 159: „... und auch der Kronprinz, mit dem er über diese Gegenstände zuletzt am Tage vor der Schlacht bei Wörth in Sulz gesprochen habe, stehe auf dem Boden derselben Auffassung, wenngleich er „in seiner gutmütigen Weise" nicht

angedeutet, daß ein solcher Gedanke, wie Lorenz ausführt, allein durch das Drängen Bayerns, das sich eine Landerweiterung sofort als Lohn für seine Teilnahme am Kriege ausbedungen habe, solche Verbreitung finden konnte.

Man könnte entgegenhalten, es läge doch vielleicht näher, anzunehmen, daß Lorenz seine Mitteilungen über die Begegnung des Großherzogs mit dem Kronprinzen dem sonst so häufig als Quelle benutzten Tagebuche des Großherzogs entnommen habe. So berechtigt ein derartiger Einwand zunächst auch erscheinen könnte, glaube ich doch ihn ablehnen zu müssen. Lorenz scheint das Tagebuch des Großherzogs überhaupt für die ersten Kriegsmonate nicht herangezogen zu haben, und es ist mir sehr wahrscheinlich, daß ihm für die Zeit des großen Krieges erst jener Teil der Tagebuchaufzeichnungen zur Verfügung stand, der mit der Ankunft des Großherzogs in Versailles einsetzt (vgl. dazu die besonderen Ausführungen über Lorenz' Quellen an späterer Stelle).

Es kann also nach alledem keinem Zweifel mehr unterliegen, daß die merkwürdige Auffassung über die Stellung Bayerns zur Territorialfrage von Lorenz in seine Darstellung erst hineingebracht worden ist. Es findet sich überdies eine Stelle (Lorenz S. 295), wo Lorenz, ohne daß er es selbst zu bemerken scheint, seine Anschauung von den bayrischen Territorialwünschen in einer weniger bestimmten Form zum Ausdruck bringt:

„Da diese bayrischen Absichten aber vereitelt worden sind, so schienen sie fast vergessen werden zu sollen, nur in den Überlieferungen Eisenharts und des Grafen Bray finden sich schüchterne Andeutungen über diese Angelegenheit, wodurch man zu einiger Kenntnis der Beweggründe des Königs gelangt ist, die wahrscheinlich schon bei der Anwesenheit des Kronprinzen in fester Ausprägung hervortraten." Was Lorenz Seite 294 als eine unbestrittene Tatsache hinstellt, ist ihm hier nur „wahrscheinlich".

Besser als weitere Ausführungen scheint mir aber gerade diese Stelle meine Ansicht zu bestätigen, daß Lorenz'

ganz habe gelten lassen wollen, was badischerseits gegen die Belohnungsidee geltend gemacht sei."

auffällige Darstellung der bayrischen Territorialfrage auf persönlichster Kombination beruht und natürlich absolut keinen Quellenwert beanspruchen darf. Kann es nun aber als festgestellt gelten, daß Lorenz seine Behauptung, Bayern wäre nur unter der Bedingung einer territorialen Vergrößerung dem Kriegsbündnis beigetreten, aus der Luft gegriffen haben muß, dann läßt sich auch der Titel dieses ganzen Abschnittes „Bayern und seine Vergrößerungspläne" nicht mehr aufrecht erhalten.[1])

2. Süddeutsche Politik in den ersten Monaten des Krieges bis zur Einberufung der Versailler Verhandlungen.

Die Reise Varnbülers nach München am 17. Juli berührt auch Lorenz in seiner Darstellung.[2]) Seine Mitteilung, die wohl richtig dem betreffenden Gesandtschaftsbericht Mohls entnommen ist, entbehrt aber jeder tatsächlichen Grundlage. Nach Lorenz habe Werthern einige Tage nach dem Besuche Varnbülers Herrn von Mohl erzählt, „daß es auf eine Verständigung abgesehen gewesen wäre, eine gemeinschaftliche Sicherung der souveränen Stellung Bayerns und Württembergs von Preußen zu verlangen". Diese Stelle bei Lorenz ist von Mittnacht in ausführlicher Weise widerlegt worden, der Württembergs Verhalten in den Julitagen von den bayrischen Bestrebungen durchaus getrennt gehalten wissen will.[3])

Ein sicheres Datum für diesen Bericht Mohls anzugeben, ist nicht möglich. Daß Mohl nicht lange gezögert haben wird,

[1]) Merkwürdig ist es, daß Jacob sich von Lorenz hat irreführen lassen und wie dieser die eigenartige Ansicht vertritt, daß mit dem Wunsche einer Territorialvergrößerung „das offizielle Bayern in den Krieg gezogen" war. Der Artikel der Nordd. Allg. Zeit. vom 9. August, auf den doch die Erörterungen über die Territorialfrage in der Presse und öffentlichen Meinung zurückgehen, ist von ihm gar nicht berücksichtigt worden. Karl Jacob, Bismarck und die Erwerbung Elsaß-Lothringens 1870/1871, Straßburg 1905. Seite 104 ff. u. Anm. S. 33*. Gegen Jacob wendet sich W. Busch, Die Kämpfe um Reichsverfassung und Kaisertum 1870/1871. Tüb. 1906. S. 149/150. Seine gegenteilige Ansicht begründet er aber nicht näher.

[2]) Lorenz S. 302.

[3]) Mittnacht, Rückblicke. Stuttgart und Berlin 1909. S. 50—58.

die interessante Mitteilung seines preußischen Kollegen nach Hause zu berichten, steht außer Zweifel. Um den 20. Juli mag es geschehen sein.

An dieser Stelle sei gleich hervorgehoben, daß die Berichte Mohls aus München bei weitem nicht immer klar und den wirklichen Tatsachen entsprechend die politische Lage zur Anschauung bringen. Gerade bei den wichtigen Handlungen der bayrischen Regierung war dieser und auch Werthern vielfach auf unkontrollierbare Gerüchte und Vermutungen angewiesen. Die bayrische Regierung machte sie beide naturgemäß nur soweit mit den tatsächlichen Dingen bekannt, wie es ihren eigenen Absichten entsprach.[1])

Über die Generalgouverneursangelegenheit, die zu Beginn des Krieges sich abspielte, ist an anderer Stelle auch nicht einmal eine Andeutung zu entdecken.[2]) Freilich verdient diese kleine Episode auch wohl nicht die Bedeutung, die Lorenz ihr im Rahmen der großen Ereignisse zuweist. Die Sache scheint auf preußischer Seite von vornherein als eine quantité négligeable betrachtet worden zu sein und mag sich so zugetragen haben:

Am 5. August im Feldlager von Sulz wird der Großherzog den Kronprinzen zum ersten Male darauf hingewiesen haben, wie notwendig es sei, einen gemeinsamen Generalgouverneur für Süddeutschland zu ernennen. Die Stelle: „als die dritte Armee die Grenzen Frankreichs überschritten hatte, machte der Großherzog von Baden sofort noch einen wichtigen organisatorischen Vorschlag . . .“ und der wörtliche Hinweis im letzten Abschnitt (Lorenz 307): „Ich konnte dies umsomehr unternehmen, als ich mit dem Konprinzen eingehend mündlich

[1]) Vgl. Hohenlohe-Sch., a. a. O. II, 17, 15. August: „Gestern abend fand ich Mohl, Werthern und Usedom im Café National. Sie waren alle über Bray unzufrieden und Werthern behauptet, zu meiner Zeit habe ein rückhaltloserer Verkehr mit den Gesandten bestanden als jetzt . . .“ Von der Berichterstattung Wertherns scheint man in der Umgebung Bismarcks nicht sonderlich entzückt gewesen zu sein; vgl. Mor. Busch, Tagebuchblätter. Leipzig 1899. II, 173: „. . . Werthern, den Bucher freilich als unzuverlässig bezeichnet.“

[2]) Lorenz S. 307/308.

diese Frage behandelte ...", müssen notwendig auf das genannte Datum vom 5. August führen.[1])

Am 8. August telegraphierte der Großherzog alsdann an den Kronprinzen, er möge diese Angelegenheit tunlichst beschleunigen. Am gleichen Tage fragte er bei Jolly an, ob er es für geraten halte ein beiliegendes Telegramm gleich an den König selber abzuschicken. Das Telegramm an den König muß nun wohl am 9., spätestens am 10. August abgegangen sein. In seiner telegraphischen Antwort vom 10. August sprach sich König Wilhelm, wie der Großherzog noch am selben Tage Jolly mitteilte, dahin aus, es erscheine ihm zweckmäßig, daß der Großherzog diese Angelegenheit selber betreibe.

Lorenz kann es an dieser Stelle nicht unterlassen in der üblichen, versteckten Weise einen Ausfall gegen Bismarck zu richten. Obgleich er, wie er selbst erklärt, in den badischen Akten nichts darüber gefunden hat, hält er es doch für wahrscheinlich, daß der Kanzler „in gewohnter Rücksichtnahme auf Bayerns unantastbare Stellung" den Versuch, die Angelegenheit auf diplomatischem Wege durchzuführen, nicht für gangbar erklärt habe. M. E. wird man aber im Hauptquartier auch nicht einen Augenblick in Erwägung gezogen haben, eine große diplomatische Aktion einzuleiten wegen einer Sache, die ganz in das militärische Gebiet fiel und zur Kompetenz des Generalkommandos gehörte.

Am 18. September traf die Antwort Bismarcks auf die badische Denkschrift ein. Der Auszug, den uns Lorenz davon gibt, trägt wieder ganz den Stempel der Tendenz.[2]) So heißt

---

[1]) Am 5. August suchte bekanntlich der Großherzog von Baden seinen Schwager im Lager von Sulz auf, um mit ihm die politische Lage zu besprechen; vgl. Jansen a. a. O. S. 159. Er. Brandenburg, Briefe und Aktenstücke zur Geschichte der Gründung des Deutschen Reiches. Leipz. und Berlin 1911. I, 6 hat die Daten nicht genau auseinandergehalten.

[2]) Lorenz 334. Ich kann nicht umhin, an dieser Stelle einige Ausführungen von Weicker (Beilage zum Programm von Aschersleben 1911. S. 38/39) einer kurzen kritischen Betrachtung zu unterziehen. W. ist nämlich der Ansicht, daß Anfang September eine „Spannung zwischen dem König und dem Kanzler" bestanden haben muß, weil angeblich König Wilhelm die Anschauung Bismarcks hinsichtlich der den badischen Bestrebungen gegenüber zu beobachtenden Zurückhaltung nicht teilte. Er beruft sich dabei auf zwei Zeugnisse. Einmal nimmt er Anstoß daran, daß

es bei ihm hinsichtlich der Zukunft Elsaß-Lothringens: „Aber es war eine sehr bezeichnende Äußerung, die freilich erst später in Versailles von dem Großherzog von Baden recht gedeutet werden konnte, daß Bismarck eine Angliederung der zu erwerbenden Länder an Preußen auch nicht wünschenswert fand. Er hatte also damals noch den Gedanken, daß man dem sehnlichen Wunsche des Königs von Bayern nach Landvergrößerung werde entgegenkommen müssen."

Lorenz schließt also aus der damaligen Weigerung Bismarcks, Elsaß-Lothringen an Preußen zu nehmen, er habe noch eine Landerweiterung für Bayern im Auge gehabt, der Großherzog habe aber freilich diesen wahren Sachverhalt sich erst in Versailles zurechtlegen können. Wie kommt aber Lorenz zu dieser Ansicht?

Alle anderen Quellen, die uns über den Inhalt des Antwortschreibens Bismarcks Aufschluß geben, lassen die Auffassung von Lorenz als völlig ungerechtfertigt erscheinen und weisen deutlich darauf hin, daß der Kanzler an eine Zerstückelung Elsaß-Lothringens nicht mehr dachte.[1]) So heißt es in einer Stelle bei Jolly in dem Wortlaut der Denkschrift:

es in dem bekannten Telegramm an Delbrück vom 5. September heißt: „Der König wünscht . . ." Er glaubt nämlich merkwürdigerweise aus dieser Fassung des Telegramms herauslesen zu müssen, daß damit Bismarck seine Urheberschaft an dem Telegramm in „verschleierter" Form abgelehnt habe. Ferner hält er sich an ein von Lorenz (333) mitgeteiltes Zeugnis des Herzogs von Koburg, in dem nur ganz allgemein von der Mißstimmung die Rede ist, die in fürstlichen Kreisen infolge der wenig erfreulichen Haltung Württembergs und vor allem Bayerns allmählich um sich zu greifen begann. Daß König Wilhelm in Anerkennung der Opferwilligkeit Badens persönlich für dessen Aufnahme in den Nordbund durchaus eingenommen war und sich in dem Sinne gelegentlich auch aussprach, bedeutet doch wirklich nichts Besonderes und ist eigentlich ganz natürlich. Schwerlich wird man aber m. E. von diesen unbestimmten Mitteilungen bei Lorenz auf eine tiefgehende Unstimmigkeit zwischen König und Kanzler schließen dürfen. Hätte Lorenz von einer solchen Meinungsverschiedenheit wirklich etwas Authentisches zu berichten gewußt, so hätte er wohl kaum damit hinter dem Berge zurückgehalten.

[1]) Vgl. auch Jolly, den Er. Brandenburg in seine Gegenüberstellung der von Meyer und Moritz Busch mitgeteilten Inhaltsangaben des Antwortschreibens vergessen hat aufzunehmen. Jolly, Staatsminister von, hersg. von Baumgarten und Jolly. Tübingen 1896. S. 176. Er. Brandenburg a. a. O. I, 37. Wie es scheint hat aber Bismarck in seiner Antwort

„Die definitive Bestimmung über das für Deutschlands bessere Verteidigung gegen den nächsten Angriff der Franzosen erstrebte Vorland . . . wird der gemeinsamen Verständigung der deutschen Fürsten vorbehalten bleiben können. Einstweilen wird dasselbe als gemeinsames unmittelbares Reichsland im Namen und zum Vorteil der Gesamtheit der deutschen Fürsten zu verwalten sein."

Ferner dürfte der Großherzog gerade in Versailles die Überzeugung gewonnen haben, daß Bismarck schon seit Ende August unverrückbar an dem Gedanken festhielt, Elsaß-Lothringen nur als Reichsland in die deutsche Gemeinschaft aufzunehmen.[1])

Es kann also wohl nicht zweifelhaft sein, daß wir es auch hier nur mit einer leeren Kombination von Lorenz zu tun haben, wie dies seine ganze Auffassung von der bayrischen Territorialfrage ist.[2])

Von den Münchener Konferenzen hat Lorenz eine durchaus irrtümliche Vorstellung.[3]) Die Gesandtschaftsberichte Mohls werden ihm auch hier zur Verfügung gestanden haben. Mögen diese vielleicht schon die Situation nicht ganz treffend wiedergeben, so hat Lorenz bei seiner unüberwindlichen Antipathie gegen Bayern ganz gewiß den Inhalt seiner Quelle nach seinem subjektiven Geschmack tüchtig zurechtgemodelt.

auch noch ausdrücklich darauf hingewiesen, daß er eine Verteilung des eroberten Landes nicht beabsichtige. „Eine Verteilung dieses Gebiets an Einzelstaaten empfiehlt sich nicht", lesen wir z. B. bei Moritz Busch a. a. O. I, 189 und ganz ähnlich bei Meyer, Die Reichsgründung und das Großherzogtum Baden. Heidelberg 1896. S. 61. „Eine Vergrößerung eines einzelnen Staates könne nicht eintreten.

[1]) Vgl. Hassel II, 392/393, 22. August; Bismarck an Eulenburg 23. IX. 70; Neues Bismarck-Jahrbuch I, 150ff., hersg. von Poschinger.

[2]) Höchst seltsam ist diese oben angeführte Stelle aus Lorenz von Jacobi, der mit seiner Arbeit im Grunde genommen weiter nichts als eine mehr oder weniger geschickte Kompilation von Lorenzschen Mitteilungen bietet und auch die Unklarheiten und Fehler von Lorenz fast unverändert übernommen hat, gedeutet worden. „Leider ist dieser Satz in Karlsruhe damals so verstanden worden, als ob Bismarck auf eine Vergrößerung Bayerns ziele . . ."; vgl. Jacobi, Großh. Friedrich von Baden in Versailles. Leipzig 1906. S. 23.

[3]) Vgl. Lorenz S. 336/337.

Seine Anschauung steht im vollen Widerspruch zu den Aufzeichnungen aller direkt an den Verhandlungen beteiligten Personen, Bray, Mittnacht, Delbrück, von denen er die beiden letzteren bei der Abfassung seines Buches allerdings noch nicht benutzen konnte.[1]) und einigen andern ihm zugänglichen, sehr wertvollen Zeugnissen.[2]) Diesen wichtigen Besprechungen widmet Lorenz nur wenige Zeilen in seinem Buche. In völliger Unkenntnis des wahren Sachverhalts behauptet er:

„Der Staatsminister Delbrück nahm auf einer Reise durch Süddeutschland Gelegenheit, auch in München vorzusprechen . . .“.[3])

Auch was Lorenz über die Wirkung der Rundreise Bennigsens und Laskers durch Süddeutschland sagt: „Es ist aber nicht richtig, daß es ihnen gelungen ist, irgend einen nennenswerten Erfolg aufzuweisen“ ist in seiner Quelle, als die wir das Schreiben Jollys vom 20. September ansehen müssen, keineswegs in so pessimistischer Form zum Ausdruck gekommen. Aus dem Briefe des Großherzogs vom 23. September an Jolly (Lorenz S. 338) kann man etwa entnehmen, wie sich Jolly in dem betreffenden Schreiben vom 20. September darüber ausgesprochen haben mag. Um die Laskerschen Aufzeichnungen scheint sich Lorenz gar nicht gekümmert zu haben, sonst hätte er wohl eine höhere Meinung von der politischen Bedeutung dieser Abgeordnetenreise bekommen müssen.[4])

Noch einmal kommt Lorenz auf die Münchener Verhandlungen zu sprechen und bemerkt dazu, Baden war von diesen

---

[1]) Bray a. a. O. S. 145; Mittnacht a. a. O. S. 103; R. von Delbrück, Lebenserinnerungen. Berlin 1905. II, S. 418.

[2]) Stosch in der Deutschen Revue 27, IV (1902), S. 24. Tagebuch Kaiser Friedrichs herausg. von Margarete von Poschinger 1901, 30. September, S. 114. D. Revue 17, II (Aus Laskers Nachlaß) 182/183 (Marquardsen an Lasker) September 25. D. Revue 17, II, S. 309/312. (Lasker an Forckenbeck und von Bennigsen) Oktober 6, enthält eine Äußerung Delbrücks zu Lasker.

[3]) Gegen Lorenz wendet sich Erich Brandenburg der Eintritt der Süddeutschen Staaten in den Norddeutschen Bund. Berlin 1910. S. 28. Bei ihm finden die Verhandlungen eine treffende Würdigung. S. 30.

[4]) Vgl. Deutsche Revue XVII, 2, S. 170ff., desgl. neuerdings auch H. Oncken, Rud. von Bennigsen. Stuttgart 1909. II, 180ff.

Konferenzen so gut wie ausgeschlossen.[1]) Richtiger wäre wohl zu sagen gewesen, ganz ausgeschlossen, denn es war gar nicht geladen. Mohl bekam nur gelegentlich Informationen von den bayrischen Räten.

Interessant ist auch Delbrücks Erklärung Herrn von Mohl gegenüber, aus welchem Grunde man Baden zu den Verhandlungen nicht zugezogen habe. Er habe, da die Verhandlungen lediglich Vorbesprechungen gewesen seien, als preußischer Minister nicht die Initiative zu einer Ladung Badens ergreifen können.[2]) Lorenz glaubt nun nicht an die Wahrheit der Mitteilung Delbrücks. Er meint vielmehr, man fürchtete bayrischerseits, „die Forderungen, die man für den Eintritt in einen Deutschen Bund zu stellen beabsichtigte, offenkundig werden zu lassen."

Furcht vor Entdeckung geplanter Forderungen hat aber wohl die bayrische Regierung und Delbrück weniger dazu bestimmt, Baden nicht hinzuzuziehen. Behandelte doch schon seit Wochen die „patriotische" wie nationale Presse das Für und Wider des Anschlusses nach allen Möglichkeiten hin und hatten doch erst Lasker und Bennigsen einen ziemlich deutlichen Einblick in die Hauptforderungen der bayrischen Regierung gewonnen. Es wird sich vielmehr so verhalten haben, man konnte Mohl nicht brauchen bei Verhandlungen, in denen es erst darauf ankam, die Möglichkeit eines Anschlusses Bayerns und Württembergs an den Nordbund festzustellen. Mohl aber, der gemäß seiner Instruktion den anstandslosen Eintritt in den Norddeutschen Bund befürworten mußte, wäre bei den Verhandlungen nur hinderlich gewesen. Delbrück galt es doch vor allen Dingen erst einmal zu sondieren, was bei den Bayern erreichbar wäre oder nicht.

[1]) Lorenz S. 340.

[2]) Vgl. Meyer a. a. O. S. 62, der denselben Bericht Mohls wie Lorenz benutzt haben wird. „Die Beteiligung eines badischen Bevollmächtigten, so hatte Delbrück gegenüber Mohl geäußert, sei ihm erwünscht, aber er könne keine Initiative dazu ergreifen." Ich kann nicht mit Er. Brandenburg aus der Darstellung von Meyer herauslesen, daß Mohl an den Besprechungen teilgenommen haben soll; vgl. Erich Brandenburg, Der Eintritt . . . S. 20, Anm. 2.

Es kann m. E. kein Zweifel sein, daß Lorenz seine Quelle, die Berichte Mohls, in durchaus subjektivem Sinne für seine Darstellung der Münchener Verhandlungen verwertet hat. Davon legt eine Stelle bei ihm selbst deutlich Zeugnis ab, wo er erklärt, die bayrischen Vorbehalte waren offenbar viel größere, als Mohl, der sie von bayrischen Räten überkommen hat, in seinen Berichten uns mitteilt. Er fährt dann fort: „In Wahrheit überstiegen sie offenbar alles, was selbst Bismarck für möglich hielt, denn er sah sich genötigt die Verhandlungen abzubrechen.“ [1]) Überhaupt scheint man auf badischer Seite weit davon entfernt gewesen zu sein, den Verlauf der Münchener Verhandlungen als so völlig ergebnislos zu betrachten, wie Lorenz es tut. Das kommt m. E. in einem Bericht Freydorfs an den Großherzog vom 29. September klar zum Ausdruck, wo Freydorf unter Bezugnahme auf die Berichte Mohls vom 23., 24., 28. September schreibt, es gehe aus ihnen hervor, „daß es sich um einen Eintritt Bayerns in den Norddeutschen Bund unter Vorbehalten handelt, daß diese Vorbehalte und Bedingungen das Maß von Konzessionen nicht zu überschreiten scheinen, welches man stets als ein Minimum für Bayern erwartet, . . .“ [2])

3. Die Eröffnung Bismarcks vom 2. Oktober an die badische Regierung in ihrer Bedeutung für die anderen süddeutschen Staaten.

Es darf nicht wundernehmen, daß gerade Lorenz die feste Überzeugung vertritt, Bayern und Württemberg wären nur dem Beispiel Badens folgend nach Versailles gegangen und Baden hätte durch die Stellung seines Antrages sich gleichsam das Verdienst erworben, allein die deutsche Frage ins Rollen

[1]) Gegen Lorenz wendet sich Mittnacht a. a. O. S. 102 Anm., nachdem er im Text den Verlauf der Verhandlungen eingehend geschildert hat.

[2]) Vgl. Meyer a. a. O. S. 62/63. Mohl in seinen freilich erst später geschriebenen Erinnerungen gibt auch eine ganz andere Charakteristik der Münchener Verhandlungen als Lorenz. Bray ist hier der überlistete Fuchs, der den Preußen ins Garn gegangen ist. Also von einer Zwecklosigkeit der Verhandlungen ist auch hier nicht die Rede. Mohl, Lebenserinnerungen. Stuttgart 1901. S. 325 ff.

gebracht zu haben.[1]) Eine ausdrückliche Widerlegung dieser verkehrten Anschauung erscheint hier durchaus überflüssig. Die Bedeutung Württembergs im deutschen Einigungswerk ist heute hinlänglich klargestellt.[2])

Hat aber Lorenz diese Auffassung in so ausgesprochener Form wohl auch in seinen badischen Quellen, die für ihn ja allein maßgebend sind, vorgefunden? Aus den wenigen uns zur Verfügung stehenden Zeugnissen können wir zwar keineswegs mit voller Deutlichkeit erkennen, wie weit man in Baden von der aufrichtig nationalen Haltung des württembergischen Ministeriums unterrichtet war, trotzdem glaube ich doch mit Recht annehmen zu dürfen, daß Lorenz in tendenziöser Absicht auch hier mehr als nötig aufgetragen haben wird. Selbst ein Satz aus einem Briefe des Großherzogs vom 16. Oktober an Jolly (vgl. Lorenz S. 609), den Lorenz, wie wir S. 342/343 sehen, in der Tat berücksichtigt hat, des Wortlauts: „unser Antrag habe Württemberg getrieben" — so habe nämlich Mohl aus München berichtet — „es uns noch zuvortun zu wollen . . .", erfordert immer noch nicht die Auslegung, wie sie Lorenz auf diesen Seiten seines Buches geboten hat.[3])

Gegen die Lorenzsche Anschauung erhob Mittnacht entschiedenen Protest,[4]) ihm schlossen sich Küntzel und Brandenburg in ihren Darstellungen an. M. E. gehen alle drei aber viel zu weit, wenn sie der badischen Politik jeden Einfluß auf die Entschließungen der übrigen süddeutschen Regierungen,

[1]) Lorenz S. 341 f.

[2]) Vgl. W. Busch, der, obwohl ihm die „Rückblicke" von Mittnacht und das später von ihm veröffentlichte ausführliche Tagebuch Suckows noch nicht zur Verfügung standen, zu im wesentlichen richtigen Resultaten gelangt ist. Dazu aus jüngster Zeit: Ad. Rapp a. a. O.; Georg Küntzel, Bismarck und Bayern in der Zeit der Reichsgründung. Frankfurt 1910. Er. Brandenburg, Der Eintritt . . . a. a. O.

[3]) Die Stelle bei Jolly a. a. O. S. 177. „Aber Bismarcks Geduld mit Bayern war nun erschöpft und er entschloß sich durch Baden den Druck auf die Nachbarstaaten ausüben zu lassen, zu dem dieses längst bereit war," verdient m. E. schon wegen ihrer Kürze und Unklarheit nicht sonderliche Beachtung. Man hat es hier vielleicht mit einer ganz persönlichen Ansicht des Biographen zu tun.

[4]) Mittnacht a. a. O. S. 111/112.

vor allem Württembergs in den ersten Oktobertagen absprechen wollen. Im folgenden mag das näher ausgeführt werden.

Mittnacht hat in seiner Polemik gegen Lorenz ausdrücklich betont, daß die Annahme des badischen Antrags durch Bismarck in Württemberg ganz unbeachtet geblieben ist. Für das württembergische Ministerium, dessen deutsches Programm schon feststand, mag in der Tat dieser Schritt Bismarcks keine große Überraschung bedeutet haben. Insofern kann man Mittnacht Recht geben. Er begeht aber den Fehler, daß er die Haltung des Ministeriums mit der des Königlichen Hofes identifiziert oder vielmehr beides nicht deutlich scheidet.

Es ist bekannt, daß der Stuttgarter Hof bei der Rückkehr Suckows auf seinen partikularistischen Standpunkt zurückgekehrt war, der König, der in dieser ganzen Zeit ein seltenes Bild von Unentschlossenheit darbot, der neuen Gestaltung der Dinge nur noch wenig Sympathieen entgegenbrachte. Bismarck wird von diesem Stimmungsumschlag am Stuttgarter Hofe sofort Kunde erhalten haben. Er wollte m. E. zweifellos Suckow und Mittnacht zu Hilfe kommen in der Durchführung ihrer Beschlüsse, wenn er durch die Annahme des badischen Antrags seinen festen Willen zu erkennen gab, daß er die Aufnahme von Verhandlungen zur endlichen Lösung der deutschen Frage ernstlich im Auge habe.[1])

Ich kann deshalb auch nicht die Ausführungen von Küntzel für richtig halten, der aus Mittnacht herausliest, daß schon am 2. Oktober die württembergische Regierung zu endgültigen Beschlüssen gekommen war und König Karl bereits an eben diesem Tage in Übereinstimmung mit diesen Beschlüssen

[1]) In dem Sinne lesen wir auch bei Meyer S. 64; Graf Flemming habe Freydorf vertraulich mitgeteilt, „daß der Antrag Badens nur einen der Einigung Deutschlands günstigen Einfluß auf die Entschließungen Bayerns und Württembergs äußern könne". Einer ähnlichen Situation begegnen wir einige Wochen später. In einem Briefe Bismarcks an Roon vom 15. November heißt es: „In der badischen Sache würde ich für rasche Unterzeichnung sehr dankbar sein, wenn dabei auch einige kleine Fünfen gerade sein müßten. Es ist wegen der Rückwirkung auf die beiden andern, damit sie sehen, daß wir ohne Rücksicht auf weibliche Einflüsse stetig vorgehn". Albr. von Roon, Denkwürdigkeiten. Breslau 1897. 3. Bd. S. 506/507.

seines Ministeriums der Adreßdeputation seine Antwort zugehen ließ.[1])

Die Sache verhielt sich vielmehr so.[2]) Der König, der sich, wie es scheint, überhaupt nur ungern in die einmal geschaffene Zwangslage fügte, lehnte bekanntlich den Empfang der Deputation rundweg ab, ließ am 4. Oktober — nicht wie K. annimmt, schon am 2. Oktober — einem Mitgliede der Deputation durch seinen partikularistisch gesinnten Kabinetsrat Egloffstein den genannten, nicht gerade vielsagenden Bescheid zugehen und reiste selbst, wohl um derartigen nationalen Überfällen aus dem Wege zu gehen, am 5. Oktober nach Friedrichshafen. Die Adresse ließ er sich dorthin nachkommen. Erst am 7. Oktober war Suckow, nachdem alle Widerstände glücklich beseitigt waren, in der Lage, die Geneigtheit Württembergs zu Verhandlungen Bismarck brieflich auszusprechen. Sollte also wirklich, so müssen wir uns fragen, nachdem wir uns die Sachlage noch einmal kurz vergegenwärtigt haben, die Tatsache des von Bismarck ausdrücklich gewünschten badischen Antrages ohne jeden Einfluß auf die Entschlüsse des württembergischen Königs und auf die Wirksamkeit des nationalen Ministeriums in diesen Tagen gewesen sein?[3])

---

[1]) Küntzel a. a. O. S. 68, Anm. 3.

[2]) Vgl. Rapp a. a. O. S. 420.

[3]) Brandenburg hält den „von badischer Seite behaupteten Kausalzusammenhang“ zwischen dem badischen Antrage und den Vorgängen in Württemberg chronologischer Schwierigkeiten wegen für „sehr unwahrscheinlich“ und sucht dies in recht eigenartiger Weise zu begründen. Er ist der Meinung, daß der badische Antrag frühestens am 5. Oktober nach Stuttgart mitgeteilt worden sein kann. Worauf sich diese merkwürdige Ansicht stützt, ist mir nicht ersichtlich. Ich wüßte keinen Grund anzugeben, weshalb die badische Regierung nicht schon mindestens am 3. Oktober die anderen süddeutschen Regierungen von der langersehnten Genehmigung ihres Antrages unterrichtet haben sollte. Man erinnert sich, daß es sich Baden geradezu zur Aufgabe gemacht hatte, Bayern und Württemberg stets über die Absichten und Ziele der badischen Politik auf dem Laufenden zu erhalten. Weiter sucht Brandenburg wahrscheinlich zu machen, daß Suckows Brief an Bismarck „im Entwurfe“ schon am 5. Oktober, also zur selben Zeit, wo frühestens, wie er meint, man von dem badischen Antrage in Stuttgart erfahren haben konnte, „fertig gewesen sein muß“. Mir erscheint aber auch diese Annahme wenig beweiskräftig. Er. Brandenburg, Der Eintritt ... S. 31—33.

4. Die Versailler Verhandlungen.

Für die Darstellung der eigentlichen Verhandlungen hat Lorenz fast durchgängig nur das Tagebuch Freydorfs benutzen können. Wie wir nämlich von Meyer erfahren, sind aktenmäßige Aufzeichnungen über diese Konferenzen überhaupt nicht vorhanden, „da alle Beteiligten sich persönlich in Versailles befanden.“ [1])

In den Instruktionen der badischen Vertreter war auch dem Sonderinteresse Badens insofern Rechnung getragen, als darin bestimmt war, daß, falls von Bayern und Württemberg Vorbehalte betreffs der Gemeinsamkeit der Bier- und Branntweinsteuer erhoben werden sollten, dem von badischer Seite beizutreten wäre.[2]) Wie bekannt war Mohl schon während der Münchener Verhandlungen eine ähnliche Anweisung zugegangen,[3]) ebenso war in dem badischen Antrag vom 3. Oktober dieser Wunsch der badischen Regierung zum Ausdruck gekommen.[4])

Ganz richtig folgert Lorenz aus dem inhaltlichen Charakter der Instruktionen, daß die badische Regierung bei der Feststellung der Anweisungen für ihre Bevollmächtigten der Meinung war, die Verhandlungen würden gemeinschaftlich geführt werden,[5]) „die preußischen Staatsmänner“ hätten sich aber, wie er weiter ausführt, aus dem Grunde für gesonderte Beratungen entschieden, weil sie „wohl mit Recht befürchten mochten, Bayern allzusehr in Nachteil zu bringen, wenn man den Grafen Bray genötigt haben würde, vor den übrigen Mitgliedern einer Konferenz seine so sehr abweichenden Ansichten über die Bundesverhältnisse ... darzulegen“. Zweifellos hat Lorenz damit Recht, daß Bismarck vor allem in Rücksicht auf Bayern den Weg gesonderter Verhandlungen beschritten hatte, eine durchaus falsche Behauptung aber ist es, daß der Kanzler gewissermaßen aus reiner Gefälligkeit, nur um Bayern

[1]) Meyer a. a. O. S. 65.
[2]) Lorenz S. 347/348.
[3]) Meyer S. 62, dazu Jolly a. a. O. S. 187.
[4]) Meyer S. 64.
[5]) Auch Mittnacht hatte sich „die Fortsetzung der Münchener Verhandlungen anders gedacht“. Mittnacht S. 113.

nicht „allzusehr in Nachteil zu bringen“, sich zu diesem Schritte entschlossen habe. Bei ihm waren natürlich ganz andere Momente ausschlaggebend. Nur, weil er sehr wohl wußte, daß Bayern niemals ohne bedeutende Reservate in den Deutschen Bund eintreten würde, und daß Gesamtsitzungen bei der großen Interessenverschiedenheit der einzelnen süddeutschen Staaten schwerlich zu etwas führen möchten, also aus rein praktischen Erwägungen, nicht aus einer gegen Bayern geübten Gefühlspolitik, wie Lorenz annimmt, griff der Kanzler zu dem Mittel der Sonderverhandlungen.[1])

Für eine Unterredung Delbrücks und Jollys gibt Lorenz den 5. November als Datum an.[2]) „Man werde auf Bayern verzichten müssen“, habe Delbrück Jolly erklärt. Nun findet sich bei Jolly unter dem 5. November eine ganz ähnlich lautende Stelle.[3]) „Vorgestern (also am 3. November) sagte mir Delbrück gelegentlich einer Besprechung über unsere Postverhältnisse, man werde für jetzt auf den Zutritt Bayerns verzichten müssen.“ Was ist nun wohl der richtige Tag der 3. oder 5. November? Daß Delbrück innerhalb so kurzer Zeit zweimal dasselbe gesagt haben sollte, braucht man nicht anzunehmen. Wenn Lorenz zu dieser Stelle sich der auch uns zur Verfügung stehenden gedruckten Aufzeichnungen Jollys bedient hat, wird man annehmen dürfen, daß er sich eine kleine Flüchtigkeit zu schulden kommen ließ. Er wird auf das Datum der Aufzeichnung, den 5. November gesehen haben, dabei wird ihm aber das „vorgestern“ im Text entgangen sein. Daß Lorenz in der Tat aus dem „gedruckten“ Jolly schöpft, sieht man aus einer gleich folgenden Stelle, wo die Haltung der württembergischen Vertreter in jenen Tagen charakterisiert wird. Lorenz verändert seine Vorlage nur etwas nach seinem Geschmack. Während es bei Jolly heißt:[4]) „. . . und die Schwaben scheinen der Verzögerung nicht gram“, dieser sich also einer vorsichtigen Ausdrucksweise bedient, lesen wir bei Lorenz: „Eine Verzögerung des Abschlusses

[1]) Eine ähnliche, ausführliche Motivierung auch bei Brandenburg, Der Eintritt . . . S. 36/37.

[2]) Lorenz S. 352.

[3]) Jolly a. a. O. S. 192.

[4]) Jolly a. a. O. S. 195 und zwar unter dem 11. November.

fanden aber auch die württembergischen Bevollmächtigten in ihrem Interesse.“ Auch findet sich sonst keine Spur, daß Lorenz handschriftliche Tagebuchaufzeichnungen Jollys irgend welcher Art vorgelegen haben. An einer anderen Stelle dürfte aber diese private Äußerung Delbrücks schwerlich vermerkt gewesen sein.

Aus München berichtete Mohl zu Beginn des November wenig Erfreuliches.[1]) Daß aber die Dinge dort „vollkommen hoffnungslos“ gestanden haben sollten, ist wohl als bloße Übertreibung auf Rechnung von Lorenz zu setzen. Gar so schlimm wird das in den Berichten Mohls nicht zum Ausdruck gekommen sein. Immerhin ist es richtig, daß König Ludwig gerade in diesen Tagen die größte Verstimmung über die unaufhaltsam fortschreitende Entwicklung der deutschen Frage offen hervorkehrte. Mochte ihm doch immer mehr zum Bewußtsein kommen, daß die Selbständigkeit Bayerns sich nicht mehr werde aufrecht erhalten lassen und nur der engere Bund das Resultat der Verhandlungen bilden könne. Gerade damals trug sich der König sogar mit Abdankungsabsichten.[2]) Wir hören hier von Lorenz auch zum ersten Male, daß Ludwig in diesen Tagen eine Einladung der Königin Olga zu einem Besuche in Friedrichshafen erhielt. Damit scheint die partikularistisch gesinnte Königin ihr Intrigenspiel gegen den schnellen, selbständigen Abschluß Württembergs eingeleitet zu haben, das mit Hilfe Gassers und Egloffsteins bald dazu führte, daß Mittnacht und Suckow das Verbot, den württembergischen Vertrag zu unterzeichnen, zuging. Wer weiß, ob die deutsche Frage, falls diese Zusammenkunft zustande gekommen wäre, in verhältnismäßig so kurzer Zeit ihren Abschluß gefunden hätte.

Der erste Besuch des Großherzogs bei König Wilhelm, für den uns Lorenz kein Datum angibt, wird am 7. November stattgefunden haben.[3]) Uns interessiert an dieser Stelle des Königs scharfes Urteil über den Wert der bayrischen Operationen.

[1]) Lorenz S. 353.

[2]) L. von Kobell, König Ludwig II. und Fürst Bismarck im Jahre 1870. Leipzig 1899. S. 29.

[3]) Vgl. Lorenz S. 354/355. Zum Datum vgl. L. Schneider a. a. O. III, S. 70, 7. November.

Man scheint auch sonst in der preußischen Umgebung des Königs die militärischen Leistungen der Bayern nicht sonderlich hoch angeschlagen zu haben.[1]) Die völlige Ausnahmestellung, die damals Bayern noch beanspruchte, mußte naturgemäß auch die Unzufriedenheit König Wilhelms hervorrufen. Auch in seinem Briefe an die Königin Augusta vom 6. November kommt dieser Mißmut über die bayrischen Forderungen deutlich zum Ausdruck.[2]) Durchaus verständlich ist es, daß sich der König, wie wir von Lorenz hören, auch für ein einheitliches deutsches Heer aussprach. Mußten ihm doch gerade die Mängel, die die süddeutschen Kontingente noch aufwiesen, vor Augen führen, daß nur durch eine strenge Angleichung der süddeutschen Heereseinrichtungen an die der norddeutschen Armee eine in sich geschlossene und in seinen einzelnen Gliedern gleichwertige Organisation des deutschen Heeres für die Zukunft geschaffen werden könne.

Zwei Tage darauf, am 9. November kam es zu einer Unterredung zwischen dem Großherzog und Bismarck.[3]) Dabei führte der Kanzler schwere Klage über seine Lage in Versailles, vor allem über die Schwierigkeiten, die ihm die Generale beim Könige bereiteten. Auf spezielle Vorgänge kann man aus dieser allgemein gehaltenen Darlegung von Lorenz schwerlich mit Sicherheit schließen. Möglicherweise richteten sich die Beschwerden des Kanzlers gegen die Bemühungen einiger Generale aus der Umgebung des Königs, diesen von jeder Konzession an die militärischen Sonderwünsche der süddeutschen Staaten abzumahnen. Vielleicht handelte es sich auch um Differenzen Bismarcks mit dem großen Generalstab und vor allem mit dessen Chef, dem General von Moltke.[4])

[1]) Vgl. v. Boyen, Erinnerungen, herausg. von W. v. Tümpling, 1898, S. 203 204; ebenso Jolly S. 201, 21. November. Darnach scheint man auch den in der Gegenwart von bayrischer Seite so vielgerühmten Rückzug von der Tanns damals im Hauptquartier etwas anders bewertet zu haben.

[2]) W. Oncken, Unser Heldenkaiser, 1897, S. 216.

[3]) Lorenz S. 354; 356/357.

[4]) Des Kanzlers Konflikt mit Moltke reichte bekanntlich bis kurz nach Sedan zurück; vgl. O. v. Bismarck, Gedanken und Erinnerungen. Volksausgabe 1905. II, 116 ff.

Auch die Oberhausfrage wurde im Laufe des Gesprächs gestreift.[1]) Bei dieser Gelegenheit gab der Kanzler, der in der vorhergehenden Zeit von verschiedenen Seiten in dieser Sache angegangen, ja geradezu bestürmt worden war, deutlich zu erkennen, daß er an eine Ersetzung des Bundesrates durch ein Staatenhaus gar nicht denke. Ich bin aber nicht mit Brandenburg der Meinung, daß Großherzog Friedrich bei Bismarck geradezu für das Oberhaus eingetreten ist.[2]) Nach meinem Dafürhalten scheint der Großherzog von Baden persönlich auf das Zustandekommen dieser Institution keinen Wert

[1]) Eine zusammenhängende Darstellung der Oberhausfrage bietet Er. Brandenburg, Der Eintritt ... Anhang S. 89 ff.

[2]) Vgl. Brandenburg, Der Eintritt ... S. 95. Br. sucht in seiner Untersuchung darzulegen, daß auch Großherzog Friedrich ein Anhänger des Oberhausgedankens, überhaupt des Einheitsstaates gewesen sei. S. 8,9 kommt das bei ihm in ganz bestimmter Weise zum Ausdruck. Er zitiert dort zum Beweise eine Äußerung des Großherzogs aus dem Berichte Jansens vom 12. September (S. 161). „Er wolle nicht verhehlen, daß nach seiner Ansicht die politische Entwicklung Deutschlands dem Einheitsstaat zustrebe, und daß dieser Prozeß durch den Zutritt der Süddeutschen nur werde aufgehalten, nicht unterbrochen werden." Damit spricht aber m. E. der Großherzog nur eine Prophezeiung aus, die keineswegs nun auch den Wunsch nach ihrer Erfüllung in sich schließt. Das beweist gerade auch die Fortsetzung dieser angeführten Stelle, der aber Br. keine Beachtung zu schenken scheint. „Zur Zeit und auf eine Reihe von Jahren hinaus seien die Zustände für die Unifikation entschieden noch nicht vorbereitet und ein verfrühter Übergang zum Einheitsstaat würde ein viele Interessen verletzendes Unglück sein." Zudem finden wir in demselben Bericht Jansens ausdrücklich hervorgehoben, daß der Großherzog selbst von dem Einheitsstaat nichts wissen wollte und m. Er. schon aus rein dynastischem und zugleich auch badischem Interesse für den Föderativstaat mit voller Selbständigkeit seiner Glieder in den inneren Angelegenheiten eintrat. Der Großherzog, heißt es bei Jansen (S. 160), sei davon überzeugt, daß die norddeutsche Bundesverfassung „einer wesentlichen Umgestaltung in der Richtung des Föderativstaates unterzogen werden müsse, um den Lebensbedingungen der süddeutschen Staaten zu entsprechen, und eben um eine solche zu ermöglichen, suche man für den Eintritt dieser Staaten in den Bund von vornherein die Form des Staatsvertrages zu gewinnen". Im Anhang S. 94 und 100 hat Br. mit größerer Vorsicht über das Verhältnis Großherzog Friedrichs zur Oberhausfrage geurteilt. Es gelingt ihm aber m. Er. auch hier nicht einen wirklich stichhaltigen, quellenmäßigen Beleg dafür zu erbringen, daß Großherzog Friedrich der Oberhausfrage besonderes Interesse entgegengebracht habe.

gelegt zu haben.[1]) Die badischen Quellen, Lorenz eingeschlossen, weisen auch nicht eine Stelle auf, die uns zu einer gegenteiligen Annahme berechtigen könnte. Schon der Umstand, daß wir bei Lorenz nichts über das Verhältnis des Großherzogs zur Oberhausfrage zu hören bekommen, muß uns zu der Ansicht führen, daß Großherzog Friedrich an den Bestrebungen auf Einrichtung eines Oberhauses und verantwortlicher Reichsministerien keinen Anteil gehabt haben könne. Andrerseits hätte Lorenz ein solches Faktum schwerlich mit Stillschweigen übergangen und auf eine solche Ideengemeinschaft des Großherzogs mit seinem Schwager, dem Kronprinzen in dieser Frage sicherlich recht deutlich hingewiesen.

Als man dann auf die Verhandlungen mit den süddeutschen Staaten zu sprechen kam, erzählte der Kanzler dem Großherzog auch von den bekannten Forderungen Brays, auf die er sich aber gar nicht erst eingelassen habe.[2]) Am 8. November, also einen Tag vor dieser Unterredung waren die Bayern aus ihrer mehrtägigen Zurückgezogenheit herausgetreten und hatten Delbrück um eine neue Besprechung gebeten.[3]) Der Kanzler scheint aber dieser neuerlichen Entschließung Brays zur Wiederaufnahme der Verhandlungen hinsichtlich ihres glücklichen Fortganges recht skeptisch gegenüber gestanden zu haben, sonst hätte er dem Großherzog gegenüber sicherlich doch von einem Umschwung in der bayrischen Politik gesprochen.

Freydorf erzählt nach Lorenz in seinem Tagebuche, daß die Umgestaltung des Bundesrats vielfach besprochen wurde und daß eine Konferenz einer Anzahl von Staatsmännern in der Wohnung des Reichstagsabgeordneten Bamberger zu dieser

---

[1]) Vgl. Jansen S. 162. „Über die Oberhausfrage äußerte sich Se. Kgl. Hoheit nicht eingehender, obgleich von mir mehrfach der Versuch gemacht wurde, diesen Punkt zu betonen." Darnach scheint der Großherzog sogar darauf bedacht gewesen zu sein, diese Frage, deren Erörterung ihm augenscheinlich unbequem war, aus der Unterhaltung auszuschalten.

[2]) Zur Politik Brays in den Tagen der Versailler Verhandlungen vergleiche wieder Er. Brandenburg, Der Eintritt ... S. 40ff.

[3]) Brandenburg, Der Eintritt ... Beilage Nr. 2, S. 115. Delbrück an Lasker 6.—9. November.

Frage Stellung genommen hat.[1]) Ein Datum gibt Lorenz für diese Versammlung nicht an. Trotzdem ist wohl kaum zu bezweifeln, daß die Konferenz bei Lorenz mit der im Tagebuche des Kronprinzen unter dem 1. November verzeichneten identisch ist.[2])

Friesen gibt uns von dem Verlauf dieser übrigens von ihm selbst einberufenen Versammlung ein anschauliches Bild.[3]) Wir erkennen aber zugleich aus seinen Mitteilungen, wie sehr die genannten Aufzeichnungen des Kronprinzen und Freydorfs der Berichtigung bedürfen und eigentlich wertlos geworden sind. Diese Zusammenkunft fand in der Wohnung des Grafen Bray statt und trug einen durchaus privaten und vertraulichen Charakter. An ihr nahmen außer Friesen nur die bayrischen Minister, die Hessen Dalwigk und Hofmann (?) teil. Man befaßte sich mit „sämtlichen jetzt vorliegenden Fragen". Daß Dalwigk die Oberhausfrage gelegentlich in die Diskussion eingeführt haben mag, ist wohl möglich. Jedenfalls scheint man sich aber mit dieser Sache nicht sehr ernstlich befaßt zu haben, da Friesen ihrer nicht einmal Erwähnung tut. Dieser hatte sich ja in seinem persönlichen Verkehr mit Bismarck zur Genüge davon überzeugen können, daß der Kanzler nie und nimmer in die erheblichen Veränderungen der norddeutschen Bundesverfassung, vor allem in die Abschaffung des Bundesrats willigen würde.

Es ist nicht ohne Interesse, daß, wie wir von Lorenz vernehmen, schon im Laufe der Verhandlungen die Frage des Tabakmonopols, als einer Hauptquelle der indirekten Reichssteuern von Delbrück aufgeworfen worden ist.[4]) Diese Anregung scheint besonders von württembergischer Seite sofort mit größter Bereitwilligkeit aufgenommen worden zu sein. Lesen wir doch schon in dem württembergischen Protokoll vom 25. November unter Punkt 3: „die württembergischen

[1]) Lorenz S. 356.

[2]) Tagebuch Kaiser Friedrichs, 1. November, S. 118.

[3]) Friesen, Erinnerungen, 3. Bd., S. 172—177. Dresden 1910. Auch Brandenburg, Der Eintritt ... Anhang S. 99/100 geht auf diese Konferenz ein.

[4]) Lorenz S. 357.

Bevollmächtigten hatten schließlich den Wunsch ihrer Regierung auszusprechen, daß der Bundesrat sobald als tunlich die Einführung des Tabakmonopols in Erwägung nehmen möge.“ [1])

Am 15. November kurz vor dem Abschluß des badisch-hessischen Vertrages kam es zwischen den badischen Vertretern und Delbrück zu einem kleinen Zwist.[2]) Jolly weigerte sich nämlich das württembergische Protokoll zu unterzeichnen, weil darin den Württembergern hinsichtlich des Artikels 68 von norddeutscher Seite das Zugeständnis gemacht war, daß der Bundesfeldherr nicht befugt sein sollte, in Württemberg den Kriegszustand zu erklären,[3]) und setzte es schließlich auch bei Delbrück durch, daß in einem besonderen Nebenprotokoll ausdrücklich festgelegt wurde, daß etwaige Ausnahmen von Artikel 68 auch Baden und Südhessen zugute kommen sollten.[4]) Bei Jolly ist dieser Zwischenfall ziemlich detailliert geschildert. Lorenz scheint aber seine Bemerkungen dem Tagebuch Freydorfs entnommen zu haben. Bei Jolly hören wir wenigstens nichts davon, daß an der mit Baden getroffenen Vereinbarung auch Hessen teilhaben sollte.[5]) Es ist m. E. nicht Zufall, daß Lorenz diese Begebenheit in solch kurzer, die eigentlichen Vorgänge außer acht lassenden Form wiedergibt. Er mochte die Empfindung haben, daß diese partikularistische Anwandlung der badischen Vertreter, wie sie bei dieser Gelegenheit zum Ausdruck kam, mit der Tendenz seines Buches, das ja die völlige Selbstlosigkeit der badischen

[1]) Mittnacht S. 152.

[2]) Lorenz S. 358.

[3]) Auch bei dem Besuche des Großherzogs am 7. November beklagte sich der König darüber, daß die Württemberger immer noch „militärische Prärogative in Anspruch nehmen wollten“. Lorenz S. 354/355.

[4]) Das Nebenprotokoll vom 15. November ist abgedruckt bei Mittnacht S. 154, Anm. 1.

[5]) Mit Brandenburg, Der Eintritt ... S. 67/68 bin ich der Meinung, daß nicht der „Arger Delbrücks“, wie Jolly es darstellt (S. 199), den Anlaß zur Reise Freydorfs nach Berlin abgab. In dem Gespräch Freydorfs mit Bismarck am 18. November (Lorenz S. 361) empfahl der Kanzler ausdrücklich Freydorf, sich selbst nach Berlin zu begeben, „weil die Anwesenheit des Ministers etwaige Änderungen an den Verträgen leichter durchführbar machen würde“.

Regierung nicht genug hervorheben kann, nicht recht in Einklang zu bringen wäre. Nicht zweifelhaft erscheint es mir, daß gerade die badische Opposition es schließlich bewirkt hat, daß die Württemberger trotz ihrem dringenden Wunsche eine Ausnahmestellung hinsichtlich des Artikels 68 nicht zugebilligt erhielten.[1])

Um sich über den württembergischen Zwischenfall an der richtigen Quelle zu unterrichten, hat der Großherzog am Abend des bedeutungsvollen 12. November den Kanzler selbst aufgesucht.[2]) Im Anhang ist Lorenz ausführlicher als in seiner fortlaufenden Darstellung. Er polemisiert dort zugleich gegen eine Tagebuchaufzeichnung Mor. Buschs vom 12. November, die davon berichtet, wie ungehalten der Kanzler sich über den unerwarteten Besuch des Großherzogs an der Tafel vor seinen Getreuen ausgesprochen hat.[3])

Es ist das ja eine bekannte psychologische Erscheinung, daß eine deprimierte Stimmung durch neugierige Fragen, mögen sie auch noch so gutgemeint und teilnahmsvoll sein, sich nicht bannen läßt, daß vielmehr gerade dadurch die Gereiztheit oft noch eine Steigerung erfährt und sich in einer Entladung Luft macht. Die Mitteilung von Busch, der doch wirklich nichts anderes als eine Momentaufnahme geben will, klingt uns deshalb so natürlich, daß wir uns hüten werden, an ihrer Echtheit zu zweifeln.

Am 18. November verabschiedet sich Freydorf von Bismarck.[4]) Die Anspielung des Kanzlers auf Württemberg, dessen Eintritt in den Deutschen Bund wieder als wahrscheinlich gelten könne, läßt uns leicht auf den Gedanken kommen, daß Bismarck von dort günstige Nachrichten erhalten habe. Wenn Lorenz erklärt, der badische Minister habe noch keinerlei Ahnung von der Fülle der Zugeständnisse an Bayern gehabt, so ist das doch wohl nur die persönliche

[1]) Vgl. die schriftlichen Verhandlungen Delbrücks und Mittnachts, Mittnacht S. 148/149, 152 Anm. 2, 152.

[2]) Lorenz S. 359, dazu im Anhang S. 612/613.

[3]) Moritz Busch I, 389/390, 12. November: „Und wenns noch was Wichtiges wäre“ — „Aber er soll sehen. Nächstens überfalle ich ihn ebenso und mit was Dienstlichem, wo er mich nicht abweisen kann.“

[4]) Lorenz S. 361 und 507.

Ansicht von Lorenz. Die Hauptforderungen der Bayern, wie Heer, Post, Gesandtschaftsrecht kannte Freydorf schon lange und hatte sie sogar gebilligt.[1]) Der diplomatische Ausschuß mußte ihm freilich etwas Neues sein.

Mit großer Ausführlichkeit hat Lorenz aus dem Tagebuche des Großherzogs den Besuch Bismarcks beim Großherzog am 19. November wiedergegeben.[2]) Aber auch wir können von dieser Begebenheit nicht ohne Interesse Kenntnis nehmen. Verfolgte doch der Kanzler mit diesem Besuche den bestimmten Zweck, sich in Großherzog Friedrich einen Helfer zu schaffen, wenn dem bayrischen Vertrage, dessen Abschluß nahe bevorstand, von seiten des Königs und des Kronprinzen Opposition drohen sollte. Mit dieser Möglichkeit schien Bismarck aber selbst sehr zu rechnen, und wohl nicht ganz ohne Grund. Erst kurz vorher am 16. November hatte er mit dem Kronprinzen einen unerfreulichen Disput über die politische Lage auszufechten gehabt, ferner mußte er auch sich gegenwärtig halten, daß die preußische Umgebung des Königs und dieser selbst von einschneidenden Konzessionen an das bayrische Militärwesen nichts wissen wollten. Der Großherzog hingegen teilte die schweren Befürchtungen des Kanzlers nicht, war vielmehr der Ansicht, daß bei der nun einmal geschaffenen Lage von den beiden hohen Stellen unüberwindliche Schwierigkeiten nicht zu erwarten wären. Und damit hat er bekanntlich Recht behalten. Es ist nicht zweifelhaft, daß gerade auch dem Kronprinzen die von Bismarck für die nächste Zeit versprochene Lösung der Kaiserfrage die Zustimmung zum bayrischen Vertrage erleichtert hat.

Bismarck teilte dem Großherzog aber auch mit, „daß die Württemberger nun ihren Beitritt zum Bunde erklärt hätten". Darnach mußte der Kanzler also wohl schon telegraphisch von den Vorgängen am 19. November in Stuttgart unterrichtet worden sein.[3])

Man findet nun bei Lorenz keinen direkten näheren Hinweis darauf, in welcher Weise der Großherzog dem ihm von

[1]) Vgl. den Bericht Freydorfs an den Großherzog vom 29. September. Meyer S. 63.

[2]) Lorenz S. 367—371.

[3]) Mittnacht S. 147. Suckow S. 177/178.

Bismarck am 19. November erteilten Auftrage nachgekommen und für die Genehmigung des bayrischen Vertrages eingetreten ist. Am 21. November scheinen sowohl früh beim Kronprinzen als an der Abendtafel des Königs die bayrischen Forderungen den Mittelpunkt der Unterhaltung gebildet zu haben. Man zeigte sich in fürstlichen Kreisen über die bayrische Anmaßung wohl höchst aufgebracht, zu einer völligen Opposition gegen die Annahme des bayrischen Vertrages kam es aber nicht.[1]) Es ist nicht zweifelhaft, daß Großherzog Friedrich gerade an diesem Tage einen beruhigenden Einfluß ausgeübt haben wird. Konnte es doch auf die norddeutschen Fürsten nicht ohne Wirkung bleiben, wenn gerade er als süddeutscher Souverän die schließliche Annahme der bayrischen Forderungen anempfahl. In der kurzen Zeit bis zum endgültigen Abschluß mit den Bayern scheint man in der Tat zu einer ruhigeren Auffassung der Sachlage gekommen zu sein. Das gilt wenigstens in vollstem Maße von dem König selbst. Denn als der Großherzog am Nachmittage des 23. November seinen Schwiegervater sprach, hatte dieser schon am Morgen den Vortrag des Kanzlers gehört und dem bayrischen Vertrage seine Genehmigung erteilt.[2]) Der König war in der besten Laune und äußerst aufgeräumt, ein Beweis dafür, daß er sich offen zu der bayrischen Politik seines Kanzlers bekannte und ihr die schuldige Anerkennung nicht versagte. Diese „heiter befriedigte Stimmung" des Königs an diesem denkwürdigen Tage ist aber nun gar nicht nach dem Geschmack von Lorenz. Es wäre ihm wahrscheinlich lieber gewesen, wenn König Wilhelm sich in höchstem Unwillen über die bayrischen Reservate geäußert hätte. Da nun, so argumentiert Lorenz, der Abschluß mit Bayern unmöglich die gute Laune des Königs hervorgerufen haben kann, so muß sie wohl eine andere Ursache haben. Der König dürfte also „wohl" durch Meldungen über erfolgreiche militärische Operationen in seine aufgeräumte Stimmung versetzt worden sein.

---

[1]) Vgl. Lorenz S. 366 nach Mitteilungen Herzog Ernsts.

[2]) Lorenz S. 371. Auch Schneider erwähnt ausdrücklich diesen Besuch des Großherzogs beim Könige. L. Schneider III, 102, 23. Nov.

Am 25. November suchte Bray den Großherzog auf, um sich bei ihm zu verabschieden und sich für die Unterstützung zu bedanken, die der bayrische Vertrag auf badischer Seite gefunden hatte.[1]) Der eigentliche Zweck dieses Besuches war aber, den Großherzog von Baden mit den Territorialwünschen König Ludwigs ausdrücklich bekannt zu machen, der auf die Landbrücke zwischen den bayrischen Gebieten rechts und links des Rheins schon seit einigen Wochen sein lebhaftestes Augenmerk gerichtet hatte und die Abtretung dieser pfälzischen Landstriche von Baden sehnlichst begehrte. Es darf gewiß wundernehmen, daß Bray, der doch nur zu gut wissen mußte, mit welcher Entschiedenheit Baden von Anfang an sich gegen den Gedanken jeder territorialen Vergrößerung, geschweige denn eines Länderschachers erklärt hatte, und der erst Ende Oktober, als er Jolly ganz ähnliche Vorschläge machte, von diesem eine feine Zurückweisung erhalten hatte,[2]) trotzdem sich noch einmal persönlich an den Großherzog in dieser Sache wandte. Bray wird sich auch schwerlich irgendwelchen Erfolg von einer solchen Unterredung versprochen haben, er wollte wahrscheinlich damit nur zum Ausdruck bringen, daß er keine Gelegenheit habe vorübergehen lassen, für den Lieblingswunsch seines Königs selbst auf die Gefahr einer derben Abfuhr hin einzutreten.

Für diese Unterredung Brays mit dem Großherzog ist Lorenz unsere erste Quelle. Neuerdings ist uns durch Hohenlohe auch etwas darüber bekannt geworden, wodurch Lorenz eine wertvolle Ergänzung erfährt.[3]) Gelzer, der sich im

[1]) Lorenz S. 373—375, dazu Anhang S. 613.

[2]) Jolly S. 188 Anm.

[3]) Hohenlohe-Sch. II, 35. „Bray hat sich in Versailles gründlich blamiert. Noch vor seiner Abreise hatte sich Bray ein Mémoire von Völderndorff geben lassen, in welchem ihm klargemacht wurde, daß man beim Großherzog von Baden die Frage der Abtretung von Heidelberg und Mannheim nicht anregen dürfe, da die Ansprüche Bayerns nur dann gerechtfertigt sind, wenn die jetzt regierende Linie Baden-Hochberg als unebenbürtig betrachtet wird. Das scheint Bray vergessen zu haben und hat mit dem Großherzog darüber gesprochen, der natürlich sehr unangenehm wurde, worauf dann Bray wie ein begossener Pudel abzog. Es ist dies um so dümmer, als schon vorher Bismarck ihm die Unterhandlung über diese Frage definitiv abgeschlagen hatte."

Dezember immer noch in München aufhielt und mit dem Großherzog in stetem Briefwechsel stand, hatte Hohenlohe davon erzählt. Aus dieser Mitteilung von Hohenlohe geht klar hervor, daß die Territorialfrage oder vielmehr die Abtretung der badischen Pfalz an Bayern schon vor der Abreise der Minister nach Versailles in München erörtert worden sein muß. Man wird nicht irren, wenn man in König Ludwig den eigentlichen spiritus rector dieser Angelegenheit sieht.[1])

Über den Wert der bayrischen Reservate, auf die man am Schluß der Audienz zu sprechen kam, äußerte sich Bray sehr pessimistisch. Interessant ist es zu hören, eine wie geringe Bedeutung er hier dem Bundesratsausschuß und dem Gesandtenvertretungsrecht zumaß. Sah er jetzt schon bei ruhiger Überlegung ein, daß jene beiden Institute zu Bismarcks Lebzeiten sich doch nur wenig Geltung würden verschaffen können? In München mußte später Bray, wie wir noch sehen werden, aus taktischen Rücksichten gerade das Gegenteil behaupten, um den zahllosen Gegnern des Vertrages die Sache mundgerechter zu machen, er mußte gerade umgekehrt die bayrischen Privilegien in das hellste Licht zu setzen sich bemühen und damit gleichzeitig auch sein Werk.[2])

[1]) Zu den Bemühungen Bayerns um die badische Pfalz vgl. L. von Kobell S. 27. Nach dieser Abweisung Brays durch den Großherzog scheint man in München die Hoffnung auf eine Abtretung der badischen Pfalz aufgegeben zu haben. Damit kamen aber die Territorialwünsche noch nicht zur Ruhe, man begann sich vielmehr nun für das nördliche Elsaß mit Weißenburg zu interessieren und bei Bismarck für eine Angliederung dieses Gebietes an die bayrische Rheinpfalz vorstellig zu werden. Bray hatte sogar den Fürsten Hohenlohe gebeten, sich für den „Streifen von Hagenau" zu verwenden. Hohenlohe II, 34, 8. Dezember; vgl. dazu ferner die zusammenhängende Darstellung von Jacob S. 115 ff., der m. E. nicht scharf genug die beiden Phasen in der bayrischen Territorialfrage voneinander scheidet.

[2]) In dem Sinne ist auch schon sein Bericht an den König vom 22. November abgefaßt. Bray S. 194—196.

5. Die Lage in München nach dem Abschluß der Versailler Verhandlungen.

Schon seit dem Beginn des November hatte Freydorf, wie Lorenz mitteilt, von den badischen Vertretern in Wien, München und Stuttgart Nachricht erhalten von der „fieberhaften" Tätigkeit der österreichischen Diplomatie, auf Grund des Prager Friedens die Versailler Verhandlungen zu stören.[1])

Dieser Mitteilung von Lorenz mögen die betreffenden Gesandtschaftsberichte zu Grunde liegen, vielleicht war auch in dem Tagebuche Freydorfs einiges darüber vermerkt.

Durch eine Reihe von Veröffentlichungen aus den letzten Jahren haben wir die deutsche Politik Beusts näher kennen gelernt.[2]) Darnach ist es nicht zweifelhaft, daß auch die besagte Mitteilung von Lorenz durchaus nur Tatsächliches wiedergibt. Gerade in diesen Tagen war ja Beust nach München gekommen (11. November),[3]) angeblich um seiner Gemahlin ein Stück das Geleit nach Italien zu geben, in Wirklichkeit aber, wie auch die nationale Presse richtig argwöhnte, um mit den leitenden Kreisen Bayerns wegen der deutschen Frage in nähere Beziehung zu treten und einer festen Verbindung Bayerns mit dem Nordbunde nach Möglichkeit entgegenzuwirken. Die Erinnerungen von Friesen haben hierüber Aufschluß gegeben und den früheren Argwohn über den Zweck dieser Beustschen Reise voll gerechtfertigt.[4])

Unter dem 1. Dezember berichtete Mohl aus München, daß Bray sich ihm gegenüber über die bayrischen Reservate ausgelassen hätte.

Es darf nicht überraschen, daß bei dieser Gelegenheit der diplomatische Ausschuß und das Gesandtenvertretungsrecht

[1]) Lorenz S. 376.

[2]) Am besten orientiert darüber Alter, Deutschlands Einigung und die österreichische Politik. Deutsche Rundschau Nr. 1, Oktober 1910. Seine Ausführungen, die zum Teil auf dem Briefwechsel Beusts und Brays beruhen, legen von der Ideengemeinschaft dieser beiden Männer deutlich Zeugnis ab. Ferner E. v. Wertheimer, Graf Julius Andrassy, Leipzig 1910, besonders Seite 443 und 457. Hohenlohe II, 20, 20. August; II, 21, 21. August. Friesen III, 138—140, besonders S. 139.

[3]) Karlsruher Zeitung vom 13. und 15. November.

[4]) Friesen III, 209/210.

Bayerns von dem Minister eine erheblich andere Beurteilung erfuhren als einige Tage zuvor in der Audienz beim Großherzog am 25. November.[1]) Bray, der, wie wir gesehen, wohl selbst nicht ernstlich an eine erfolgreiche Mitarbeit des Bundesratsausschusses glaubte und auch dem Gesandtschaftsrecht Bayerns keine allzu große Bedeutung mehr beimaß, mußte anderseits in München angesichts der starken Opposition gegen den Vertrag, wenigstens den Schein aufrecht zu erhalten suchen, daß jene Reservate auch wirkliche Rechte darstellten.

Der Pessimist Mohl zeigt nicht den klaren Blick eines Jolly, wenn er dem Ausschuß eine so große Bedeutung beilegt und ihn Bray gegenüber als „eine neue Organisation der mittelstaatlichen Politik" bezeichnet.[2])

Von Interesse ist es auch, an dieser Stelle zu erfahren, daß Bismarck, wie Bray Mohl erzählte, eine genaue Definition des Geschäftskreises des diplomatischen Ausschusses mit Entschiedenheit von sich gewiesen habe. Er bedachte dabei natürlich sehr wohl, daß er ohne Festlegung seiner Kompetenz für ihn wenig Bedeutung haben konnte. Deshalb konnte auch das Anerbieten dieses Ausschusses getrost von ihm selber gestellt werden.[3])

---

[1]) Auch ein Bericht des sächsischen Gesandten, Grafen Könneritz aus München vom 2. Dezember besagt, Graf Bray „spreche sich sehr befriedigt über das Erreichte aus und erwarte namentlich viel von dem diplomatischen Ausschuß, dessen Einsetzung er als einen „wertvollen politischen Erfolg seiner Tätigkeit ansehe." Friesen III, 210. In der Allgem. Deut. Biographie (55, 682 ff.) hat von Müller eine treffende Charakteristik der Persönlichkeit Brays und seiner deutschen Politik in der Zeit des großen Krieges geboten.

[2]) Jolly S. 201, 21. November. „Die Kompetenz dieses Ausschusses ist mir nicht genau bekannt. Es scheint, er soll wesentlich nur das Recht haben, auf dem Laufenden gehalten zu werden, ein Recht, das wenigstens Bismarck gegenüber gleich Null wäre."

[3]) Vgl. dazu auch Friesen III, 183 ff., den Bismarck am 16. November von seiner Absicht, einen Bundesratsausschuß zu schaffen, ausführlich in Kenntnis setzte. Friesen III, 186 vermutet, daß die Einsetzung des diplomatischen Ausschusses nur ein geschickt gewähltes Mittel Bismarcks gewesen ist, „um den bayrischen Kommissaren durch die Erteilung des Vorsitzes in diesem Ausschusse an den König von Bayern einen schein-

Weitere Berichte Mohls aus den ersten Dezembertagen bringen noch mehr Einzelheiten aus München.[1])

Daß der König damals noch nicht einmal den Vortrag seiner Minister entgegengenommen hatte, ist richtig. Lesen wir doch bei Frau von Kobell, daß der König erst am 6. Dezember die Beratung des bayrischen Vertrages im Staatsrat bewilligte.[2])

Durchaus verständlich ist es, daß Bray seine Erfolge gerade auch vor der diplomatischen Welt, wie Mohl berichtete, so hoch wie möglich einzuschätzen sich bemühte. Damit meinte er, Bayern immerhin noch mit dem Schein eines bis zu einem gewissen Grade nach außen hin selbständigen Staatswesens umgeben zu können. Von wirklichen geheimen Artikeln kann in dem bayrischen Vertrage, trotzdem Bray „einem Gerücht nicht förmlich widersprach", natürlich keine Rede sein. Es erscheint mir aber nicht unmöglich, daß Bismarck einige mündliche unverbindliche Versprechungen, die dem bayrischen Sonderbewußtsein noch mehr Rechnung trugen, den bayrischen Vertretern gemacht haben mag.

Das Recht mit anderen Staaten Verträge zu schließen, auf das Bray mit besonderer Genugtuung hinwies, hat Bismarck den beiden süddeutschen Königreichen nicht wohl bestritten, doch ist es bekanntlich sein eifrigstes Bestreben in der Folgezeit gewesen, ihre Regierungen von der Unsinnigkeit und Schädlichkeit dieses „Rechtes" zu überzeugen.[3])

baren Erfolg ihrer Tätigkeit zu verschaffen und ihnen dadurch die Zurückziehung ihrer anfänglichen viel weitergehenden Forderungen zu erleichtern". Der Bericht Brays an den König vom 22. November scheint in der Tat diese Vermutung Friesens zu bestätigen.

[1]) Lorenz S. 377/378.

[2]) L. v. Kobell S. 42.

[3]) Vgl. hierzu Mor. Busch II, 301, 8. Januar 1872. Bismarck ist in höchstem Unwillen über einen partikularistischen Handelsvertrag Württembergs mit der Schweiz.

6. Freydorf in Berlin.

Als Unterlage für seine Mitteilungen über die Anwesenheit Freydorfs in Berlin scheinen Lorenz fast ausschließlich die Berichte Freydorfs an das Ministerium in Karlsruhe gedient zu haben.

Für eine Unterredung Freydorfs mit Delbrück über den bayrischen Vertrag gibt Lorenz kein Datum an.[1]) Man wird sie aber vor dem 28. November nicht ansetzen können, und zwar aus folgender Erwägung. Noch am 27. November wußte man, wie Freydorf in seinem Bericht vom 27. November an das Staatsministerium mitteilt (Lorenz S. 614), in Berlin von dem Inhalt des Vertrages nicht mehr, als eben durch das lakonische Telegramm Bismarcks vom 23. November bekannt geworden war.[2]) Da nun aber aus dieser Unterredung Freydorfs mit Delbrück klar hervorgeht, daß man dabei schon speziellere Fragen, wie den Artikel V des bayrischen Vertrages besprochen haben muß, so ergibt sich daraus notwendig, daß das bezeichnete Gespräch erst nach dem Bekanntwerden des ausführlichen Inhalts des bayrischen Vertrages, also erst nach dessen Eintreffen in Berlin, etwa um den 28. November stattgefunden haben kann.[3])

Aus seiner Quelle hat Lorenz von dieser Unterredung eben nur das verwertet, was geeignet schien, seine subjektive Auffassung von dem Wert, beziehungsweise Unwert des bayrischen Vertrages zu bestätigen.

Schon während der Verhandlungen hatten sich die badischen Vertreter gegen alle Bestimmungen der neuen Verfassung ausgesprochen, die einer organischen Weiterbildung der Bundesverfassung im Wege zu stehen schienen.[4]) Deshalb

[1]) Lorenz S. 379/380.

[2]) Das Telegramm Bismarcks findet sich bei Mittnacht S. 164.

[3]) Brandenburg, Briefe und Aktenstücke ... II, 111 setzt diese Unterredung „Ende November" an.

[4]) Vgl. Friesen III, 179. Über die Konferenz vom 6. November schreibt Friesen: „Interessant war hierbei die Entschiedenheit, mit welcher der badische Herr Minister Jolly sich nicht nur gegen eine jede Abänderung von Artikel 78, sondern auch gegen die Deklaration wegen der iura singulorum erklärte, weil dadurch die ‚weitere Fortbildung' der

mußte es auch jetzt Freydorf schmerzlich berühren, als er von dem Artikel V des bayrischen Vertrages erfuhr. Denn nun, meinte er, würde Bayern seine Sonderstellung wohl für alle Zeiten behalten und „ein Fortschritt zu größerer Vereinheitlichung des Bundes“ für immer ausgeschlossen sein.

Lorenz scheint nun der Ansicht zu sein oder sucht es wenigstens so darzustellen, als ob Delbrück die Anschauungen Bismarcks über den Abschluß mit Bayern, die er in seiner amtlichen Eigenschaft zu vertreten die Pflicht hatte, persönlich nicht geteilt habe. Die Absicht, die Lorenz dabei verfolgt, ist die, uns glauben zu machen, Bismarck stehe allein da mit seiner bayrischen Politik, seine grenzenlose Nachgiebigkeit habe bei niemandem, nicht einmal bei seinen vertrauten Mitarbeitern, rechte Billigung gefunden. Es dürfte ihm aber schwerlich gelingen, durch seine Ausführungen jemand davon zu überzeugen, daß gerade Delbrück den Abschluß mit Bayern nicht als eine wirklich großartige Leistung Bismarcks anerkannt haben sollte. Daß ihm einzelnes aus dem Inhalt des bayrischen Vertrages nicht sonderlich behagte, erscheint wohl glaublich. Wer war denn eigentlich damit ganz und gar zufrieden? Bismarck doch wahrhaftig auch nicht. Man mußte sich aber damit begnügen, weil, wenn man nicht länger warten wollte, was die Haltung der Neutralen verbot, im Augenblick nicht mehr zu erreichen war. Daß Delbrück aber nur die „Parole“ Bismarcks dazu veranlaßt haben sollte, den bayrischen Vertrag in der angedeuteten Weise zu verteidigen, halte ich für völlig ausgeschlossen. Es mag ja in der Tat Delbrück einmal aus einer, wenn ich so sagen darf, zarten Rücksichtnahme auf den Vertreter des nationalen Badens, auf den von diesem angeführten Gedanken eingegangen sein, daß es vielleicht geratener gewesen wäre, wenn man Bayern noch eine Zeitlang von dem Deutschen Bunde ausgeschlossen hätte. Vielleicht hielt er es sogar nicht für

Verfassung zu leicht gehindert werden könne.“ Ebenso äußert sich Jolly in einem Telegramm an Kiefer, „von allen Modifikationen wäre Erleichterung der Verfassungsänderung die wünschenswerteste“. Deutsche Revue 17, IV, S. 60. Aus einem Briefe Kiefers an Lasker vom 6. Dezember. Zu der Konferenz vom 6. November vgl. Er. Brandenburg, Der Eintritt ... S. 107/109.

unmöglich, daß ein solches Experiment glückte. Beweist das aber alles etwa, daß Delbrück sich damit in einen gewissen Gegensatz zu der von Bismarck Bayern gegenüber eingeschlagenen Politik stellte und diese eigentlich nur gezwungen vertrat? Wer weiß zudem, wie jene Stelle bei Lorenz im Zusammenhang der ursprünglichen Fassung sich ausnimmt.

Es kann nicht zweifelhaft sein, daß Großherzog Friedrich nach dem tatsächlichen Abschluß des bayrischen Vertrages mit aller Entschiedenheit sich auch für dessen Annahme im Bundesrat und Reichstag ausgesprochen hat. Eine Mitteilung von Lorenz legt davon Zeugnis ab. Wir hören hier, daß der Großherzog seine Minister aufgefordert habe, ihren Einfluß bei ihren Freunden geltend zu machen, damit das Einigungswerk nicht noch schließlich an den bayrischen Forderungen scheitern möchte.[1])

Diese Mitteilung, die Lorenz entweder dem Tagebuch des Großherzogs oder dem Freydorfs entnommen haben mag, läßt sich mit einem anderen Zeugnis in direkte Beziehung setzen. In einem Telegramm Jollys an Kiefer vom 5. Dezember erklärt nämlich Jolly, er habe „aus guter Quelle" erfahren, daß dem bayrischen Vertrage Gefahr drohe, er empfehle daher der nationalliberalen Partei der Annahme dieses Vertrages nichts in den Weg zu legen.[2]) Hält man nun den Großherzog für die „gute Quelle" von Lorenz — eine Annahme, die viel für sich hat — so ergibt sich daraus mit Notwendigkeit, daß Jolly gewissermaßen im Auftrage des Großherzogs handelte, als er besagtes Telegramm an Kiefer sandte.

Für seine Mitteilungen über die Sitzungen des Bundesrats hat Lorenz fast ausschließlich die Berichte und Aufzeichnungen des Weimarer Stichling verwertet (vgl. Lorenz S. 616). Nur

[1]) Lorenz S. 381.

[2]) Das Telegramm Jollys an Kiefer ist in einem Briefe Kiefers an Lasker vom 6. Dezember enthalten. Deutsche Revue 17, IV, S. 60. Erich Brandenburg, Briefe und ... II, 124 setzt dieses Telegramm auf den 6. anstatt auf den 5. Dezember. In dem Briefe vom 6. Dezember heißt es jedoch: „Gestern nacht ½8 Uhr erhielt ich ein Telegramm von Jolly ..." Auch bei Jolly S. 203 ist darauf hingewiesen, daß Jolly der nationalliberalen Partei Mäßigung anempfahl.

einmal ist Freydorf für die Ausschußangelegenheit kurz herangezogen worden.[1])

Mit dem Gedanken, noch zwei weitere Stimmen für den Bundesratsausschuß zu beantragen, scheint man sich in badischen maßgebenden Kreisen schon seit dem Bekanntwerden dieses Bayern zugestandenen Reservats befaßt zu haben. Zweifelsohne hat Freydorf von Versailles aus nachträglich den Auftrag erhalten, das Zugeständnis von zwei weiteren Stimmen zu erwirken. Jolly war am 21. November nämlich noch im Zweifel, wie er sich zu dieser Frage stellen sollte, war aber sehr geneigt, „den ‚Königen' einen Possen zu spielen." [2])

Neuerdings bringen uns auch hier die Erinnerungen von Friesen einige neue Mitteilungen, durch die Lorenz an dieser Stelle eine kleine Ergänzung erfährt. Nach Friesen war neben Baden vor allem auch Hessen für die Erweiterung des Bundesratsausschusses um zwei Stimmen eingetreten und hatte am 1. Dezember sogar eine Debatte über diese Angelegenheit im Bundesrat herbeigeführt.[3])

Das private Gespräch Freydorfs mit Lutz, von dem Lorenz berichtet, dürfte wahrscheinlich noch am 2. Dezember, dem Tage der Ankunft des bayrischen Ministers in Berlin stattgefunden haben, da dieser, wie wohl anzunehmen ist, nach seinem Besuche bei Delbrück nicht lange gezögert haben wird, sich auch über die Absichten der badischen Regierung hinsichtlich des Bundesratsausschusses genaue Informationen einzuholen.[4])

---

[1]) Lorenz S. 388 oben.

[2]) Jolly S. 201, 21. November. „Der Ausschuß kann natürlich ohne unsere Zustimmung nicht gemacht werden. Ich schwanke noch, ob ich einfach Ja sagen oder verlangen soll, daß den übrigen Staaten zwei Wahlstimmen, von denen die eine uns ziemlich sicher wäre, eingeräumt werden."

[3]) Friesen III, 211—213.

[4]) „Der bayrische Minister Lutz ist gestern (2. Dezember) hier eingetroffen und begab sich nach seiner Ankunft zum Staatsminister Delbrück." Karlsruher Zeitung vom 5. Dezember, Telegr. Berlin 3. Dezember.

7. Großherzog Friedrich als Förderer des Kaisertums.

In seinem Briefe vom 24. Oktober erteilt der Großherzog Jolly den Auftrag, Bismarck über den Stand der Kaiserfrage zu interpellieren und gleichzeitig anzufragen, ob es der Kanzler für angezeigt halte, daß der Großherzog jetzt in dieser Sache mit König Ludwig in briefliche Verbindung trete.[1])

Auch von der Lage der Dinge in Bayern, vor allem von Ludwigs Stellung zum Kaisertum unterrichtete der Großherzog Jolly in einem Abschnitt dieses Schreibens. Durch eine „vertrauliche Korrespondenz" hatte er, wie er selbst mitteilt, Einblick in die Münchener Verhältnisse bekommen. Welches die Persönlichkeit in München selbst war, mit der der Großherzog damals in brieflichem Verkehr stand, wird sich, da alle Anhaltspunkte fehlen, schwerlich mit Sicherheit feststellen lassen. War es Hohenlohe oder etwa Völderndorff? Der Kombination steht hier ein weites Feld offen.

An der durch Punktierung gekennzeichneten Stelle in demselben Abschnitt dieses Briefes will Lorenz uns offenbar ein Rätsel aufgeben. Denn es ist kaum anzunehmen, daß diese Auslassung, deren Ergänzung so wenig Schwierigkeiten bereitet, wenigstens in dieser unzureichenden Weise, etwa auf Veranlassung des Großherzogs erfolgt ist. Wenn jemand die Neigung zeigte, „das norddeutsche Bruderhalsband zu lüften", so kann unter den norddeutschen Staaten eigentlich nur Sachsen in Frage kommen. Konnte man freilich bis jetzt noch nicht wissen, wie man diese Briefstelle aufzufassen hatte, die der Dresdener Regierung ein wenig rühmliches Zeugnis ausstellt, so haben erst wieder die Erinnerungen von Friesen Licht in eine Angelegenheit gebracht, die in jener Zeit zu manchen Mißverständnissen Anlaß gegeben zu haben scheint.[2])

Durch eine Intrige Beusts, die, wie Friesen ausdrücklich klarstellt, jedes realen Hintergrundes entbehrte, waren jene falschen Gerüchte über Sachsen in Umlauf gesetzt worden. Der österreichische Reichskanzler hatte nämlich in Wiener amtlichen Blättern verbreiten lassen, die Verhandlungen in

[1]) Lorenz S. 409—411.
[2]) Vgl. Friesen S. 138—140. Hohenlohe-Sch. II, 28.

München seien deshalb so schwierig gewesen, weil Sachsen hinter der Münchener Regierung stand, diese stark beeinflußte, in den Verhandlungen vor allem auch auf Sachsen Rücksicht zu nehmen, und dabei die Absicht verfolgte, möglichst viele partikularistische Vorteile für sich auf diesem Wege herauszuschlagen.

Es darf nicht für ausgeschlossen gelten, daß in dem vollständigen Briefe des Großherzogs vom 24. Oktober auch der Auftrag an Jolly enthalten war, sich bei Roon über die Aussichten einer Militärkonvention Badens mit Preußen zu erkundigen. Bei Jolly lesen wir nämlich, daß er am selben Tage, dem 30. Oktober, „im Spezialauftrage des Großherzogs" sowohl mit Bismarck über den Kaisertitel als auch mit Roon über eine Militärkonvention verhandelte.[1])

Lorenz erzählt dann, daß Jolly seinem ihm in dem Schreiben vom 24. Oktober erteilten Auftrage nachkam, Bismarck die Anschauungen des Großherzogs hinsichtlich der Kaiserfrage auseinandersetzte und bei dem Kanzler die volle Billigung des vom Großherzog beabsichtigten Gedankenaustausches mit König Ludwig über diese Angelegenheit fand.[2]) An welchem Tage aber diese Unterredung stattfand, sagt uns Lorenz nicht. Es steht uns jedoch als wertvolle Ergänzung an dieser Stelle Jolly zur Verfügung.[3]) Darnach scheint es Jolly einige Mühe verursacht zu haben, ehe er Bismarck zu einer ausdrücklichen Aussprache über die Kaiserfrage bewegen konnte. Am 30. Oktober gelang es ihm glücklich den Kanzler zu stellen und sich seines Spezialauftrages zu

---

[1]) Jolly S. 189.

[2]) Lorenz S. 411.

[3]) Jolly S. 187 und 189. Unter dem 31. Oktober heißt es bei Jolly: „Gestern hatte ich den ganzen Vormittag im Spezialauftrag des Großherzogs mit Bismarck und Roon über den Kaisertitel und ... Militärkonvention zu verhandeln. Beides ist zu meinem Erstaunen gelungen. Die Kaiserwürde scheint mir eine beschlossene Sache ... Die Aufgabe von Bismarck bestimmte Antworten zu erzielen, hatte mir etwas schwül gemacht. Ich ebnete mir den Weg durch Überreichung einer prachtvoll gearbeiteten Feder, ... Er hatte wirklich eine naive Freude daran, und ich freute mich dann seiner ungemein präzisen Geschäftsformen, nachdem ich auf seine ersten allgemeinen Antworten meine bestimmten Fragen wiederholte. Heute hatte ich den ganzen Tag nach Hause zu berichten.

entledigen. Und am 31. Oktober schickte er seinen Bericht an den Großherzog, von dessen Inhalt uns Lorenz unterrichtet.[1]) Diesen ausführlichen Bericht Jollys vom 31. Oktober kann aber der Großherzog nicht erst abgewartet haben, als er den „acht Quartseiten langen Brief" an König Ludwig, der schon über eine Woche der Abfertigung harrte, am 31. Oktober endlich absandte.[2])

Es ist nun ganz merkwürdig, daß Lorenz, der sonst viel weniger wichtige Dinge breit darzustellen beliebt, gerade diesen Brief Großherzog Friedrichs mit Stillschweigen übergeht. Bray, den Lorenz doch sonst ziemlich ausgiebig benutzt, ist hier doch gar nicht zu übersehen. Zudem enthält das von Lorenz selbst mitgeteilte Schreiben des Großherzogs an Jolly vom 24. Oktober den bestimmten Hinweis darauf, daß der Großherzog in allernächster Zeit einen schon im Konzept aufgesetzten Brief an König Ludwig abgehen zu lassen beabsichtigte. Wahrscheinlich boten aber Lorenz seine Quellen nichts Näheres über diesen Punkt, und so zog er es vor, dieses Schreibens gar nicht Erwähnung zu tun. Hieraus dürfte sich der Schluß ziehen lassen, daß Lorenz nur Teile resp. einzelne Auszüge aus dem ungedruckten Material vorgelegen haben und daß ihm, wie schon früher erwähnt (siehe oben S. 5), z. B. von den Tagebuchaufzeichnungen des Großherzogs für die ersten Kriegsmonate nichts zur Verfügung gestanden hat (vgl. unten die weiteren Ausführungen über Lorenz' Quellen). Denn darin wäre doch sicherlich von diesem Briefe des Großherzogs an König Ludwig ausdrücklich die Rede gewesen.

[1]) Brandenburg, Briefe ... II, 17 setzt diesen Bericht um den 28. Oktober an, wohl weil er annimmt, daß der Großherzog erst nach dem Eingange des Jollyschen Berichtes seinen Brief an den König hat abgehen lassen. Zu dieser Auffassung liegt m. E. kein Grund vor. Erklärt doch Großherzog Friedrich in seinem Schreiben vom 24. Oktober an Jolly ausdrücklich, daß er den schon entworfenen Brief an König Ludwig auch dann absenden würde, wenn er „einige Zeit keine Antwort erhalten sollte", da er dann annehme „point de nouvelle — bonne nouvelle".

[2]) Zum Datum vgl. L. v. Kobell S. 35. Noch am selben Tage, den 31. Oktober muß der Brief des Großherzogs in München eingetroffen sein; vgl. Bray S. 176. Eisenhart an Bray, 1. November. „Gestern (also am 31. Oktober) kam an Seine Majestät ein acht Quartseiten langer Brief des Großherzogs von Baden — eine Verherrlichung der Kaiseridee enthaltend."

Bei Lorenz lesen wir, daß Mohl und Werthern „übereinstimmend sowohl nach Karlsruhe, wie nach Berlin" von der Abneigung König Ludwigs gegen die Errichtung des neuen Kaisertums berichteten.[1]) Damit gibt Lorenz den Inhalt eines Berichtes Mohls wieder, in dem wohl besonders vermerkt war, daß auch Werthern das gleiche nach Berlin berichtet habe. Werthern mochte also Mohl entweder Einsicht in seinen Bericht gestattet oder ihm erklärt haben, er werde ebenso berichten. Nicht ausgeschlossen wäre es auch, daß Lorenz in einem Berichte Türckheims aus Berlin den in Frage kommenden Bericht Wertherns berücksichtigt gefunden hat. Aus dem Zusammenhange der Darstellung wird man den Bericht Mohls vor dem 15. Oktober anzusetzen haben.

Schon Mitte Oktober war Mohl die Aufgabe geworden, wie Lorenz mitteilt, „den Boden zu prüfen" in der Kaiserfrage und die Münchener maßgebenden Stellen damit bekannt zu machen, was die anderen Fürsten hinsichtlich des Kaisertums im Sinne hatten.[2]) Daneben scheint er aber noch den Auftrag erhalten zu haben, eine persönliche Zusammenkunft des Großherzogs mit König Ludwig in die Wege zu leiten. Lorenz weiß davon zwar nichts zu berichten, weil er in seiner Quelle, die dem ganzen Zusammenhange seiner Darstellung nach nur ein Schreiben des Großherzogs an Gelzer gewesen sein kann, wohl keine Auskunft darüber gefunden hat, aber eine Stelle bei Bray muß allen Zweifel ausschließen, daß der Großherzog ganz ernstlich an einen Besuch in München gedacht hat. In jenem schon einmal zitierten Schreiben Eisenharts an Bray vom 1. November heißt es nämlich nach Erwähnung des oben besprochenen acht Seiten langen Briefes über die Kaiseridee: „Also wohl deshalb der beabsichtigte Besuch." [3])

Damit scheint Eisenhart auf eine dem Minister Bray schon vor seiner Abreise bekannte Angelegenheit zurück-

[1]) Lorenz S. 412. Auch Lutz, den Friesen in den ersten Tagen des November sprach, schien nicht davon überzeugt zu sein, daß König Ludwig jemals seine Einwilligung zur Übertragung der Kaiserwürde an König Wilhelm erteilen würde. Friesen III, 180.

[2]) Lorenz S. 412.

[3]) Bray S. 176.

zugreifen. Der Großherzog hatte damals also den Wunsch nach einer Begegnung mit König Ludwig aussprechen lassen, ohne daß man in München den wahren Zweck einer solchen Reise recht zu durchschauen vermochte.[1])

Da nun Mohl, wie auch später Gelzer, bei König Ludwigs völliger Abgeschlossenheit mit seinen Aufträgen zu diesem nicht gelangen konnte, mußte er sich an den Grafen Bray wenden. Dieses Gespräch mit Bray muß noch vor dem 20. Oktober stattgefunden haben, vor dessen Aufbruch nach Versailles. Ein bestimmter Tag wird sich für diese Unterredung aber nicht angeben lassen. Man muß sich bei Lorenz' geringer Präzisität davor hüten, „Mitte Oktober" etwa ohne weiteres mit dem 15. Oktober identifizieren zu wollen.

Von dem Erfolg resp. Nichterfolg seines Auftrages berichtet der Großherzog in dem schon angeführten Schreiben an Gelzer, für das Lorenz wieder kein Datum angibt.[2]) Es dürfte aber nicht ohne Berechtigung sein, diesen Brief seinem Inhalte nach vor dem 24. Oktober, an dem der Großherzog Jolly schrieb, etwa um den 20. Oktober anzusetzen.[3]) Die Antwort Gelzers wird natürlich nicht lange auf sich warten gelassen haben. Er ermahnt den Großherzog, Bismarck nicht durch selbständiges, eigenes Handeln in der Kaiserfrage mißtrauisch zu machen. Vielleicht wurde der Großherzog gerade durch diese Mahnung seines Vertrauten dazu bestimmt, seinen Brief, den er um dieselbe Zeit für König Ludwig verfaßt

---

[1]) Mit dem Gedanken einer persönlichen Zusammenkunft mit König Ludwig trug sich der Großherzog seit längerer Zeit. Schon in dem Schreiben vom 20. September fragte er bei Jolly an, ob er es für angemessen erachten würde, daß er „in dem rechten Augenblick mit dem Könige von Bayern persönlich und mündlich" hinsichtlich der Verfassungsfrage in Verkehr zu treten versuchte (Lorenz S. 336). Auch aus dem Schreiben Gelzers an Eisenhart vom 15. November geht deutlich hervor, daß der Großherzog bis zu seiner Einladung nach Versailles um das Zustandekommen einer solchen Begegnung eifrig bemüht gewesen ist; vgl. L. v. Kobell S. 33.

[2]) Lorenz S. 413.

[3]) Es ist mir nicht recht verständlich, weshalb Brandenburg, Briefe . . . II, 40 diesen Brief des Großherzogs an Gelzer gerade mit dem 2. November datiert, an dem Gelzer den Auftrag zu seiner Reise nach München bekam (L. v. Kobell S. 33).

hatte, nicht sogleich an diesen abzusenden, sondern erst durch Jolly Bismarcks Zustimmung zu diesem Schritte einholen zu lassen.

Zu der Sendung Gelzers nach München, die schon Frau von Kobell in ihrer Darstellung berücksichtigt hat, liefert auch Lorenz einen besonderen Beitrag.[1]) Man erhält dadurch, wenn man auch noch die kleine Biographie Gelzers von Curtius dazunimmt, ein einigermaßen klares Bild von der Mission Gelzers in München. Seine neuen Mitteilungen dürfte Lorenz aus dem Tagebuche und der Korrespondenz Gelzers geschöpft haben.

Um den 15. November muß Gelzer in München eingetroffen sein. Er übergibt an diesem Tage den Brief des Großherzogs zur Weiterbeförderung an König Ludwig und fragt gleichzeitig in einem Schreiben an Eisenhart an, ob dieser in der nächsten Zeit für ihn eine Audienz bei dem Könige erwirken könnte.[2]) Am 18. November schickt Ludwig Eisenhart nach München mit dem ausdrücklichen Auftrag, wie wir durch Daxenberger erfahren, die Kaiserfrage dilatorisch zu behandeln.[3]) Von dieser Unterredung wissen sowohl Frau v. Kobell als auch Lorenz einiges zu berichten.[4]) Aus der Schilderung von Lorenz geht in der Tat hervor, daß Eisenhart dem Befehle seines Herrn gemäß sich nur in ganz unbestimmter Weise über die Stellung König Ludwigs zum Kaisertum ausgelassen hat. Von den eigentlichen Absichten des Königs in dieser Sache bekam Gelzer an diesem Tage nicht viel zu hören, eine Initiative schien noch von mancherlei Bedingungen abhängig gemacht zu werden.

Durch Lorenz erfahren wir auch, daß noch „weitere" Besprechungen zwischen Gelzer und Eisenhart stattgefunden

[1]) Lorenz S. 414/416.

[2]) Friedr. Curtius, Heinrich Gelzer, 1892, S. 25. Gelzer war außerdem beauftragt, „durch sein persönliches Wort den Vorschlag zu vertreten. Der Bundeskanzler erklärte dem Großherzog in Versailles seine Befriedigung über Gelzers Mission". L. v. Kobell S. 32—34. S. 32/33 das Schreiben G.'s an Eisenhart vom 15. November.

[3]) Bray S. 197. „Die Unterredung bezog sich inter alia auf das Kaiserprojekt. Eisenhart hatte sich ausweichend und ablehnend zu verhalten, wie ich ex post von ihm hörte" (Daxenberger an Bray).

[4]) L. v. Kobell s. o.; Curtius, Gelzer S. 25.

haben, in denen die Frage einer Reise Ludwigs nach Versailles erörtert wurde. Dabei wünschte Eisenhart auch von Gelzer in Erfahrung zu bringen, ob sich der Antrag König Ludwigs nicht schriftlich oder durch Vertretung stellen lasse. Darauf konnte Gelzer freilich keine Antwort geben.

Am 3. Dezember, als die Kaiserfrage durch die Sendung Holnsteins dem Abschluß nahe war, sandte Gelzer die schon am 18. November angekündigte Denkschrift über die Erneuerung des Kaisertums König Ludwig zu. Aber erst am 11. Dezember bekam er, wie wir auch bei Lorenz lesen, eine Antwort darauf.[1])

Lorenz erzählt, daß sich einige Mitglieder des bayrischen Hofes auf die Umfrage König Ludwigs gegen das Kaisertum ausgesprochen hätten und daß auch der österreichische Gesandte von Bruck in München und von der Pfordten in Wien ebenfalls gegen dieses aufgeboten worden wären, und sagt dann, „Herr von Werthern konnte indessen bald versichern und berichten, dies seien die letzten ohnmächtigen Versuche gewesen, welche von der Gegenpartei gemacht wurden.“[2]) Auch hier ist es, ähnlich wie kurz vorher, zweifelhaft, welcher Quelle Lorenz diese Mitteilung entnommen haben könnte. Nach der Fassung jener oben angeführten Stelle ist es aber wahrscheinlich, daß Werthern Mohl von jenen Dingen erzählte und gerade ihm „versicherte“, daß er so nach Berlin zu berichten beabsichtigte.

Die wenig nationale Haltung einiger Persönlichkeiten des königlich bayrischen Hofes, vor allem des Prinzen Otto, der „gegen die Kaiseridee, gegen Reise und alles hetzte“, ist auch in den Hohenloheschen Denkwürdigkeiten bezeugt.[3]) Der den genannten Mitteilungen von Lorenz wohl als Grundlage dienende Bericht Mohls dürfte der letzten Hälfte des November angehören und etwa um den 20. November anzusetzen sein.

---

[1]) Curtius, Gelzer S. 26/27 bringt einen Abdruck der Denkschrift vom 3. Dezember und erwähnt die Antwort des Königs vom 11. Dezember.

[2]) Lorenz S. 417.

[3]) Hohenlohe II, 28, November 28.

8. Die Sendung Holnsteins.

Lorenz hat aus dem Tagebuche des Großherzogs manche neue Einzelheiten zu diesem Ereignis mitgeteilt. Es zeigen sich aber in seiner Darstellung eine ganze Reihe von Unklarheiten, die erst zu lösen sind und die es notwendig machen, daß man sich noch einmal die Sendung Holnsteins im Zusammenhange vor Augen führt.

Eine Reise Holnsteins ins Hauptquartier mußte schon lange beabsichtigt gewesen sein. Denn schon am 1. November weist Eisenhart in einem Schreiben an Bray auf einen solchen Besuch hin.[1]) Bei dem Mangel jeglicher weiterer Nachrichten wird es sich aber schwerlich feststellen lassen, welche Zwecke man schon damals mit einer Sendung Holnsteins zu verfolgen gedachte. Hatte etwa zu dieser Zeit König Ludwig in der Tat vorübergehend eine Reise ins Hauptquartier im Sinne, und sollte Holnstein dazu die nötigen Vorbereitungen in Versailles treffen, oder war er schon damals zum Unterhändler in der Kaiserfrage ausersehen und sollte er sich deshalb mit Bismarck ins Einvernehmen setzen? Das sind offene Fragen. Immerhin dürfte es, wenn man der angeführten Notiz Beachtung schenkt, nicht mehr so wunderbar erscheinen, daß König Ludwig schließlich auch gerade Holnstein mit der späteren Mission betraute. Was bestimmte aber Ludwig, plötzlich aus seiner Abgeschlossenheit herauszutreten und durch Holnstein eine direkte Verbindung mit Bismarck anzubahnen? Einmal war es das fortwährende Drängen des Großherzogs von Baden, das zweifellos nicht ohne Wirkung auf die Entschlüsse König Ludwigs geblieben ist, ferner die Abneigung vor einer Reise ins Hauptquartier und die Besorgnis vor einer neuen Einladung,[2]) schließlich aber wohl die richtige Erkenntnis, daß die Kaiserwürde nun doch einmal eine beschlossene Sache war, und daß er vor allem die

[1]) Bray S. 176. Auf diese Notiz ist m. E. bis jetzt noch nicht an anderer Stelle hingewiesen worden.

[2]) Am 28. November traf in der Tat Fürst Lynar in München ein und überbrachte König Ludwig ein eigenhändiges Einladungsschreiben König Wilhelms. Karlsruher Zeit. vom 30. November und 1. Dezember.

Geduld Bismarcks, wie er aus den dringenden Mahnungen seiner Minister ersehen konnte, nicht mehr länger auf die Probe stellen durfte.[1])

Was für einen Auftrag bekam aber Holnstein nach Versailles mit? Mit Brandenburg bin ich der Meinung, daß König Ludwig in Erfahrung zu bringen wünschte, in welchen Formen das Angebot vor sich gehen sollte.[2]) Wie es scheint, war man auch bei der Instruierung Holnsteins in München noch nicht davon unterrichtet, daß Bismarck schon vor dem 16. November Bray gegenüber sich für eine schriftliche Erledigung des Antrages ausgesprochen hatte,[3]) sonst hätte sich Eisenhart bei seinen Besprechungen mit Gelzer, die um und nach dem 20. November stattfanden, nicht so eingehend nach der Möglichkeit eines schriftlichen Angebots zu erkundigen brauchen, ebenso wäre auch Holnstein vor dem Großherzog in Versailles nicht noch einmal auf denselben Punkt zu sprechen gekommen.[4])

Brandenburg befindet sich aber, wie ich glaube, in einem Irrtum, wenn er meint, daß Holnstein den Auftrag hatte, eigentlich nur mit dem Großherzog von Baden und „eventuell mit Bismarck" in der Kaisersache Fühlung zu nehmen.[5]) Zweifellos hat Brandenburg die subjektive Darstellung von Lorenz, der begreiflicherweise die Person des Großherzogs bei diesen Vorgängen viel zu sehr in den Vordergrund stellt, zu seiner irrtümlichen Auffassung geführt. Eine Notiz bei Frau von Kobell beweist ganz deutlich, daß Holnstein in erster Linie mit Bismarck verhandeln sollte. Es heißt da: „Sodann beauftragte er (König Ludwig) mittelst chiffrierten

[1]) Vgl. L. v. Kobell S. 37. „Was heute versäumt wird, ist oft auf immer verloren — Bray und des Königs Kabinettschef führten diesen Gedanken in schriftlichen und mündlichen dringenden Vorstellungen bei Ludwig II. aus, . . ."; Friesen S. 191, 207; Lorenz S. 611.

[2]) Brandenburg, Der Eintritt . . . S. 79.

[3]) Friesen S. 191.

[4]) Bray kann also, wie wunderbar es auch scheinen mag, diese Erklärung, die ihm der Kanzler schon vor dem 16. November abgab und dabei um dringende Erledigung dieser Angelegenheit bat, nicht gleich nach München berichtet haben.

[5]) Brandenburg S. 79.

Telegramms den Grafen Bray, mit Bismarck zu sprechen und diesem zu sagen, daß in längstens drei Tagen Graf Holnstein in Versailles eintreffen würde.“ „Dann erst“, äußerte der König, „bin ich imstande einen endgültigen Entschluß zu fassen.“ [1])

Deshalb braucht man es nicht für ausgeschlossen zu halten, daß König Ludwig, um damit seiner Erkenntlichkeit für die Sendung Gelzers Ausdruck zu geben, Holnstein ausdrücklich aufgetragen hatte, auch Großherzog Friedrich einen Besuch abzustatten. Ich glaube aber nicht, daß Holnstein die bestimmte Weisung hatte, in erster Linie den Rat des Großherzogs in einer Angelegenheit einzuholen, in der, wie Ludwig doch wohl wußte, allein Bismarck die kompetente Persönlichkeit war. Doch sehen wir uns einmal, um in diesem Punkt Klarheit zu schaffen, die Mitteilungen von Lorenz selbst an.

Am 25. November, wahrscheinlich spät abends, traf Holnstein in Versailles ein.[2]) Die Besuche, von denen Lorenz erzählt,[3]) scheint er an diesem Tage nicht mehr gemacht zu haben. Man könnte zwar leicht geneigt sein, anzunehmen, daß Holnstein schon am 25. November an der Hoftafel beim König teilgenommen hat, fand doch gerade an diesem Tage das Abschiedsdiner für die bayrischen Minister statt.[4]) Da man aber von Friesen erfährt, daß diese Holnstein in Versailles gar nicht begegnet sind — eine Mitteilung, der man durchaus Glauben schenken kann, wenn man erwägt, daß Holnstein wahrscheinlich am 25. November abends in Versailles ankam, die bayrischen Minister dagegen schon am 26. November früh von dort abreisten — so kann man mit Sicherheit daraus schließen, daß Holnstein nicht schon am 25., sondern erst am 26. November zur königlichen Tafel geladen war und demnach

[1]) Vgl. L. v. Kobell S. 38.

[2]) Zum Datum vgl. Tagebuch Kaiser Friedrichs S. 123, November 25; Lorenz 611 (Schreiben Jansens an das großh. Ministerium). Am 23. November war Holnstein von München abgereist (Karlsr. Zeit. November 24), er konnte demnach schwerlich vor dem Abend des 25. November in Versailles eingetroffen sein.

[3]) Lorenz S. 419.

[4]) Bray S. 172, November 25.

gerade an diesem Tage Bismarck und die fürstlichen Personen aufgesucht haben wird.[1]) Daß er sich zuerst zum Kanzler begeben hat, geht aus Lorenz selber hervor. Nachdem von Bismarck eben die Rede war, heißt es weiter: „Indessen hatte sich Graf Holnstein auch beim Könige und bei dem Großherzog von Baden gemeldet und war auch zur königlichen Tafel zugezogen worden."

Dem Großherzog bezeichnete Holnstein, als er ihn am 26. November besuchte, als Zweck seiner Sendung, die Einrichtungen in Versailles für eine eventuelle Reise König Ludwigs ins Hauptquartier zu sondieren.[2]) Der deutlichste Beweis dafür, daß er von König Ludwig keinen eigentlichen Auftrag besaß, in der Kaisersache mit Großherzog Friedrich zu verhandeln. Hätte nämlich Holnstein den Großherzog in der Absicht aufgesucht, ihn von der Stellung seines Königs zum Kaisertum zu unterrichten, dann konnte er gleich direkt auf sein Ziel losgehen und brauchte nicht erst, um seine Anwesenheit zu rechtfertigen, einen vorgeschobenen Zweck vorzubringen. Daß sich schließlich die Unterredung beider Männer nur um die Kaiserfrage drehte, lag eben, wie ich glaube, an dem diplomatischen Ungeschick des biederen Grafen, der den Fragen des Großherzogs nicht auswich und diesem bald die Augen über den wirklichen Zweck seiner Mission öffnete.

Es galt aber Holnstein vor allen Dingen sich über die äußere Form und Fassung des Angebots mit Bismarck ins Einvernehmen zu setzen. Denn mit der Möglichkeit eines schriftlichen Antrages dürfte man schon in München bei der Abreise Holnsteins, selbst wenn der Bericht Brays von seiner Unterredung mit Bismarck vor dem 16. November gerade damals noch nicht eingetroffen sein sollte, gerechnet haben. Von der großen politischen Naivität Holnsteins zeugt es nun gewiß, daß er auch bei dem Großherzog auf die Formulierung des Briefes zu sprechen kam und von diesem sogar darüber unterrichtet zu werden wünschte. Darauf scheint aber Großherzog Friedrich, der ob dieser Zumutung

[1]) Friesen S. 207.
[2]) Lorenz S. 419.

nicht wenig erstaunt gewesen sein mag, nicht weiter eingegangen zu sein.

Wirklich verhandelt über die ganze Angelegenheit hat Holnstein aber nur mit dem Grafen Bismarck, mit dem er mehrere ausführliche Unterredungen gehabt haben muß. Bei Lorenz heißt es: „Inzwischen war Graf Holnstein auch mit dem Bundeskanzler in Verbindung getreten und bei diesem scheint er sich besonders in Betreff des letzteren Punktes viel rückhaltloser ausgesprochen zu haben." Das „scheint" hätte Lorenz hier getrost fortlassen können.

Am 27. November hat dann Bismarck den Großherzog aufgesucht und mit ihm die Holnsteinsche Mission ausführlich besprochen. Aus den Mitteilungen von Lorenz über diese Unterredung scheint hervorzugehen, daß Holnstein im Auftrage König Ludwigs noch einige kleine Vorteile für Bayern, wie ein besseres Stimmenverhältnis im Bundesrat, bei Bismarck durchzusetzen sich bemüht hat. Ob der Vorschlag des Großherzogs, „der Kanzler möge außer dem dem Grafen Holnstein mitzugebenden Formular den Wortlaut auch noch an Herrn von Werthern telegraphieren, der etwa durch den Staatsrat Gelzer die Sache schon vor der Ankunft Holnsteins in München dem Kabinettsrat Eisenhart insinuieren könnte", zur Ausführung gelangt ist, obwohl er Bismarck angeblich „sehr gefiel", ist uns nicht bekannt. Er wäre wohl kaum praktisch durchführbar gewesen, zudem wäre König Ludwig schwerlich vor der Rückkunft Holnsteins und dessen ausführlichem Berichte zu einer endgültigen Entscheidung in der Kaisersache zu bewegen gewesen.

Aber nicht allein der Holsteinschen Mission wegen hatte sich der Kanzler an diesem Tage zum Großherzog begeben. Er wollte sich der Unterstützung Großherzog Friedrichs in einer Sache versichern, die gerade damals die Gemüter aller Beteiligten im Hauptquartier lebhaft beschäftigte und hitzigen Streit und Zank entfachte, das war die „Beschießungsfrage".[1] Die Erbitterung bei Bismarck und Roon über die fortdauernde Verzögerung des Bombardements hatte gerade in diesen Tagen

[1] Lorenz S. 476.

ihren Höhepunkt erreicht.[1]) Am Ende des Monats richtete bekanntlich der Kanzler sein Immediatgesuch an den König und war nahe daran, um seinen Abschied zu bitten.[2])

Faßt man diese hier nur kurz skizzierte Sachlage recht ins Auge, so will es fast scheinen, als ob es Bismarck bei seinem Besuche vom 27. November mehr daran lag, den Großherzog für den Gedanken der Beschießung zu gewinnen als ihm seine Stellungnahme zu den Wünschen Holnsteins auseinanderzusetzen. Man könnte sogar der Annahme zuneigen, daß der Kanzler in diplomatischer Berechnung gerade deshalb den Großherzog so rückhaltlos mit seinen Absichten in der Holsteinschen Sache bekannt machte, weil er hoffen mochte, daß sich dieser dafür auch erkenntlich zeigen und ihm in der Beschießungsfrage seine Unterstützung nicht versagen würde.

„Schon wenige Tage später" besprach Bismarck mit dem Großherzog noch einmal die militärische Lage.[3]) Das kann wohl nur am 4. Dezember gewesen sein, an dem der Kanzler über eine halbe Stunde beim Großherzog verweilte.[4])

Durch weitere aus dem Tagebuche des Großherzogs entnommene Mitteilungen von Lorenz über den zweiten Aufenthalt Holnsteins in Versailles sind wir in die Lage versetzt, eine ältere Quelle, die noch dazu von Lorenz selbst redigierten Denkwürdigkeiten Herzog Ernsts berichtigen zu können.[5])

Es heißt nämlich dort S. 666 667: „Gleichzeitig (d. h. mit dem Schreiben an König Wilhelm) hatte der König an die Fürsten ein Zirkularschreiben gerichtet . . ." (folgt das bekannte Schreiben), und weiter: „Die Zuschrift beantworteten

---

[1]) Vgl. Roon III, 257/258, November 28; Tagebuch Kaiser Friedrichs S. 123, Nov. 28; Mor. Busch II, 440. 441. 443, Nov. 28.

[2]) Mor. Busch II, 451, November 30.

[3]) Lorenz S. 477.

[4]) Mor. Busch I, 475, Dezember 4. Gleich als Bismarck vom Großherzog zurückkehrte, schrieb er „mit Bleistift an den Oberbefehlshaber des IV. Armeekorps", den von ihm hochgeschätzten General von Alvensleben. Es kann kein Zweifel sein, daß dieses Schreiben die Beschießungsfrage zum Gegenstand hatte.

[5]) Lorenz S. 423 ff.

wir in Versailles anwesenden Fürsten durch ein Telegramm am 4. Dezember.“ [1])

Diese Zeilen können also nur bedeuten, daß das Schreiben bekannten Inhalts an die Fürsten schon am 3. Dezember von Holnstein nach Versailles mitgebracht worden ist, und daß diese ihrerseits gewissermaßen als Antwort darauf ihr Telegramm an König Ludwig am 4. Dezember abgehen ließen. Die Mitteilungen von Lorenz über die Vorgänge am 3. Dezember müssen aber zu einer anderen Auffassung der Sachlage führen. Aus der Unterredung Bismarcks mit dem Großherzog, die am frühen Nachmittag des 3. Dezember stattfand,[2]) geht klar hervor, daß ein Schreiben Ludwigs an die Fürsten an diesem Tage in Versailles noch nicht eingetroffen sein konnte. Bismarck wünschte nämlich, der Großherzog möchte, wenn in „dem Briefe“ — damit kann hier natürlich nur der „Kaiserbrief“ gemeint sein — ein entsprechender Hinweis enthalten wäre, so schnell wie möglich die Zustimmungserklärungen der Fürsten zu dem Antrage König Ludwigs einholen. Wäre nun aber ein besonderes Schreiben Ludwigs gleichzeitig nach Versailles gelangt, dann wäre es für den Großherzog doch wahrhaftig nicht nötig gewesen, so sorgsam darauf zu achten, ob sich in dem „Kaiserbriefe“ auch ein Appell an die Fürsten vorfände.

Im Laufe des Nachmittags dieses 3. Dezember besuchte Graf Holnstein den Großherzog. Auch bei dieser Gelegenheit hat nach der Darstellung von Lorenz Holnstein an den Großherzog kein Schreiben übergeben. Der Graf scheint aber auch nicht einmal einen ausdrücklichen, ähnlich lautenden mündlichen Auftrag für den Großherzog gehabt zu haben, daß dieser die Zustimmung der Fürsten einholen solle, andernfalls wäre sicherlich davon etwas in dem Tagebuche des Großherzogs vermerkt gewesen, und Lorenz hätte seinerseits wohl auch nicht gezögert, dieses Faktum zu unserer Kenntnis zu bringen. Hingegen teilte Holnstein dem Großherzog mit, daß König Ludwig die Vorlage Bismarcks für seinen „Kaiser-

[1]) Ernst II., Aus meinem Leben, 3. Bd. Berlin 1889, S. 666/667.

[2]) Kurz vermerkt ist dieser Besuch auch bei Mor. Busch I, 469, Dezember 3.

brief“ bis auf einen kleinen Zusatz kopiert und nur hinzugefügt habe, er erwarte nur die Zustimmung des Königs und — der Fürsten, um seine Regierung zu beauftragen, „das Weitere zur Erzielung einer Vereinbarung einzuleiten.“

Bismarck scheint nun in der Tat auch der Ansicht gewesen zu sein, daß der von Ludwig beigefügte Passus voll dazu berechtige, an die Sammlung der fürstlichen Zustimmungserklärungen heranzugehen, und betraute den Großherzog am Abend desselben Tages mit dieser Aufgabe.[1]) Auch bei dieser Begegnung des Großherzogs mit dem Kanzler fällt kein Wort von einem besonderen Schreiben Ludwigs an die deutschen Fürsten. Vielmehr erhielt der Großherzog alsbald den „Kaiserbrief“ vom Bundeskanzler zugeschickt, damit er von dem Wortlaut Kenntnis nehmen und von ihm bei der Abfassung der Berichte an die Bundesfürsten Gebrauch machen könnte.

[1]) Dieser „Kaiserbrief“ Ludwigs ist abgedruckt bei Ernst II., Bd. 3, S. 667/668; vgl. auch Gedanken und Erinnerungen II, 145. Jener, wie wir von Lorenz hören, von Ludwig beigefügte, also noch nicht im Bismarckschen Konzepte vorhandene Schlußsatz lautet daraus wörtlich: „Sobald nun Ew. Majestät und die verbündeten Fürsten Ihre Willensmeinung kundgegeben haben, werde ich meine Regierung beauftragen, das Weitere zur Erzielung der entsprechenden Vereinbarungen einzuleiten“. Stimmt nun die oben angeführte Erzählung Holnsteins hinsichtlich des Schlußsatzes des „Kaiserbriefes“, die, wie ich glaube, Lorenz richtig dem Tagebuch des Großherzogs entnommen hat, so kann es nicht zweifelhaft sein, daß Delbrück am 5. Dezember im Reichstage den Wortlaut des wirklichen „Kaiserbriefes“ König Ludwigs und nicht des Bismarckschen Konzeptes, wie Friesen argwöhnt (vgl. Friesen III, 219 ff.), verlesen hat. Denn auch in dem von Friesen selbst vollständig mitgeteilten Briefe ist dieser persönliche Zusatz König Ludwigs, den das Konzept Bismarcks natürlich nicht hätte aufweisen können, vorhanden. Selbst wenn Friesen erklärt (Friesen, III, 222/223), auch König Johann sei es aufgefallen, daß die im Reichstag von Delbrück verlesene und die ihm von König Ludwig zugeschickte Abschrift des Briefes in ihrer Motivierung nicht übereinstimmten, so braucht man daraus noch nicht zu schließen, daß Delbrück der Originaltext des Briefes nicht zur Verfügung gestanden haben kann. Ebensogut könnte m. E. auch König Ludwig in der für König Johann bestimmten Abschrift absichtlich von dem Wortlaut des Originals etwas abgegangen sein und darin einige Änderungen der Motivierung vorgenommen haben.

Man hört aber auch von Frau von Kobell nichts davon, daß Holnstein außer dem „Kaiserbrief“ noch ein anderes Schreiben nach Versailles mitgenommen habe.[1]) Es ist auch gar nicht anzunehmen, daß der König bei seinem körperlichen Unbehagen geneigt war mehr zu tun, als unbedingt von ihm gefordert wurde. Es ist nun merkwürdig, daß Lorenz, obwohl auch er die Tatsache vermerkt, daß Holnstein nur mit zwei Briefen, dem „Kaiserbrief“ und dem Begleitschreiben an Eisenhart nach München gekommen ist,[2]) und obwohl gerade seine Mitteilungen aus dem Tagebuche Großherzog Friedrichs uns zu der Annahme führen mußten, daß ein besonderes Schreiben an die Fürsten an jenem 3. Dezember mit Holnstein noch nicht nach Versailles gelangt ist, doch selbst der Meinung zu sein scheint, daß Holnstein auch dieses zweite Schreiben mit nach Versailles gebracht hat. Ich nehme nun an, daß Lorenz sich durch die Tagebuchaufzeichnungen Herzog Ernsts zu dieser Ansicht hat verleiten lassen. Charakteristisch für seine Oberflächlichkeit aber ist es, daß er es gar nicht bemerkt hat, daß die von ihm selbst mitgeteilten Aufzeichnungen des großherzoglichen Tagebuches mit denen Herzog Ernsts nicht im Einklang stehen. Wie dieser Fehler in die Aufzeichnungen Herzog Ernsts und später in seine Denkwürdigkeiten hineingekommen ist, läßt sich natürlich nicht feststellen, möglicherweise hat dem Herzog hier sein Gedächtnis einen kleinen Streich gespielt. Lorenz nimmt also den 3. Dezember als Eingangsdatum für das Rundschreiben König Ludwigs an die Fürsten an. Da er aber in dem Tagebuch Großherzog Friedrichs nichts von einem solchen Schreiben unter diesem Datum vermerkt findet und auch Frau von Kobell davon nichts erwähnt, daß Holnstein einen zweiten Brief König Ludwigs nach Versailles mitgenommen hat, so kommt er auf einen Ausweg. Daß in der Tat Holnstein einen Brief Ludwigs an die Fürsten zu Eisenhart nach München nicht mitgebracht hat, gibt Lorenz wohl zu. Er ist aber der Ansicht und hält es für sehr wahrscheinlich, daß ein solcher von Eisenhart oder von der Staatskanzlei

[1]) L. v. Kobell S. 39/40. Lorenz S. 422.
[2]) Lorenz S. 422.

verfaßt worden ist.[1]) Diese Erklärung klingt aber doch gesucht und wenig überzeugend.

Nach allen diesen Ausführungen kann es kaum noch einem Zweifel unterliegen, daß Holnstein kein für die Fürsten in Versailles bestimmtes Schreiben am 3. Dezember dort übergeben hat, daß dieses vielmehr erst in den nächsten Tagen mit der Post in Versailles eingetroffen sein wird, und daß also den Aufzeichnungen Herzog Ernsts in diesem Falle ein Irrtum unterlaufen sein muß.[2])

9. Bemerkenswerte Einzelheiten aus dem letzten Monat des alten und dem Beginn des neuen Jahres.

Lorenz teilt uns mit, daß die Könige von Sachsen und Württemberg dem Großherzog telegraphierten, König Ludwig habe sich unmittelbar an sie gewandt und sie von seinem Angebot der Kaiserwürde unterrichtet, sie selbst hätten diesem aber zustimmend geantwortet.[3]) Der sächsischen Antworttelegramme sowohl nach München als nach Versailles findet man auch noch anderwärts Erwähnung getan.[4])

Die Stelle bei Lorenz: „Hier war ein König verletzt, weil er die Nachricht von den in München und Versailles getroffenen Anstalten zuerst durch die Beantwortung der Interpellation Delbrücks im Reichstage erfahren hatte", kann nur auf den König von Sachsen Bezug nehmen. Man wird nicht fehlgehen, wenn man diese Mitteilung von Lorenz mit einer Aufzeichnung aus dem Tagebuche des Kronprinzen in Verbindung bringt. Es heißt dort unter dem 10. Dezember:[5])

---

[1]) Lorenz S. 422.

[2]) Über die Holnsteinsche Mission ist auch bei Hohenlohe einiges zu finden, das uns insofern interessiert, als Gelzer Gewährsmann für Hohenlohe ist. Hohenlohe-Sch. II, 35.

[3]) Lorenz S. 425.

[4]) Hassel II, 461. „In einem eigenhändigen Schreiben teilte der bayrische Monarch dem König Johann seine Entscheidung mit. Der König meldete umgehend telegraphisch seine Zustimmung sowohl nach München als nach Versailles. Die Antwort Wilhelms I. vom 6. Dezember lautete . . ."; Friesen III, 222. „Am 5. Dezember erhielt König Johann das Schreiben König Ludwigs und telegraphierte sofort seine Zustimmung nach Versailles."

[5]) Tagebuch Kaiser Friedrichs S. 124, Dezember 10.

„Der König ist erregt über Delbrücks Verfahren, der König von Sachsen hat seine Überraschung aussprechen lassen . . .“

Diese kurzen Bemerkungen haben zu manchen Mißdeutungen in der Beurteilung der Haltung König Johanns dem neuen Kaisertum gegenüber Anlaß geboten. Man nahm wohl auch an, daß der Sachsenkönig nicht mit voller Aufrichtigkeit der neuen Ordnung der Dinge zugetan war und in einem gewissen prinzipiellen Gegensatz zum neuen Kaisertum sich befand.[1]) Neuerdings haben auch hier wieder die Denkwürdigkeiten Friesens Klarheit geschaffen und die vorübergehende Mißstimmung des Königs und der sächsischen Regierung ausführlich zu erklären gesucht, die davon herrührte, daß man sie preußischerseits von den in der Kaiserfrage unternommenen Schritten nicht auf dem Laufenden erhalten hatte. Die Bemerkung aus dem großherzoglichen Tagebuche wird uns aber erst jetzt recht verständlich.

Es läßt sich nun nicht mit Sicherheit feststellen, wann, durch wen und an wen eine solche Beschwerde Sachsens nach Versailles gelangt ist. Busch befindet sich in einem Irrtum, wenn er aus der kurzen Notiz im kronprinzlichen Tagebuch die Folgerung zieht, daß König Johann selbst und zwar an König Wilhelm sich in einer Anfrage gewandt habe.[2]) Friesen läßt uns vielleicht auf eine andere Vermutung kommen. In einem Briefe vom 4. Dezember forderte König Johann Friesen auf, in Versailles bei Bismarck über das in der Kaiserfrage eingeschlagene Verfahren Klage zu führen.[3]) Diesem Auftrage kann aber Friesen frühestens am 9. Dezember nachgekommen sein, als er Herrn von Thile veranlaßte, die Gründe der

[1]) Sogar in nicht gut unterrichteten Versailler Kreisen ist diese Ansicht vertreten worden. Bei Wilmowski, also einer Quelle jener Tage heißt es: „. . . und wurden außer von Württemberg auch aus dem Königreich Sachsen anfangs Bedenken gegen den Kaisertitel erhoben.“ Vgl. Wilmowski, Meine Erinnerungen an Bismarck, 1900, S. 118. Eine merkwürdige Deutung für die kurze Aufzeichnung des kronprinzlichen Tagebuches gibt Wilh. Busch. König Johann habe aus dem Grunde eine Anfrage an König Wilhelm nach Versailles gerichtet, weil ihm das Vorlesen des „Kaiserbriefs“ im Reichstage durch Delbrück nicht gefallen habe. Wilh. Busch S. 134.

[2]) Wilh. Busch S. 134.

[3]) Friesen III, 208.

sächsischen Verstimmung an Bismarck nach Versailles zu berichten.[1]) Um den 10. Dezember mag dann auch Herr von Thile den entsprechenden Bericht nach Versailles abgesandt haben. Da dieser aber wahrscheinlich mit der Post ging, konnte er dort natürlich am selben Tage nicht mehr eintreffen, infolgedessen auch nicht dem Kronprinzen zu der erwähnten Eintragung vom 10. Dezember Anlaß bieten. Schon am 8. Dezember hatte aber Delbrück durch ein Telegramm Bismarck davon benachrichtigt, daß Friesen sich geweigert hatte den auf die Einführung der Bezeichnungen „Kaiser und Reich" in die Bundesverfassung hinzielenden Antrag im Bundesrate zu stellen.[2]) Sollte man also vielleicht nicht gerade durch dieses Telegramm Delbrücks, in dem doch sicherlich auch die merkwürdige Haltung des sächsischen Ministers in Kürze begründet war, zuerst in Versailles auf die „sächsische susceptibilité", wie später einmal König Wilhem diesen ganzen Zwischenfall bezeichnend nannte,[3]) aufmerksam geworden sein?

Jene Vorgänge, die sich in Versailles vor dem Empfang der Reichstagsdeputation hinter den Kulissen abspielten, hat auch Lorenz in seiner Darstellung berührt und selbst einige neue Einzelheiten zu unserer Kenntnis gebracht.[4]) Seine Mitteilungen sind aber in chronologischer Beziehung durchaus nicht einwandfrei.

So kann es zunächst nicht stimmen, daß der Kanzler dem Könige am 10. Dezember Vortrag gehalten hat. Auch Wilh. Busch wendet sich gegen diese Datierung.[5]) Deutlicher als Abeken[6]) und Mor. Busch,[7]) die Wilh. Busch zitiert, beweist

[1]) Friesen III, 227/228.

[2]) Friesen III, 225.

[3]) W. Oncken, Unser Heldenkaiser. 1897, Januar 18, S. 218f. Kaiser Wilhelm an Kaiserin Augusta.

[4]) Lorenz S. 426/427.

[5]) Wilh. Busch S. 136.

[6]) Abeken, Ein schlichtes Leben. 4. Auflage 1910, S. 478/479. „Dreimal mußte ich heute zum König, und das dritte Mal ging ich mit Zittern und Zagen, . . ." (Dezember 10). Am selben Tage konnte aber Bismarck doch noch an Delbrück telegraphieren, daß der König seine Bereitwilligkeit zu dem Empfang der Deputation ausgesprochen habe; vgl. Simson, Ed. von Simson, 1901, S. 378; Karlsruher Zeitung 12. Dezember.

[7]) Mor. Busch, Dez. 10. I, 500. 501; Dez. 11. I, 504 berichtet von dem wenig befriedigenden Gesundheitszustand des Kanzlers in diesen Tagen.

aber eine Aufzeichnung L. Schneiders, daß die wenig erfreuliche Diskussion des Kanzlers mit seinem Könige nicht erst am 10., sondern schon am 9. Dezember, „an welchem Tage der Graf zum letzten Male zum Vortrag beim Könige gewesen war", stattgefunden haben muß.[1])

Auf Schwierigkeiten stößt man nun, sobald man für die von Lorenz mitgeteilten Vorgänge an der Tafel einen bestimmten Tag ansetzen will. Busch denkt an den 10. Dezember, weil, wie er meint, die bei Lorenz mitgeteilten Äußerungen des Königs denen im kronprinzlichen Tagebuche vom 10. Dezember entsprechen. Mir erscheint freilich diese Begründung von Busch wenig beweiskräftig. Könnte sich der König nicht auch am 9. oder etwa am 11. Dezember so oder ähnlich ausgesprochen haben? Nimmt man nun aber an, das bewußte Tafelgespräch hätte wirklich am 10. Dezember stattgefunden, so kommt man bald in eine schwierige Lage bei der Datierung der folgenden Ereignisse. „Als aber der Großherzog den Versuch machte, noch am selben Abend (10. Dezember) den Kanzler zu sprechen, war es unmöglich, ihn, der krank war, zu sehen. Er sendete durch Abeken einen Entschuldigungsbrief, und den andern Tag kam dieser selbst, um die Angelegenheit in seinem Auftrage zu ordnen." Wenn also „am selben Abend" der Kanzler nicht zu sprechen war (10. Dezember), vielmehr „am andern Tag" Abeken zu dem Großherzog geschickt wurde, so kann nach Lorenz' Darstellung eigentlich nur der 11. Dezember für Abekens Sendung in Frage kommen.

Nach Abekens durchaus zuverlässigen Aufzeichnungen,[2]) und dem Tagebuch des Kronprinzen als wertvoller Ergänzung dazu,[3])

[1]) L. Schneider III, 118. „In diese Zeit fällt ein sechstägiges Abschließen des Grafen Bismarck von allen Geschäften. Es begann mit dem Tage der Rückkehr des Fürsten Lynar (9. Dezember vgl. ebenda S. 117), an welchem Tage der Graf zum letzten Male zum Vortrag beim Könige gewesen war."

[2]) Abeken S. 479, Dezember 12. „Ich war heut Morgen schon bei dem Großherzog von Baden, den der Minister, der heut wieder weniger wohl ist, nicht sehen konnte, mit dem aber mein Geschäft sehr leicht und angenehm abgemacht war."

[3]) Tagebuch Kaiser Friedrichs S. 124, Dezember 12. „. . . Am 16. soll die Reichstagsdeputation eintreffen, es ist an den König von Bayern

kann es jedoch als ausgemacht gelten, daß Abeken den Großherzog am 12. Dezember aufgesucht haben muß.

Kann man also dieses Datum als feststehend betrachten, so muß man infolgedessen das Tafelgespräch auf den 11. Dezember ansetzen, vorausgesetzt natürlich, daß man sich auf die Richtigkeit des Textes der Lorenzschen Mitteilungen an dieser Stelle verlassen darf.

An demselben 12. Dezember hatte der König, wie Lorenz berichtet,[1]) „den Wortlaut der von dem Reichstag beschlossenen Adresse . . . durch den Großherzog von Baden erfahren". Es muß also wohl Abeken bei dem erwähnten Besuch am 12. Dezember den Großherzog auch mit der wörtlichen Fassung der Adresse bekannt gemacht haben.

In den folgenden Tagen, etwa bis zum 16. Dezember, ist nach Lorenz' Mitteilung der König sogar als Verteidiger des Geschehenen und Erreichten aufgetreten, obwohl „von manchen anderen Seiten, insbesondere von der Königin Augusta" in Briefen die Schwächen der neuen Verfassung wie des Kaisertums eine scharfe Kritik erfuhren.[2])

Gerade durch diese Briefe seiner Gemahlin wird der König sich dazu veranlaßt gesehen haben, schon Mitte Dezember die Titulaturen und die Abzeichen von Kaiser und Reich mit dem Großherzog zu erörtern. Daß er aus eigener Initiative zu diesen Fragen gerade damals Stellung genommen haben sollte, wie Lorenz es darstellt, ist mir nicht wahrscheinlich.

Ein festes Datum für das, bezw. die Gespräche, die der Großherzog mit seinem Schwiegervater in jenen Tagen hatte, wird man nach den unsicheren, nur ungefähr chronologischen Angaben von Lorenz nicht ansetzen können. Von der

---

telegraphiert, er möge die längst in seinen Händen befindlichen Schreiben hersenden." Diese Mitteilung nimmt sicherlich auf die Unterredung des Großherzogs mit Abeken Bezug.

[1]) Lorenz S. 435.

[2]) Lorenz S. 435. Wie wenig man in Berliner Hofkreisen mit der neuen Reichsverfassung zufrieden war, dafür gibt uns auch Hohenlohe ein Zeugnis: Hohenlohe II, 33. „Über den Vertrag mit Bayern war sie (Kronprinzessin) sehr unzufrieden." . . . „Sie (Kronprinzessin und Prinzessin Alice von Hessen) schwärmen augenscheinlich für ein einiges Reich ohne Ausnahme, der föderative Gedanke ist ihnen zuwider."

ungemein günstigen Einwirkung des Großherzogs auf den König weiß aber auch das kronprinzliche Tagebuch zu berichten.[1])

In seiner Darstellung der Vorgänge jenes denkwürdigen 18. Dezember heißt es bei Lorenz: „Sehr beachtet wurde insbesondere von denen, die von den Vorgängen der letzten Tage Kenntnis hatten, die sichtliche Freundlichkeit und Dankbarkeit, mit welcher der König den großen Kanzler des neuen Bundes auszeichnete.“[2]) Diese Tatsache hat Lorenz wahrscheinlich dem Tagebuch des Großherzogs entnommen. Sie ist ein neues Zeugnis dafür, daß der befriedigende Verlauf des 18. Dezember den König mit seinem Kanzler wieder völlig ausgesöhnt hat.[3])

Die wenig erfreuliche Situation in München zur Zeit der Kammerverhandlungen über den norddeutsch-bayrischen Vertrag hat Lorenz begreiflicherweise ziemlich eingehend beleuchtet.[4])

Für seine Darstellung dürften ihm fast ausschließlich gesandtschaftliche Berichte zur Verfügung gestanden haben.

In diesen Berichten Mohls war auch jetzt wieder darauf hingewiesen, daß es ganz den Anschein hätte, als ob in dem Widerstande der Kammern „die Machenschaften auswärtiger Mächte, besonders des österreichischen Reichskanzlers Beust zum Ausdruck gelangten“.[5])

Dazu ist aber nun wohl doch zu bemerken, daß Mohl, wenn Lorenz nicht selbst noch mit stärkeren Farben als seine Vorlage die Vorgänge in München gemalt haben sollte, hier etwas zu schwarz gesehen hat. Es ist nicht recht wahrscheinlich, daß Beust noch Ende Dezember ernstliche Versuche unternommen haben sollte, die deutsche Einheit zu sprengen. Wenn man auch seinem freundlichen Notenwechsel mit

[1]) Tagebuch Kaiser Friedrichs S. 124, Dezember 16. „Der Großherzog von Baden wirkt wie ein guter Genius.“

[2]) Lorenz S. 440.

[3]) Vgl. Wilmowski S. 124. König Wilhelm „drückte lange Bismarcks Hand“ (nach Beendigung des offiziellen Empfanges der Deputation).

[4]) Lorenz S. 441—448.

[5]) Lorenz S. 442.

Bismarck nicht allzu große Bedeutung beizulegen braucht,[1]) so kann man doch immerhin annehmen, es werde auch einem Staatsmann wie Beust nicht entgangen sein, daß mit den letzten Tagen des Dezember auch nicht einmal das geschickteste diplomatische Intrigenspiel eine wesentliche Störung oder gar eine Wendung der Dinge herbeiführen konnte.

Nach Berichten Mohls aus dem letzten Drittel des Dezember scheinen die nationalen Kreise infolge der wohlwollenden Haltung, die die Kurie mit der beabsichtigten Sendung Antonellis nach Versailles für das Kaisertum an den Tag legte, anfänglich große Hoffnungen auf einen günstigen Ausgang der Kammerverhandlungen gesetzt zu haben.[2]) Und sie hatten vielleicht nicht ohne Unrecht so spekuliert. Ist es doch eine interessante Erscheinung gewesen, daß z. B. in Württemberg die maßgebenden katholischen Kreise in jenen Tagen rückhaltlos für die Neugestaltung der Verhältnisse und für das Kaisertum eingetreten sind.[3]) Doch in Bayern blieb der erwartete Erfolg aus. Schon am 29. Dezember konnte Mohl berichten, daß die „Patrioten" trotz der Gunstbezeugungen, die die Kurie dem neuen Kaisertum entgegenbrachte, ihre oppositionelle Stellung auch nicht einen Augenblick aufzugeben gedächten.[4])

Jener Fahneneidsangelegenheit, von der Lorenz erzählt,[5]) hat auch Mor. Busch in seinen Aufzeichnungen Erwähnung getan.[6]) Er gibt uns den Inhalt eines Briefes König Wilhelms

---

[1]) Staatsarchiv 1871, XX, Wien, Dezember 5, S. 103/104; Versailles, Dezember 14, S. 105/106; Wien, Dezember 26, S. 106—108.

[2]) Lorenz S. 445.

[3]) Rapp S. 459, 460/461. Man hatte von Versailles aus in der Antwort auf das Anerbieten Antonellis den Vatikan zudem noch ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß die Haltung des katholischen Bayerns so recht eigentlich die Schuld daran trage, wenn man die Deputation Antonellis noch für verfrüht erachten müsse; vgl. Mor. Busch I, 563/564, Dezember 22. Bismarck schien offenbar der Hoffnung zu sein, daß die Kurie daraufhin nun ihrerseits es an nichts fehlen lassen würde, die widerspenstigen Bayern zum Nachgeben zu mahnen.

[4]) Lorenz S. 489.

[5]) Lorenz S. 445/446.

[6]) Mor. Busch II, 47, Januar 15.

an den Kanzler wieder. Seine Mitteilungen dürfen demnach volle Authentizität beanspruchen.

Lorenz aber scheint seine Kenntnis von dieser Episode wohl ausschließlich aus dem Tagebuche Großherzog Friedrichs geschöpft zu haben, da er als geschworener Gegner von Mor. Busch, dessen Mitteilungen prinzipiell als nicht einwandfrei ansieht und sich auch sonst nicht in positiver Weise dieser wichtigen Quelle bedient hat.

Auch inhaltlich bieten Lorenz und Busch nicht dasselbe, sie ergänzen einander aber ganz gut. So ist z. B. die Begründung der bayrischen Forderung um Erlaß des Fahneneides für die bayrischen Truppen bei beiden eine andere.

Weil der bewußte Passus im Fahneneide eine Beschränkung der Souveränität des bayrischen Königs bedeute, habe König Ludwig nach Busch diesen Antrag gestellt.

Bei Lorenz aber liest man, König Ludwig habe zu seiner Forderung sich dadurch bewogen gefühlt, weil im Falle einer Erfüllung dies, wie er glaubte, ein wesentliches Mittel sein würde, die Verträge, denen sich in der Kammer nahezu unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstellten, durchzubringen.[1])

In Buschs Aufzeichnung ist auch von der Alternierung der Kaiserwürde die Rede, Lorenz sagt nichts davon.

Lorenz berichtet aber an dieser Stelle, daß gleichzeitig ein Brief König Ludwigs an König Wilhelm übergeben wurde, in dem jener sein Fernbleiben von Versailles entschuldigte.[2])

[1]) Daß die bayrischen „Patrioten" eine Aufhebung des Fahneneides der bayrischen Truppen für den deutschen Kaiser nicht ungern gesehen hätten, entspricht durchaus den Tatsachen. In der Sitzung des Fünfzehnerausschusses der Kammer der Abgeordneten erklärte der „Patriot" Dr. Schüttinger u. a.: „Die Leistung des Fahneneides unserer Soldaten für den König von Preußen greife an die Majestät unseres Königs" . . . „Die Bayern hätten doch zum mindesten so viel geleistet als die Preußen. Diese Bestimmung zeige recht klar, daß das Preußentum uns keinen Funken von Selbständigkeit übrig lassen werde." Europäischer Geschichtskalender 1871, 12. Jahrgang, S. 38 39.

[2]) Vgl. Schneider III, 149, 150. „Am 10. empfing der König . . . den Prinzen Luitpold, welcher ein eigenhändiges Schreiben des Königs von Bayern überbrachte."

Lorenz verschweigt den Namen des bayrischen Unterhändlers, des Prinzen Luitpold, teilt aber weiter mit, daß von bayrischer Seite eine geheime Verabredung anempfohlen worden sei.

Wie Lorenz erzählt, sah sich Bismarck genötigt, diese unliebsame Affäre einer amtlichen Behandlung zu unterwerfen. Auch bei Busch findet sich eine Aufzeichnung ähnlichen Inhalts.[1])

Die Datierung dieser Episode ist bei Lorenz und Busch eine verschiedene. Nach Lorenz hat die bewußte Audienz am 11., nach Busch am 10. Januar stattgefunden. Man wird sich aber für den 10. Januar, des Datum von Busch, entscheiden müssen, da dieser Tag für den Besuch Luitpolds beim Könige auch noch von Schneider bezeugt ist.[2]) Der Großherzog hatte möglicherweise erst am 11. Januar von diesem Vorgang erfahren und ihn dann unter diesem Datum in sein Tagebuch eingetragen.

Nach Lorenz' Mitteilung hat ein Bericht Mohls vom 16. Januar Aufklärung in dieser Angelegenheit gebracht. Lorenz macht aber den Leser nur damit neugierig, von dem Inhalte dieses Schreibens verrät er uns kein Wort.[3])

In den Berichten Mohls vom Ende Januar war auch die Mitteilung enthalten, daß Werthern durch den glücklichen Ausgang der deutschen Sache in Bayern die abfälligste Kritik der höheren bayrischen Kreise über sich ergehen lassen mußte.[4]) In seinen Erinnerungen, die leider die Zeit seiner Münchener Gesandtschaft nur in großen allgemeinen Zügen wiedergeben, hat Mohl ebenfalls auf die Unbeliebtheit Wertherns in der bayrischen Gesellschaft und auf seine mannigfachen Beziehungen zu der Bürgerschaft hingewiesen.[5])

[1]) Mor. Busch II, 47. „Der Chef hat an Werthern telegraphieren lassen, daß man auf Verlangen wegen des Passus im Fahneneide diesseits nicht eingehen könne."

[2]) Schneider S. 149, 150. Brandenburg scheint diese Notiz von Schn. nicht beachtet zu haben, denn er entscheidet sich weder für den 10. noch für den 11. Januar. Brandenburg, Briefe ... II, 135.

[3]) Lorenz S. 623.

[4]) Lorenz S. 447, 448.

[5]) Mohl II, 331.

Interesse verdient der Inhalt eines Berichtes von Mohl: König Ludwig habe sich dahin geäußert, er habe garnicht daran gedacht, seine Hand zu einem erblichen preußischen Kaisertum zu bieten.[1]) Zu dieser Mitteilung ließe sich hinzufügen, daß auch Luitpold in der Audienz vom 10. Januar die Erklärung abgegeben hat, man habe sich eigentlich in Bayern ein alternierendes Kaisertum gewünscht. König Wilhelm war aber bekanntlich auf diese Anregung erst gar nicht eingegangen.[2])

Das Datum für diesen Bericht ist nicht einmal annähernd zu bestimmen. Man weiß nicht, ob er der Zeit nach der Kaiserproklamation angehört, oder ob er etwa für Ende Dezember anzusetzen ist. Zieht man diese Mitteilung zu dem Vorhergehenden, so kommt man zu ersterer Annahme, setzt man sie aber mit der folgenden Darstellung in Beziehung, so muß man auf den Dezember geführt werden.

Die Mitteilungen von Lorenz über die Vorgänge vom 28. Dezember bis zum Neujahrstage sind wohl mit Ausnahme der kurzen Aufzeichnung Herzog Ernsts sonst nur dem Tagebuche des Großherzogs entnommen.[3])

Nach Lorenz hat der Kronprinz schon am 28. Dezember den Entwurf für eine Proklamation verfaßt.[4]) Am nächsten Tage, dem 29. Dezember, mag er sie mit seinem Schwager besprochen haben.[5]) Sie scheint aber nicht die volle Billigung des Großherzogs gefunden zu haben. An jenem 31. Dezember, an dem der Kronprinz Bismarck aufsuchte, dürfte er auch dem Kanzler den Entwurf seiner Proklamation mitgeteilt haben.[6]) Bismarck konnte jedoch dieser fürstlichen Stilprobe wenig Geschmack abgewinnen.[7])

[1]) Lorenz S. 448.

[2]) Mor. Busch II, 47.

[3]) Lorenz S. 448—452.

[4]) Lorenz S. 448/449.

[5]) Tagebuch Kaiser Friedrichs S. 127, Dezember 29. „... Ich entwerfe mit dem Großherzog von Baden eine Proklamation für Kaiser und Reich.“ Andernfalls müßte eines von beiden uns überlieferten Daten falsch sein.

[6]) Am 31. Dezember besuchte der Kronprinz den Grafen Bismarck. Er bekam den Bescheid, daß der Kanzler eine Inaugurierung des Kaisers

Einen längeren Abschnitt aus dem Tagebuche des Großherzogs gibt Lorenz im Wortlaute wieder. Wie sich der Großherzog seines ihm von den Fürsten erteilten Auftrages, in einer Ansprache der Begründung des Kaisertums zu gedenken, beim Diner am Neujahrstage entledigte, ist der Inhalt dieser Aufzeichnungen. Darunter ist auch die Rede, die der Großherzog an König Wilhelm richtete, verzeichnet.[1])

Eine Niederschrift seines Toastes brachte der Großherzog selbst, wie er es versprochen hatte, dem Könige. Dieser übergab das Manuskript Schneider, weil er wünschte, daß die Ansprache des Großherzogs „nur nicht verunstaltet — etwa nach bloßem Hören und Wiedererzählen — in die Zeitungen" käme.[2])

10. Der Streit um die Formulierung des Kaisertitels.

Als Grundlage für die Darstellung der tatsächlichen Vorgänge, die diese Titelangelegenheit zum Gegenstand haben, scheint Lorenz durchgehend das Tagebuch des Großherzogs benutzt zu haben.[3]) Herzog Ernst ist nur gelegentlich herangezogen, dann ist diese Quelle aber immer ausdrücklich bezeichnet.

Auch im Tagebuch des Kronprinzen ist es bezeugt, daß König Wilhelm den Kanzler Anfang Januar aufforderte, sich

vorläufig noch nicht vornehmen könne. Tagebuch Kaiser Friedrichs S. 127, Dezember 31.

[7]) Lorenz S. 449. Die am 18. Januar von Bismarck verlesene Proklamation wurde von einem Beamten des Bismarckschen Stabes, dem Oberregierungsrat Wagner entworfen; vgl. Mor. Busch II, 47. Aber erst die Meisterhand des großen Kanzlers gab ihr den Schwung, den wir an ihr bewundern; vgl. Abeken S. 496. „Das Beste daran hat Bismarck selbst getan; und sie ist wirklich vortrefflich."

[1]) Die Rede des Großherzogs ist abgedruckt bei R. Krone, Großherzog Friedrich von Baden, Reden und Kundgebungen, 1901. S. 98.

[2]) Lorenz S. 452; Schneider III, 138. Kurze Hinweise auf die Ansprache des Großherzogs sind zu finden: Tagebuch Kaiser Friedrichs S. 128, Januar 1; Herzog Ernst II., Bd. 3, S. 669; Stosch in der Deutschen Revue 27, IV, S. 260, Januar 1.

[3]) Lorenz S. 452—466.

über Titel- und Rangfragen zu äußern.[1]) Es ist nicht ausgeschlossen, daß der König durch das Drängen seines Sohnes, der das neue Kaisertum mit all seinem äußeren Apparat sehnlichst in Wirkung treten zu sehen wünschte, mit dazu veranlaßt worden ist, selbst Maßnahmen in dieser ihm persönlich so unbequemen Sache zu ergreifen.[2]) Dazu scheint er sich aber auch erst definitiv entschlossen zu haben, als er die originalen Zustimmungserklärungen der Fürsten aus München in seinen Händen hatte.[3]) Da diese nämlich am 5. Januar in Versailles eingingen, nach Lorenz aber an demselben Tage König Wilhelm die bewußte Aufforderung an Bismarck richtete, so darf man ohne Zweifel auf einen innern Zusammenhang zwischen beiden Vorgängen schließen. Der 5. Januar wird also als Datum für den Erlaß des Königs wohl richtig sein. Denn, wenn auch die Notiz des Kronprinzen erst unter dem 8. Januar etwas davon zu sagen weiß, so ist damit doch noch nicht gesagt, daß die betreffende Weisung an Bismarck trotzdem nicht ein paar Tage früher ergangen sein kann. Der Kronprinz mag eben erst am 8. Januar davon erfahren haben und zwar, wie man vielleicht nicht mit Unrecht annehmen darf, gerade von Delbrück, der ihn im Auftrage Bismarcks aufsuchte. Auf diese Weise bekäme man aber das Datum für die Unterredung Delbrücks mit dem Kronprinzen, das Lorenz verschweigt. Nicht daß diese Hypothese durchaus den Anspruch auf Richtigkeit erheben dürfte, aber Beachtung scheint sie mir immerhin zu verdienen. In dem chronologischen Zusammenhange von Lorenz kann der

---

[1]) Tagebuch Kaiser Friedrichs S. 129, Januar 8. „S. Majestät fordert Bismarck und mich zu Gutachten über die Insignien von Kaiser und Reich auf."

[2]) Vgl. Abeken S. 489/490, Januar 1. „Auf diese Äußerlichkeiten, Namen, Titel, Wappen, Farben legt der Kronprinz einen großen Wert und treibt und drängt darauf ... Der König weist alle diese Äußerlichkeiten mit einer gewissen Ängstlichkeit von sich weg. Bismarck tut es auch, als Bagatellen oder als verfrüht. Der König aber tut es, weil es ihm in seiner Bescheidenheit und in seiner Gewöhnung an das Alte wirklich unangenehm und unbequem ist, an diese Dinge zu denken ..."

[3]) Vgl. Oncken S. 218 ff. Kaiser Wilhelm an Kaiserin Augusta. Januar 18. „Als am 5. Januar endlich die bayerischen Expeditionen eingingen, mußte sofort an die Proklamierung gedacht werden."

8. Januar für dieses Gespräch zudem wohl in Frage kommen. Vielleicht läßt auch der Besuch Abekens beim Großherzog am 8. Januar, von dem er selbst kurz berichtet, uns der Vermutung Raum geben, daß zwischen beiden Sendungen Delbrücks und Abekens ein gewisser Zusammenhang besteht, d. h. hier also, daß beide auf denselben Tag fallen.[1])

Inhaltlich bieten die Lorenzschen Mitteilungen von der Unterredung Delbrücks mit dem Kronprinzen zu Erwägungen keinen Anlaß. Aus seinen eigenen Tagebuchaufzeichnungen weiß man, wie lebhaft der Kronprinz es wünschte, daß Kaiser und Reich auch eine möglichst ausdrucksvolle äußere Form erhalten, die neuen Titulaturen eine möglichst ausgedehnte Anwendung finden sollten.[2]) An dieser Stelle hören wir aber von Lorenz zum ersten Male, daß der Großherzog von Baden anfänglich mit aller Entschiedenheit für den Titel „Kaiser von Deutschland" eingetreten ist. Damit hat man vielleicht auch, wie ich fast glauben möchte, eine Deutung für die an und für sich nicht recht verständliche Aufzeichnung Abekens vom 8. Januar, der den Großherzog an diesem Tage „von einem selbstlosen Interesse nur für den König und die Sache" fand.

Den „betreffenden" Vortrag, von dem uns Lorenz berichtet, ohne uns den Tag dazu anzugeben, wird der Kanzler dem Könige möglicherweise am 9. Januar gehalten haben.[3])

---

[1]) Die Mitteilung von einem Besuche Abekens beim Großherzog am 8. Januar ist erst in die neueste 4. Auflage der Erinnerungen Abekens aufgenommen worden. Das Gespräch betraf nicht allein die Titelfrage, sondern auch die andern aktuellen Fragen, wie die Einnahme von Paris, Elsaß, was wird aus Metz etc.; vgl. Abeken S. 492, Januar 8. „Morgens um 11½ zum Großherzog von Baden (über Friedenschance — Metz — was tun, wenn Paris gefallen — Dissensus — wie abzuhelfen — Verwaltung im Elsaß — Titel). 8. Januar. An seine Frau. „Ich komme eben vom Großherzog von Baden zurück, den ich wieder vortrefflich gefunden habe, klar und ruhig in seinen Ansichten, und von einem selbstlosen Interesse nur für den König und die Sache, wie ich es eben sonst nur bei dem Könige finde."

[2]) Vgl. seine Aufzeichnungen über das Kaisertum vom 18. Dezember S. 126; vom 1. Januar 1871 S. 128; vom 17. Januar S. 129, 130. Tagebuch Kaiser Friedrichs.

[3]) Lorenz S. 453/454.

Eine Notiz darüber muß Lorenz in dem Tagebuche des Großherzogs vorgefunden haben. Daß in ebendiesem Vortrage aber, wie es nach Lorenz anzunehmen ist, die Titelfrage im Mittelpunkt gestanden haben sollte, möchte ich nicht für richtig halten. Zu einer bestimmten Auseinandersetzung über den Titel scheint es an diesem Tage zwischen dem Kanzler und dem Könige noch nicht gekommen zu sein. Man wird sich vielmehr damit begnügt haben, von den gegenseitigen Anschauungen darüber Kenntnis zu nehmen.[1]) Andernfalls wäre meiner Ansicht nach eine dreistündige Konferenz, wie sie am 17. Januar stattfand, schwerlich notwendig gewesen, wenn Bismarck seine in diesem Punkte unumstößliche Meinung schon einmal in ausführlichster Weise dem Könige dargelegt hätte. Positives kann überdies Lorenz aus dieser Besprechung nicht beibringen. Was er erzählt, scheint ganz auf eigener Kombination zu beruhen.

Der Großherzog ist, wie es m. E. zweifelsfrei feststeht, zu seiner Bismarck anfangs wenig entgegenkommenden Haltung in der Titelfrage durch den Umstand veranlaßt worden, daß er, worauf Lorenz selbst hinweist, „nicht bestimmt zu erfahren vermochte, ob der von den bayrischen Bevollmächtigten erhobene Einwand vertragsmäßig festgelegt war." Er war der Meinung, daß bloße „Wünsche und nichtssagende Redensarten" Brays den Kanzler zu seiner Nachgiebigkeit bestimmt haben könnten. Hätte dieser den Großherzog einmal persönlich aufgesucht, so wäre das Mißverständnis vielleicht ganz zu vermeiden gewesen.

Die von dem Großherzoge einberufene Zusammenkunft der Fürsten hat höchstwahrscheinlich am 11., spätestens am 12. Januar stattgefunden.[2]) Das Bekanntwerden der neuesten Forderung König Ludwigs um Erlaß des Fahneneides für die bayrischen Truppen mag für den Großherzog der Anlaß gewesen sein, die Fürsten zu versammeln, um mit ihnen

[1]) So glaube ich auch aus Mor. Busch herauslesen zu dürfen. „Er (Bismarck) erzählte hierauf, der König zöge den Titel ‚Kaiser von Deutschland' dem Titel ‚Deutscher Kaiser' vor, und fuhr dann fort: „Ich gab ihm zu verstehn, daß mir das gleichgültig wäre. Er war aber andrer Meinung. Lieber Land als Leute . . ." Mor. Busch II, 38, Januar 12.

[2]) Lorenz S. 455.

einmal die gegenwärtige schwierige Situation einer eingehenden Besprechung zu unterziehen.

Am 13. Januar schickte Bismarck Delbrück zum Großherzog.[1]) Er schien sich also der Hoffnung hinzugeben, daß der Großherzog auch diesmal sich zu einer vermittelnden Tätigkeit schließlich doch noch bereit finden lassen würde. Das war aber nun freilich jetzt nicht der Fall. Delbrück, der in seiner gewohnten, geschäftlich nüchternen Art sich seines Auftrages entledigt zu haben scheint, vermochte in der Tat nicht überzeugend und bestimmend auf den Großherzog einzuwirken.

Aus Lorenz' weiteren Ausführungen verdient eine Bemerkung, die er wahrscheinlich in den Aufzeichnungen des Großherzogs in irgend einer Form vorgefunden hat, besondere Beachtung. Man habe nämlich in fürstlichen Kreisen infolge der immer von neuem erhobenen bayrischen Zumutungen besorgen zu müssen geglaubt, die Ausnahmestellung Bayerns werde mit der Zeit immer mehr an Bedeutung gewinnen und bald unerträglich werden.

Dieser Punkt kann meines Erachtens gar nicht genug hervorgehoben werden. Die starke Opposition der Fürsten, vor allem die des Großherzogs, dürfte gerade darin ihre tiefere Ursache haben. Man wird dann auch verstehen, wie man sogar daran denken konnte, ein Exempel zu statuieren und Bayern einmal eine deutliche Antwort zu erteilen, indem man König Wilhelm ersuchen wollte, allen sich daraus ergebenden Folgerungen zum Trotz sich zum „Kaiser von Deutschland" zu proklamieren.[2])

In dem Gespräch des Königs mit seinem Schwiegersohn am 14. Januar hat dieser ganz im Sinne der anderen Fürsten gegen Bismarck Stellung genommen und den König in seiner oppositionellen Haltung bestärkt.

Auch der Kronprinz ist am nächsten Tage, dem 15. Januar, wie man an ebendieser Stelle von Lorenz erfährt, mit Erfolg für die „bestimmte Fassung" des Titels beim Könige eingetreten.[3])

[1]) Lorenz S. 455/456.
[2]) Lorenz S. 457.
[3]) Lorenz S. 456/457.

Weiter teilt Lorenz mit, daß sich König Wilhelm am 16. Januar nochmals in einer Resolution für den Titel „Kaiser von Deutschland“ aussprach.[1]) Der Kanzler wird wohl noch am selben Tage darauf geantwortet haben.

Der Ton dieses Antwortschreibens scheint sehr bestimmt geklungen zu haben. Wenigstens hatte man in fürstlichen Kreisen, wie Lorenz berichtet, das Gefühl, als handle es sich um eine Kabinettsfrage.[2])

Deshalb versammelten sich, wie es scheint auf Veranlassung des Kronprinzen, die in diese Dinge eingeweihten Fürsten zu einer Besprechung. Dabei muß von dem Kronprinzen die Frage zur Diskussion gestellt worden sein, ob man unter diesen Umständen den Kanzler unterstützen sollte oder nicht.

Auch für diese von Lorenz nicht gerade mit allzu großer Klarheit wiedergegebenen Vorgänge wird man fast ausschließlich das Tagebuch des Großherzogs als seine Quelle annehmen dürfen. Die Äußerung Herzog Ernsts, durch die nur in ganz allgemeiner Weise der in jenen Tagen zwischen den Fürsten und Bismarck bestehende Gegensatz glossiert wird, paßt eigentlich gar nicht in den bestimmten Zusammenhang hinein. Sie nimmt aber Lorenz gar zu bereitwillig auf, weil darin so recht deutlich die wenig bismarckfreundliche Gesinnung des Koburgers zum Ausdruck kommt.

Aus der Entgegung des Großherzogs von Baden auf die vom Kronprinzen erhobene Umfrage spricht wieder ganz die Besorgnis, daß die Bayern, die, wie nach Lorenz der Großherzog meinte, „die Sache offenbar auf ihre eigene Faust und nicht einmal unter ausdrücklicher Instruierung des Königs Ludwig dem Bundeskanzler abgerungen haben mußten“, nach dem Sprichwort „der Appetit kommt mit dem Essen“ bald noch mehr zugunsten ihrer Ausnahmestellung durchzudrücken versuchen würden, wenn ihnen auch diese Titelforderung erfüllt würde.

[1]) Lorenz S. 458.

[2]) Bismarck war an diesem 16. Januar sehr schlecht gelaunt und in gereizter Stimmung. Busch hebt diese Tatsache besonders hervor. Mor. Busch II, 49, Januar 16.

Lorenz kann es nicht unterlassen, wieder einmal die Gelegenheit zu einem Ausfall auf Bismarck zu ergreifen, indem er die Glaubwürdigkeit der „Gedanken und Erinnerungen“ für die Schilderung dieser Vorgänge herabzusetzen sich bemüht.[1]) Den Großherzog habe der Kanzler darin als seinen „Eideshelfer“ erscheinen lassen, meint er. Ich habe aus der Darstellung Bismarcks nur die Vorstellung gewinnen können, daß der Kanzler die hinter den Kulissen sich abspielenden Ereignisse, soweit eine Beteiligung des Großherzogs dabei in Frage kommt, im wesentlichen ganz so schildert wie dieser in seinen von Lorenz wörtlich mitgeteilten Aufzeichnungen. In den „Gedanken und Erinnerungen“ fällt nicht einmal der Ausdruck „Vermittelung“. Man darf aber trotzdem mit Recht von einer vermittelnden Tätigkeit des Großherzogs sprechen, weil dieser es selbst tut. Es heißt nämlich in den wörtlichen Mitteilungen von Lorenz aus dem Tagebuche des Großherzogs:[2])

„Ich erwiderte, es könne für mich nur einen Weg geben, d. h. noch in der letzten Stunde versuchen, die Gegensätze zu vermitteln.“

Daß der Großherzog bis zum 18. Januar in der Titelfrage sich in einem Gegensatz zu Bismarck befand, wird niemand bestreiten wollen, der Lorenz' Mitteilungen irgendwelche Beachtung schenkt. Anderseits aber steht es unzweifelhaft fest, daß er durch seine persönliche Unterredung mit Bismarck am Morgen des 18. Januar zu der Überzeugung gelangt ist, daß der Titel nur so lauten könnte, wie er längst beschlossen und vom Reichstag und Bundesrat angenommen worden wäre.[3]) Seit dem 18. Januar war der Großherzog tatsächlich ein Ver-

---

[1]) Lorenz S. 460; vgl. Gedanken und Erinnerungen II, 148/149.

[2]) Lorenz S. 469.

[3]) Das ist in seinen Aufzeichnungen deutlich ausgesprochen; vgl. Lorenz S. 463. „Ich benutzte einen freien Augenblick, dem König die vorhin bezeichnete Lage zu schildern und hob hervor, daß nach erfolgter kgl. Sanktion es mir ratsam scheine, bei diesem feierlichen Akt nur die Ausdrücke zu gebrauchen, welche streng den gegebenen Bestimmungen entsprächen, da ja jeder hier von offizieller Bedeutung sei. Der König war sehr ungehalten darüber ...“

mittler in dem Titelstreite, und auf jenen 18. Januar beziehen sich doch eben nur die Mitteilungen des Kanzlers in seinen „Gedanken und Erinnerungen". Daß Bismarck aber in diesen freilich erst nach vielen Jahren fixierten Aufzeichnungen nicht gerade phantasiert hat, wie Lorenz es hinstellt, davon legt auch ein Brief des Kanzlers an seine Gemahlin Zeugnis ab, den er wenige Tage nach der Kaiserproklamation an sie richtete, zu einer Zeit also, wo ihm die Vorgänge noch in frischester Erinnerung sein mußten. Darin spricht er sich sogar noch deutlicher als in seinen „Gedanken und Erinnerungen" über die vermittelnde Tätigkeit des Großherzogs aus.[1]) Auch Abeken weiß nur Gutes von dem Wirken des Großherzogs in jenen Tagen zu berichten.[2])

Zu der Konferenz vom 17. Januar bringt Lorenz nichts wesentlich Neues zu dem Bekannten bei.[3]) Die Aufzeichnungen des Großherzogs darüber stützen sich auf mündliche Mitteilungen des Kronprinzen und Bismarcks, die er beide am nächsten Tage über den bewegten Verlauf der Verhandlungen am 17. Januar interpellierte.

Wie uns Lorenz mitteilt, war der König in einer solchen Gemütserregung, daß er sogar schon den Befehl gegeben hatte, die Feierlichkeit überhaupt abzusagen. Nicht zweifelhaft ist es, daß auch Bismarck zu seinem stärksten Mittel griff, nämlich seinen Rücktritt in Aussicht stellte.[4])

[1]) Vgl. Bismarcks Briefe an seine Gattin aus dem Kriege 1870/71. Stuttgart 1903, S. 79. 21. I. „Der Großherzog von Baden ist recht verständig und vermittelnd, aber er ist der einzige, der mir ab und zu geschäftlich beisteht."

[2]) Abeken S. 496, Januar 18. „... der (Großherzog) einer der besten Menschen ist, die es gibt, und der sehr viel Gutes hier bewirkt hat."

[3]) Lorenz S. 460/461. Zum 17. Januar vgl. ferner Tagebuch Kaiser Friedrichs S. 129; Gedanken und Erinnerungen II, 147 148 als Hauptquellen, dazu die kurzen Mitteilungen bei Abeken S. 495/496; Stosch, D. Revue 27, IV (1902), S. 264; Oncken S. 218. Kaiser Wilhelm an Kaiserin Augusta.

[4]) In der Unterredung des Kanzlers mit dem Großherzog am 18. Januar erwähnte Bismarck auch die interessante Tatsache, daß König Wilhelm eigentlich die Schuld daran trüge, wenn die äußere Machtstellung des Kaisers keine größere geworden wäre. Aus lauter Rücksichten für die preußischen Militärs hätte er nicht einmal die deutsche Kokarde genehmigt; vgl. Lorenz, Gegen Bismarcks Verkleinerer, Jena 1903, S. 54.

Die Aufzeichnungen des Großherzogs vom 18. Januar hat Lorenz fast vollständig, größtenteils im Wortlaut wiedergegeben.[1]) Bemerkenswert ist es, daß auch hierin nichts von einer Begegnung des Kaisers mit Bismarck nach Schluß der offiziellen Feier verzeichnet ist.[2])

Lorenz möchte nun gar zu gern die Angabe in den „Gedanken und Erinnerungen", daß der Kaiser ohne Gruß an Bismarck vorüber gegangen sei, möglichst unwirksam machen.[3]) Sie als erfunden oder unrichtig hinzustellen, vermag er nicht. Das Zeugnis des Herzogs Georg von Meiningen in der inhaltlich völlig unbestimmten und allgemein gehaltenen Fassung, in der Lorenz es vorbringt, besagt auch gar nichts. Daß der Kaiser absichtlich eine Begegnung mit dem Kanzler zu vermeiden gesucht habe, hält Lorenz durchaus für verkehrt.[4])

Die Mitteilung, daß der Kaiser an der Tafel „mit besonderer Herzlichkeit dem Reichskanzler zutrank", wird Lorenz sicherlich dem Tagebuche des Großherzogs entnommen haben.[5]) Wer weiß freilich, ob diese Stelle in dem richtigen Zusammenhange der ursprünglichen Quelle nicht doch ein wenig anders sich ausnehmen dürfte, als wie es in der Wiedergabe von Lorenz

[1]) Lorenz S. 462—465.

[2]) In der ausführlichen Darstellung der Proklamation bei Toeche-Mittler ist ausdrücklich hervorgehoben, daß sich Kaiser Wilhelm und Bismarck nicht begegneten; vgl. Toeche-Mittler, Die Kaiserproklamation in Versailles am 18. Januar 1871. Beihefte zum Militärwochenblatt 1896, S. 47, Anm. 66.

[3]) Lorenz S. 465.

[4]) In seiner Nachschrift zu seinem Buche geht Lorenz noch einmal auf die Vorgänge vom 18. Januar ein und polemisiert in langen gesuchten Ausführungen gegen die Darstellung in den „Gedanken und Erinnerungen". Es braucht nur erwähnt zu werden, daß es ihm auch hier in keiner Weise gelingt, die Mitteilung des Kanzlers, daß der Kaiser ihm gegenüber einige Tage lang eine ganz augenscheinliche Zurückhaltung geübt habe, irgendwie zu widerlegen oder sie als erfunden hinzustellen; vgl. Lorenz, Gegen Bismarcks . . . S. 51 ff.

[5]) Auch bei Bluntschli findet man dieses Vorganges an der Tafel Erwähnung getan. Der Freiherr von Ungern-Sternberg hatte Bl. später in Karlsruhe diese und andere Einzelheiten aus der Versailler Zeit mitgeteilt; vgl. Bluntschli, Denkwürdiges aus meinem Leben, herausg. von Seyerlen 1884. III, 274,

der Fall ist, ob nicht erst die „Herzlichkeit“ beim Zutrunk des Kaisers von Lorenz selber entdeckt worden ist. Daß der Kaiser im Verlaufe der Tafel auch einmal dem Kanzler zugetrunken haben wird, ist eigentlich selbstverständlich. Man braucht gar nicht einmal mit Lorenz anzunehmen, daß er erst von anderer Seite darauf aufmerksam gemacht worden ist. Ich bin vielmehr der Meinung, der Kaiser wird sich selbst dessen wohl bewußt gewesen sein, was für unangenehme Folgen ein ostentatives „Schneiden“ des Kanzlers, das natürlich nicht unbemerkt bleiben konnte, auf sich haben mußte, wenn dadurch den mannigfaltigsten Kombinationen Tor und Tür geöffnet wurde.

Wird sich nun in der Tat der Kaiser der Förmlichkeit des Zutrinkens unterzogen haben, so braucht man also daraus noch lange nicht den Schluß zu ziehen, daß damit die innere Harmonie zwischen Kaiser und Kanzler hergestellt war.

Mit Wilh. Busch teile ich die Überzeugung, daß erst der persönliche Besuch des Kaisers mit dem Kronprinzen bei Bismarck am 20. Januar die Spannung zwischen dem Kaiser und seinem großen Kanzler endgültig beseitigt hat.[1])

---

[1]) Wilh. Busch S. 157. Am 19. Januar fand Schneider zu seinem großen Erstaunen den Kaiser immer noch in großer Mißstimmung. L. Schneider III, 154/155. Von Bismarck heißt es bei Mor. Busch, der zu ihm am 18. abends gerufen wurde: „Er sprach dabei mit ungewöhnlich schwacher Stimme und sah ermüdet und abgespannt aus.“ Mor. Busch II, 61, Januar 18. Noch am 20., wohl vor dem Besuch des Kaisers berichtet Roon von dem Kanzler: „Bismarck verstimmt und in gewissen Punkten sehr gereizt.“ Roon III, 288. Dagegen liest man bei Busch unter dem 20. Januar: „Der Chef war aufgeräumt und gesprächig“ (als der hohe Besuch fort war). Mor. Busch II, 66. Und erst am 21. Januar schreibt Bismarck nach langer Pause wieder an seine Gattin: „Ich habe dir schrecklich lange nicht geschrieben, verzeih, aber diese Kaisergeburt war eine schwere . . .“ Bismarcks Briefe S. 78, Versailles 21. I.

Zusammenfassende Betrachtung von Lorenz' badischen Quellen.

Sehen wir noch einmal den oben besprochenen Abschnitt des Lorenzschen Buches auf seine Quellen hin an, so ergibt sich, daß die wichtigeren unter ihnen in der fortlaufenden Darstellung von Lorenz in einer bestimmten Folge gleichsam einander ablösend sich uns darbieten. Dürfen wir die Korrespondenz des Großherzogs mit Jolly für die erste Zeit des Krieges bis Anfang November als Lorenz' Hauptquelle betrachten, die mit dem Beginn der Versailler Verhandlungen durch das Tagebuch Freydorfs eine gewisse, nicht gar zu bedeutende Ergänzung erfährt, so bildet seit dem 7. November, also seit der Anwesenheit des Großherzogs in Versailles, das Tagebuch Großherzog Friedrichs für Lorenz recht eigentlich die Grundlage, auf der er die späteren Kapitel seines Buches (bis zur Kaiserproklamation) aufbaut. Die übrigen Quellen, wie das Tagebuch und die Korrespondenz Gelzers und auch die badischen Staatsakten, von denen Lorenz bemerkenswertere Stücke, vor allem Berichte Mohls, die badische Denkschrift usw. in seine Gesamtdarstellung verflochten hat, stehen in ihrer Bedeutung für die Geschichte der Reichsgründung hinter den erstgenannten weit zurück.

Für Lorenz' Schilderung der politischen Lage in den ersten Monaten des Krieges steht als Quelle im Vordergrunde die Korrespondenz des Großherzogs mit Jolly. Durch Vermittlung des Großherzoglichen Kabinetts bekam sie Lorenz aus dem Nachlaß Jollys, wie ich aus seiner eigenen Darlegung (Lorenz S. V) herauslese, zur literarischen Verwendung überwiesen. Ob man ihm den gesamten Briefwechsel zwischen beiden

Männern aus der Zeit vor den Versailler Verhandlungen zugehen ließ, oder ob er nur eine bestimmte Auswahl daraus erhielt, wird sich schwerlich entscheiden lassen. Es liegt aber nach meinem Dafürhalten kein Grund zu der Annahme vor, daß Lorenz nur abschriftliche Auszüge aus den Briefen, nicht etwa die Originale selbst oder Abschriften derselben bekam.

Die Mehrzahl der Briefe, die Lorenz anführt, fällt in die Zeit des Aufenthalts des Großherzogs vor Straßburg in Lampertsheim bis Ende September. Einige gehören in die Zeit der Versailler Verhandlungen. Man gewinnt aus ihnen einen deutlichen Einblick in die Ideengemeinschaft des Großherzogs mit Jolly, sie bilden aber auch einen indirekten Beweis dafür, daß Großherzog Friedrich dem politischen Geschick Jollys größeres Vertrauen entgegenbrachte als dem Freydorfs, des offiziellen badischen Ministers des Auswärtigen.

Auch das Tagebuch Freydorfs, das übrigens, wie mir Herr Archivdirektor Obser in Karlsruhe gütigst mitteilte, sich noch heute im Besitze der Witwe, Frau Alberta von Freydorf befindet, bekam Lorenz durch das Großherzogliche Kabinett übermittelt. Aber nur äußerst wenig bringt er daraus zu unserer Kenntnis, eigentlich nicht mehr als ein paar Notizen, die noch dazu nicht viel des Neuen bieten. Wir dürfen aber, wie ich glaube, Lorenz in diesem Falle nicht etwa einer Unterlassungssünde zeihen. Hinsichtlich der bayerischen Verhandlungen waren ja auch die badischen Vertreter nur auf gelegentliche preußische Informationen angewiesen, die badischen Verhandlungen selbst aber mögen bei ihrem im allgemeinen gleichmäßigen Verlauf dem Tagebuche Freydorfs nicht viel Stoff geliefert haben.

Das Tagebuch des Großherzogs in seiner Bedeutung als Quelle für die Darstellung von Lorenz ist schon oben kurz skizziert worden.

Wie Lorenz selbst in der Einleitung seines Buches (S. V) uns mitteilt, ließ ihn der Großherzog „mit Perlen eigener Erinnerungen ausrüsten". Mag uns vielleicht schon die Fassung dieser eigenen Worte von Lorenz auf den Gedanken kommen lassen, daß diesem nur einzelne ausgewählte Stücke aus dem Tagebuche überlassen wurden, so werden wir unsere Vermutung bestätigt finden, wenn wir uns einmal die gesamte

Darstellung von Lorenz hinsichtlich der darin benutzten Tagebuchaufzeichnungen des Großherzogs näher ansehen.

Bei einer solchen eingehenden Prüfung wird sich zunächst ergeben, daß die Lorenz überwiesenen Tagebuchaufzeichnungen überhaupt erst mit der Anwesenheit des Großherzogs in Versailles beginnen können (vgl. dazu meine Ausführungen S. 5 und 39). Schon ein Beweis, daß man Lorenz nicht in das ganze Tagebuch Einblick gewährte.

Ferner wird man aus der Form der von Lorenz im Wortlaute zitierten Stellen des großherzoglichen Tagebuches den Schluß ziehen dürfen, daß das gesamte Tagebuch des Großherzogs nicht etwa wie das Herzog Ernsts nach Art eines „Notizkalenders" abgefaßt sein kann,[1]) sondern daß es vielmehr eine zusammenhängende, ausführliche Schilderung der Tageserlebnisse bieten muß. Erwägt man weiter, daß die von Lorenz in seiner Darstellung nicht berührten Partien des Tagebuches sich uns schwerlich als leere Blätter präsentieren, vielmehr noch manche interessante Einzelheiten aufweisen dürften, über die insgesamt Lorenz sicherlich nicht hätte immer diskret hinwegzugleiten brauchen, so kann uns alles dies nur in unserer Anschauung bestärken, daß Lorenz in der Tat nur „Perlen", und zwar aus einem späteren Teile des Tagebuches, nicht jedoch diesen ganzen Teil selbst in seiner zusammenhängenden, vollständigen Gestalt überwiesen bekommen hat.

Es ist mir übrigens nicht zweifelhaft, daß man Lorenz nicht etwa die handschriftlichen Aufzeichnungen des Großherzogs selbst anvertraute, sondern daß ihm nur, wahrscheinlich von dem Großherzog selbst ausgewählte und durchgesehene abschriftliche Auszüge aus dem originalen Tagebuche durch das Kabinett zugingen.

Die Akten des badischen Ministeriums von 1866—71, einschließlich der Gesandtschaftsberichte scheinen Lorenz nach seinen Angaben lückenlos zur Verfügung gestanden zu haben.

Für unsere Zeit kommen aber eigentlich nur die Berichte Mohls in Frage. Von den Versailler Verhandlungen sind ja,

---

[1]) Vgl. darüber die Untersuchung von K. Dorien, Der Bericht des Herzogs Ernst II. von Koburg über den Frankfurter Fürstentag. Ein Beitrag zur Kritik seiner Memoiren. Hist. Biblioth. 1910, 21. Bd.

wie schon früher erwähnt, keine aktenmäßigen Aufzeichnungen vorhanden.[1]) Der Wert der Berichte Mohls, die Lorenz an passender Stelle nur zu gern seiner tendenziösen Darstellung dienstbar macht, ist von mir in der vorangehenden Untersuchung hinreichend gekennzeichnet worden. Von sonstigen Staatsakten sind von Lorenz eigentlich nur ein paar Berichte Freydorfs aus Berlin eingehender berücksichtigt worden (siehe die Regesten).

Aus der Korrespondenz und dem Tagebuch Gelzers, die Lorenz auch noch als Quellen vollständig vorlagen, hat dieser nur wenig literarisch verwertet. In der Tat mögen beide Quellen zur eigentlichen Geschichte der Reichsgründung auch nicht viel Bemerkenswertes bieten. Und ich glaube nicht in der Annahme fehl zu gehen, daß überhaupt erst von der Zeit an, wo der Großherzog mit Gelzer über die Kaiserfrage in Erörterungen eintrat, deren Resultat die Sendung Gelzers nach München war (vgl. die Regesten), diese Quellen eine allgemeinere Bedeutung für uns besitzen dürften.

Zum Schluß sei nur noch einmal erwähnt, daß der bekannte Bericht Jansens an den Großherzog von Oldenburg vom 12. September, auf den wir in unseren obigen Ausführungen wiederholt haben zurückkommen müssen, Lorenz nach seiner eigenen Mitteilung (S. VI) in einer Abschrift des Originals, wie sie von oldenburgischer Seite „dem großherzoglichen Kabinett zum Zwecke literarischer Verwendung überlassen“ worden war, zur Verfügung gestanden hat.

[1]) Meyer S. 65.

Versuch einer chronologischen Anordnung des uns von Lorenz in dem behandelten Abschnitt mitgeteilten Quellenmaterials.

1870

Juli 27. Schreiben des Großherzogs an Gelzer. Großherzog Friedrich spricht sich über die Zukunft hoffnungsvoll aus. Lorenz S. 304—306.

Quelle: Die Korrespondenz Gelzers.

August 5. Großherzog Friedrich im Lager von Sulz bei Wörth. Er bespricht mit dem Kronprinzen die „Belohnungsidee" und legt ihm die Ernennung eines Generalgouverneurs für Süddeutschland dringend ans Herz. Lorenz S. 294, 298 bezw. 307; s. o. S. 1 ff.

Quellen: Eine Abschrift des Berichtes des oldenburgischen Staatsrats Jansen an seinen Herrn vom 12. September bezw. Korrespondenz des Großherzogs mit Jolly.

8. Schreiben des Großherzogs an Jolly.

Inhalt: Die Generalgouverneursangelegenheit. Der Großherzog teilt mit, daß er am selben Tage den Kronprinzen um Beschleunigung dieser Sache auf telegraphischem Wege gebeten habe. Lorenz S. 307/308; vgl. Brandenburg, Briefe und Aktenstücke . . . I, 6/7; s. o. S. 7 f.[1])

Quelle: Korrespondenz des Großherzogs mit Jolly.

---

[1]) Brandenburg I, 6/7 ist in der Datierung nicht ganz präzis.

August 10. Schreiben des Großherzogs an Jolly.

Inhalt: Ein Antworttelegramm König Wilhelms auf die telegraphische Anfrage des Großherzogs vom 9. oder 10. August ist eingetroffen. Der Großherzog solle sich selbst mit beiden Südstaaten über den Generalgouverneur ins Einvernehmen setzen. Lorenz S. 308; s. o. S. 8.

Quelle: Korresp. des Großherzogs mit Jolly.

Um den 20. Schreiben Jollys an den Großherzog.

Inhalt: Jolly legt dem Großherzog seine Anschauung über die nationale Lage dar. Den badischen Abgeordneten hat er vorläufig Reserve anempfohlen. Er deutet schon hier an, daß ein Staatsvertrag zwischen Preußen und Baden das Ziel der badischen Politik in nächster Zeit sein müsse. Lorenz S. 328 und 329. (Aus dem Briefe des Großherzogs vom 23. August kann man auf den Inhalt des Schreibens von Jolly schließen.)

Quelle: Korresp. des Großherzogs mit Jolly.

23. Schreiben des Großherzogs an Jolly.

Inhalt: Die elsässisch-lothringische Frage. Eine Belohnung Badens mit erobertem Gebiet wird entschieden abgelehnt. Die Anregungen in München und Stuttgart wegen Aufstellung eines gemeinsamen Generalgouverneurs sind erfolglos geblieben. Wenn Jolly es für zeitgemäß finde, solle er den Eintritt Badens in den Nordbund anzubahnen suchen. Lorenz S. 296/297. 308/309. 328/329; vgl. Brandenburg I, 12 und 14—16.[1])

Quelle: Korresp. des Großherzogs mit Jolly.

25. Antwort Jollys auf das Schreiben des Großherzogs vom 23. August.

Inhalt: Jolly beabsichtigt zunächst eine Denkschrift an den Bundeskanzler zu richten.

[1]) Brandenburg I, 12 u. 14—16 setzt für die von Lorenz auseinandergerissenen Stellen eines Schreibens zwei besondere Schriftstücke mit verschiedener Datierung an.

August 25. (Das ist zu ersehen aus dem Briefe des Großherzogs vom 29. August). Lorenz S. 330; vgl. Brandenburg I, 17.

Quelle: Korresp. des Großherzogs mit Jolly.

29. Entgegnung des Großherzogs auf das Schreiben Jollys vom 25. August.

Inhalt: Der Gedanke einer Belohnung Badens ist in der Denkschrift aufs entschiedenste abzuweisen; die Kaiserfrage möge darin angeregt werden. Lorenz S. 297/298. 330. 404; vgl. Brandenburg I, 17. 18.

Quelle: Korresp. des Großherzogs mit Jolly.

31. Die Denkschrift wird von Jolly an den Großherzog nach Lampertsheim gesandt. Lorenz S. 330; vgl. Brandenburg I, 18.

Quelle: Korresp. des Großherzogs mit Jolly.

31. Die badischen Gesandten werden im Sinne der Denkschrift instruiert. Lorenz S. 332; Meyer S. 55/56; vgl. Brandenburg I, 18/19.

Quelle: Die bad. Staatsakten.

September 2. Die Denkschrift wird in Berlin und Karlsruhe den preußischen Vertretern übergeben. Lorenz S. 332.

Quelle: Die bad. Staatsakten.

Anfang September Besorgte Anfragen der Vertreter Oesterreichs und Bayerns in Berlin wegen des Inhalts der badischen Denkschrift. Lorenz S. 332/333.

Quelle: Berichte des badischen Gesandten in Berlin, Herrn von Türckheim.

12. Der Staatsrat Jansen im Auftrage des Großherzogs von Oldenburg beim Großherzog von Baden in Lampertheim vor Straßburg. Jansen berichtet über diese Audienz an seinen Herrn. Großherzog Friedrich bringt seine Anschauungen über die politische Lage zum Vortrag: Die elsässisch-lothringische Frage, Kaiseridee, deutsche Einheit,

September 12. vertrauliche Mitteilungen über den Münchener Hof. Lorenz S. 299—301; Jansen S. 155—162; vgl. Brandenburg I, 43—46.

Quelle: Eine Abschrift des Berichtes Jansens.

16. Schreiben des Großherzogs an Jolly als Antwort auf einen Brief des letzteren.

Inhalt: Der Großherzog stimmt Jolly darin entschieden zu, daß jetzt der Wunsch Badens um Aufnahme in den Nordbund bei der norddeutschen Regierung offen ausgesprochen werde. Lorenz 332; vgl. Brandenburg I, 36.

Quelle: Korr. des Großherzogs mit Jolly.

18. Die am 12. September abgegangene Antwort Bismarcks auf die badische Denkschrift trifft in Karlsruhe ein. Lorenz S. 334; vgl. Brandenburg I, 37/38; s. o. S. 8—10.

Quelle: Die badischen Staatsakten.

20. Entgegnung des Großherzogs auf einen Bericht Jollys vom 18. September über die Antwort Bismarcks.

Inhalt: Großherzog Friedrich ist nicht gerade erfreut über die Auskunft des Kanzlers, er ist mit Jolly der Ansicht, daß man am besten dem Wunsche Bismarcks, „Baden möge eine Anbahnung einer Verständigung zwischen Bayern und Preußen herbeiführen", dadurch nachkommen könne, daß man den Bayern den Eintritt in den Nordbund als das Ziel der deutschen Politik Badens klar bezeichne. Er fragt auch bei Jolly an, ob dieser es für angemessen erachte, daß er in mündliche, persönliche Beziehungen zu König Ludwig trete. Lorenz S. 334—336; vgl. Brandenburg I, 44—46.

Quelle: Korr. des Großherzogs mit Jolly.

23. Erwiderung des Großherzogs auf einen Bericht Jollys über die Anwesenheit Bennigsens und Laskers in Karlsruhe am 20. September.

Inhalt: Der Großherzog ist der Ansicht, daß

September 23. man nicht mehr lange mit der Stellung des Antrages um Aufnahme Badens in den Nordbund zögern solle. Lorenz S. 338/339; vgl. Brandenburg I, 55/56.

Quelle: Korr. des Großherzogs mit Jolly.

24. Entgegnung des Großherzogs auf ein Schreiben Jollys vom 22. September betreffend die Einladung Delbrücks nach München.

Inhalt: Trotz der günstigen Anzeichen aus München hält der Großherzog an seiner Ansicht fest, daß der Eintritt Badens in den Nordbund allein imstande wäre, die deutsche Sache rasch zu fördern. Lorenz S. 341/342.

Quelle: Korr. des Großherzogs mit Jolly.

Um den 25. Auf den Vorschlag des Großherzogs in dem Schreiben vom 24. September hin hat das badische Ministerium in Berlin und in Karlsruhe bei dem Grafen Flemming den Wunsch um Aufnahme Badens in den Nordbund aussprechen lassen. Flemming teilt mit, daß der Antrag auf Annahme rechnen könne. Lorenz S. 342; vgl. Brandenburg I, 59/60.

Quelle: Korr. des Großherzogs mit Jolly.

Oktober 1. Bericht Mohls über die Lage in München und die Stellung der maßgebenden Kreise zur deutschen Einheit.

Inhalt: Der König sei vollkommen unzugänglich, Bray sehr zurückhaltend, er habe von Mohl und von Soden erklärt, man werde Österreich in irgend einer Form in den neuen deutschen Bund aufnehmen müssen. Der bayrische Gesandte in Wien Schrenck wirke ganz im partikularistischem Sinne. Lorenz S. 343/344; vgl. Brandenburg I, 68/69.

2. Graf Flemming teilt Freydorf auf Grund einer telegraphischen Weisung Bismarcks mit, daß der Antrag Badens auf Eintritt in den norddeutschen Bund nunmehr willkommen sein werde.

Oktober 2. Der Antrag wird am selben Tage formuliert. Lorenz S. 342; Meyer S. 63/64; vgl. Brandenburg I, 69/70.

Quelle: Badische Staatsakten.

15. Schreiben des Kronprinzen an seine Schwester, die Großherzogin.

Inhalt: Bismarck ist eifrig tätig für die deutsche Sache. Der Kronprinz verspricht sich von dem Kaisertum großen Einfluß auch auf die Regelung der Verfassungsverhältnisse. Ober- und Staatenhaus ist zu verlangen. Elsaß-Lothringen wird Reichsland. Lorenz S. 407/408; vgl. Brandenburg I, 88/89.

vor dem 15. Bericht Mohls aus München: König Ludwig ist der Errichtung des neuen preußischen Kaisertums abgeneigt. Lorenz S. 412; s. o. S. 40.

Mitte Okt. Mohl erhält den Auftrag, sich in vorsichtiger Weise in München über die Aussichten des Kaisertums zu unterrichten und die maßgebenden Kreise auf einen vom Großherzog beabsichtigten Besuch in München vorzubereiten. Er kann nur Bray sprechen, der ihm hinsichtlich der Stellung Ludwigs zum Kaisertum keine großen Hoffnungen macht. Lorenz S. 412; s. o. S. 40/41.

Quelle: Korr. des Großherzogs mit Gelzer.

16. Schreiben des Großherzogs an Jolly.

Inhalt: Der Großherzog teilt Jolly das Schreiben Bismarcks aus Versailles vom 12. Oktober im Wortlaute mit; ebenso den Inhalt eines Berichtes Mohls vom 15. Oktober, daß man sich in München ratlos fühle und über das Verhalten Württembergs erbost sei. Trotzdem hätten sich die Bayern nach einem am 16. Oktober eingetroffenen Telegramm Mohls doch schliefslich zur Reise nach Versailles entschlossen. Lorenz S. 334; 608/609; vgl. Brandenburg I, 81/82 u. 89/90.

Quelle: Korr. des Großherzogs mit Jolly.

Oktober 20. Die badischen Minister reisen von Karlsruhe ab. Ihre Instruktion lautet dahin, daß die Bier- und Branntweinsteuer eventuell Baden vorbehalten bleiben solle. Für Post- und Telegraphenwesen werden Übergangsbestimmungen gefordert. Für die Zentralisierung des Militärwesens ist entschieden einzutreten. Lorenz S. 347/348; vgl. Brandenburg I, 91; s. o. S. 7 f.

Quelle: Badische Staatsakten.

Um den 20. Schreiben des Großherzogs an Gelzer.

Inhalt: Der Großherzog berichtet Gelzer, daß er schon Mohl vor ein paar Tagen in der Kaiserfrage Weisung gegeben habe. Dieser habe aber von Bray nicht viel erfahren können. Wenn die Verhandlungen in Versailles günstige Resultate zeitigen sollten, wäre der Augenblick da, Ludwig aus seinen Bergen herauszulocken. Lorenz S. 413; vgl. Brandenburg II, 40/41;[1]) s. o. S. 41.

Quelle: Korr. des Großherzogs mit Gelzer.

Wenige Tage später: Die Antwort Gelzers auf das Schreiben des Großherzogs.

Inhalt: Gelzer rät, der Großherzog möge ohne die Zustimmung des Kanzlers nichts unternehmen. Lorenz S. 413; s. o. S. 41/42.

Quelle: Korr. des Großherzogs mit Gelzer.

22. Ein Brief des Kronprinzen an den Großherzog ist in Karlsruhe eingetroffen.

Inhalt: Bismarck hoffe König Ludwig für die Stellung des Antrages zu gewinnen. König Wilhelm habe seinen Widerstand gegen die Kaiserwürde aufgegeben. Lorenz S. 410 (in dem Schreiben des Großherzogs an Jolly vom 24. Oktober ist des kronprinzlichen Briefes Erwähnung getan).

24. Schreiben des Großherzogs an Jolly nach Versailles.

Inhalt: Jolly erhält den Auftrag sich bei Bismarck über den gegenwärtigen Stand der

[1]) Die Datierung bei Brandenburg II, 40/41 ist nicht richtig.

Oktober 24. Kaiserfrage zu unterrichten, da der Großherzog ohne die Einwilligung des Kanzlers darin nichts selbständig unternehmen möchte. Lorenz S. 403 bis 411; vgl. Brandenburg II, 2—4; s. o. S. 37/38.

Quelle: Korr. des Großherzogs mit Jolly.

26. Schreiben Freydorfs an den Großherzog.

Inhalt: Die augenblickliche, durch die Verhandlungen geschaffene Lage wird darin dargelegt. Freydorf teilt mit, daß Bayern schon während der ersten Verhandlungstage nicht unerhebliche Schwierigkeiten biete. Lorenz S. 348/349; vgl. Brandenburg II, 5.

In diesen Tagen machte Delbrück Freydorf mit den bayrischen Forderungen bekannt. Lorenz S. 349.

Quelle: Tagebuch Freydorfs.

29. Gespräch Freydorfs mit Bismarck.

Inhalt: Bismarck rechtfertigt seine Politik seit 1866, seine Zurückhaltung gegenüber Bayern, erwähnt die Forderungen der Bayern, hofft, daß Bayern, wenn die anderen erst abgeschlossen hätten, auch kommen würde. Die Einmischung der Fürsten beklagt er. Widerlegt die Fabel von Biarritz und spricht den Wunsch aus, der Großherzog möchte 14 Tage vor den Königen nach Versailles kommen. Lorenz S. 350/351, 411/412; Deutsche Revue 1883, IV, 284.

Quelle: Tagebuch Freydorfs.

30. Jolly bei Bismarck im Spezialauftrag des Großherzogs: Der Kanzler ist durchaus für die Errichtung des Kaisertums. Er hält ein Schreiben Großherzog Friedrichs an König Ludwig über die Kaiseridee für zeitlich richtig und angebracht. Lorenz S. 411; Jolly S. 187; vgl. Brandenburg II, 17;[1]) s. o. S. 38/39.

Quelle: Korresp. des Großherzogs mit Jolly.

---

[1]) Die Datierung bei Brandenburg II, 17 stimmt nicht ganz.

Oktober 31. Jolly berichtet über seine Unterredung mit Bismarck am 30. Oktober. Lorenz S. 411; zum Datum vgl. Jolly S. 189.

November 1. Ministerkonferenz bei Bray. Man besprach sich über die schwebenden Fragen, die Oberhausfrage wurde nur gelegentlich gestreift. Lorenz (S. 356) ist mit seiner Quelle von dieser Unterredung nicht richtig unterrichtet; vgl. Brandenburg II, 34—39; s. o. S. 22/23.

Quelle: Tagebuch Freydorfs.

Anfang November Mohl berichtet aus München über die Unzugänglichkeit und Unentschlossenheit König Ludwigs: Einer Einladung der Königin Olga zu einem Besuche in Friedrichshafen gibt er nicht Folge. Ins Hauptquartier möchte er auch nicht reisen. Er äußert sich dahin, daß er einer Übertragung der Kaiserwürde an König Wilhelm nimmermehr seine Zustimmung geben werde. Lorenz S. 353; s. o. S. 19.

3. Delbrück erklärt Jolly, daß ein Abschluß mit Bayern wenig Aussichten habe. Lorenz S. 352; s. o. S. 18/19.

Quelle: Jolly S. 192. 195.

7. Besuch des Großherzogs bei seinem Schwiegervater: König Wilhelm gibt seine Unzufriedenheit über Bayern zu erkennen. Er ist für ein einheitliches Heer. Schlägt die Leistungen der bayrischen Korps nicht allzu hoch an. Tadelt Württemberg, daß es militärische Prärogative beibehalten will. Lorenz S. 354/355; s. o. S. 19/20.

Quelle: Tagebuch des Großherzogs.

9. Bismarck referiert dem Großherzog über die augenblickliche politische Lage: Der Kanzler beklagt sich über die Schwierigkeiten, die ihm von allen Seiten, vor allem von den Generalen bereitet werden. Die Forderungen der Bayern hält er für völlig unannehmbar; erklärt sich

November 9. gegen den Gedanken eines Ober- oder Staatenhauses. Für die Errichtung des Kaisertums ist er eifrig tätig. Lorenz S. 354, 356/357; s. o. S. 20—22.

Quelle: Tagebuch des Großherzogs.

12. Bismarck stattet dem König über den württembergischen Zwischenfall Bericht ab. Der König glaubt nicht, daß es mit der Einheit zu einem guten Ende kommen wird. Das Verhalten Württembergs werde auch auf Bayern seine Wirkung üben. Lorenz S. 358/359.

Quelle: Tagebuch des Großherzogs.

Der Großherzog sucht den Kanzler am Abend desselben Tages auf. Er ist besorgt, daß der Abschluß mit Baden und Hessen durch die württembergischen Seitensprünge auch hinausgeschoben werden könnte. Bismarck bezeichnet Gasser als den Urheber der Intrige. Die ungemütliche Stimmung des Kanzlers wird durch den Besuch des Großherzogs nur noch verschlimmert. Lorenz S. 359 und Anhang S. 612; s. o. S. 25.

Quelle: Tagebuch des Großherzogs.

15. Abschluß mit Baden und Hessen. Jolly kommt mit Delbrück in einen kleinen Streit, weil dieser nur Württemberg eine Ausnahme vom Artikel 68 zugestehen will. Er setzt es durch, daß ein Nebenprotokoll aufgestellt wird, welches bestimmt, daß Ausnahmen hinsichtlich des Artikels 68 der Verfassung auch für Baden und Südhessen Geltung haben sollten, wenn Württemberg den Artikel 68 nicht anerkennen würde. Lorenz S. 358; Jolly S. 199; s. o. S. 24/25.

Quelle: Tagebuch Freydorfs.

Gelzer fragt in einem Briefe an Eisenhart unter Beifügung des Schreibens des Großherzogs an König Ludwig an, ob er eine Audienz beim Könige erhoffen könne, anderenfalls bitte er um

November 15. eine Zusammenkunft mit Eisenhart selbst. Lorenz S. 414; vgl. Brandenburg II, 72—74; s. o. S. 42/43.

Quelle: L. von Kobell S. 32—34.

16. Freydorf berichtet nach Karlsruhe über den Abschluß des norddeutsch-badischen Vertrages. Lorenz S. 359; vgl. Brandenburg II, 74.

Quelle: Badische Staatsakten.

18. Freydorf verabschiedet sich von Bismarck. Der Beitritt Württembergs ist wieder wahrscheinlich, auch die Verhandlungen mit Bayern sind dem Abschluß nahe, berichtet der Kanzler. An einen Frieden sei noch nicht zu denken. Lorenz 361, 507; s. o. S. 25/26.

Quelle: Tagebuch Freydorfs.

Besprechung Gelzers mit Eisenhart, der im Auftrage König Ludwigs sich nach München begeben hatte: Der König wolle erst die Rückkehr seiner Minister abwarten, ehe er sich zu der Kaiserfrage äußern könne. Er betrachte die Erneuerung der Kaiserwürde als eine Beschränkung der königlichen Souveränität, auch seien einzelne Glieder des königlichen Hauses gegen die Errichtung des Kaisertums. Die Einwände der Gegner könne man damit am besten entkräften, daß Preußen die Stellung Bayerns als zweite deutsche Macht zu rechter Geltung kommen lasse. Lorenz S. 414/415; vgl. Brandenburg II, 77/78; L. von Kobell S. 35; s. o. S. 42.

Quelle: Korrespondenz des Großherzogs mit Gelzer.

Nach dem 18. Weitere Unterredungen Gelzers mit Eisenhart. Dieser wünscht vor allem von Gelzer zu wissen, ob König Ludwig nicht den Antrag auf Erneuerung des Kaisertums schriftlich oder durch Vertretung stellen könne. Lorenz S. 415; s. o. S. 42/43.

Quelle: Korrespondenz des Großherzogs mit Gelzer.

November 19. Bismarck besucht den Großherzog. Er bittet diesen um seine Unterstützung für den Fall, daß König Wilhelm und der Kronprinz dem bayrischen Vertrage Opposition machen sollten. Die Bayern haben sich verpflichtet, die Kaiserwürde anzubieten, bekommt Großherzog Friedrich vom Kanzler zu hören. Auch seine Beziehungen zur Kurie berührt Bismarck im Laufe des Gesprächs. Lorenz S. 367—371, 488; s. o. S. 26/27.

Quelle: Tagebuch des Großherzogs.

23. Der Großherzog begibt sich zum König. Dieser teilt ihm mit, er habe schon am Morgen auf Grund des Vortrages des Kanzlers den Vertrag genehmigt. Der König ist gut gelaunt. Lorenz S. 371/372; s. o. S. 27.

Quelle: Tagebuch Großherzog Friedrichs.

24. Gespräche Mohls mit Eisenhart und Hohenlohe. Eisenhart ist in Sorge um die Annahme der Verträge durch den Norddeutschen Reichstag. Hohenlohe will selber nach Berlin gehen, um dort einen beruhigenden Einfluß auszuüben. Lorenz S. 376.

Quelle: Ein Bericht Mohls.

25. Abschiedsaudienz Brays beim Großherzog: Die bayrische Territorialfrage und das „Königreich Baden“ steht im Mittelpunkt der Unterredung. Man spricht von König Ludwig, den bayrischen Konzessionen. Bray schätzt das Gesandtenvertretungsrecht Bayerns und den diplomatischen Ausschuß zu Lebzeiten Bismarcks nicht sehr hoch ein. Lorenz S. 373—375; Anhang S. 613; s. o. S. 28/29.

Quelle: Tagebuch Großherzog Friedrichs.

26. Holnstein macht dem Großherzog und König Wilhelm seinen Besuch und nimmt an der königlichen Tafel teil. Den Großherzog unterrichtet er von dem Zweck seiner Anwesenheit in Versailles

November 26. und von Ludwigs Stellung zur Kaiserfrage. Lorenz S. 419/420; s. o. S. 44 ff.

Quelle: Tagebuch des Großherzogs.

27. Bismarck besucht den Großherzog. Der Kanzler beabsichtigt Holnstein eine Vorlage für den „Kaiserbrief" Ludwigs mitzugeben. Vor allem bittet er den Großherzog um seine Unterstützung in der Beschießungsfrage. Lorenz S. 420/421. 476/477; s. o. S. 48/49.

Quelle: Tagebuch des Großherzogs.

27. Bericht Freydorfs aus Berlin an das Staatsministerium in Karlsruhe.

Inhalt: Vertrauliche Mitteilungen über die Schwierigkeiten bei den Verhandlungen mit Württemberg. Lorenz, Anhang S. 613—616; vgl. Brandenburg II, 108—111.

Um den 28. Freydorf hat in Berlin eine Unterredung mit Delbrück über den bayrischen Vertrag. Er drückt sein Bedauern über die große Zahl der bayrischen Reservate aus, den Artikel V des bayrischen Vertrages hält er für besonders schädlich. Delbrück verteidigt im Sinne Bismarcks die Bayern gegenüber eingeschlagene Politik. Lorenz S. 379/380; vgl. Brandenburg II, 111/112; s. o. S. 33—35.

Quelle: Bericht Freydorfs an das Staatsministerium.

Ende November Bericht Mohls über die Haltung des Münchener Hofes: Die Prinzen Otto und Adalbert hätten sich gegen das Kaisertum erklärt, v. d. Pfordten in Wien und der österreichische Gesandte in München von Bruck seien gegen die Kaisersache aufgeboten worden. Dies seien die letzten, gegen die Errichtung des Kaisertums eingeschlagenen, erfolglosen Maßnahmen der Gegenpartei gewesen. Lorenz S. 417; s. o. S. 43.

Seit Ende November Agitation Freydorfs gegen den Bundesratsausschuß der drei Königreiche.

Dezember 2. Gespräch Freydorfs mit Lutz. Freydorf wünscht Erweiterung des Ausschusses um zwei Stimmen. Lorenz S. 387/388; s. o. S. 35/36.

Quelle: Bericht Freydorfs an das Staatsministerium.

1. Bericht Mohls aus München über eine Unterredung mit Bray. Dieser weiß die Reservate in ein recht günstiges Licht zu setzen, vor allem den diplomatischen Ausschuß. Lorenz S. 377; s. o. S. 30/31.

3. Bismarck beim Großherzog, um diesen zum Geburtstage seiner Gemahlin zu beglückwünschen. Man kommt auf Holnstein zu sprechen. Der Kanzler bittet den Großherzog, daß er, falls der von Holnstein mitgebrachte Brief König Ludwigs einen bezüglichen Antrag enthalte, sofort die Zustimmungserklärungen der Fürsten zu dem von Ludwig unternommenen Schritte einholen solle.

Wenig nachher kommt Holnstein zum Großherzog. Er erzählt von König Ludwig und bemerkt, daß dieser das Schreiben an König Wilhelm bis auf einen kleinen Zusatz nach dem Konzepte Bismarcks abgeschrieben habe.

Abends Diner bei König. Bismarck verabredet mit dem Großherzog sich dahin, daß dieser nun mit der Sammlung der fürstlichen Zustimmungserklärungen beginnen möge. Der Kanzler schickt noch am selben Abend dem Großherzog den „Kaiserbrief“ König Ludwigs zu. Lorenz S. 423—426; s. o. S. 49—53.

Quelle: Tagebuch des Großherzogs.

Am selben Tage übersendet Gelzer in München König Ludwig eine Denkschrift über das Kaisertum. Lorenz S. 415; zum Datum vgl. Gelzer S. 26; s. o. S. 43.

Quelle: Korrespondenz des Großherzogs mit Gelzer oder Tagebuch Gelzers.

Dezember
Anfang
(vor 6. Dez.)

Berichte Mohls aus München. Auch den fremden Diplomaten weiß Bray Wunderdinge von den bayrischen Reservaten zu erzählen. Der König hat noch nicht einmal den Vortrag der zurückgekehrten Minister gehört. Lorenz S. 377/378; s. o. S. 32.

4.

Der Großherzog besucht seinen Schwiegervater und findet ihn in gereizter Stimmung. Lorenz S. 392.

Quelle: Tagebuch des Großherzogs.

Bismarck begibt sich zum Großherzog und erzählt ihm, daß man fortfahre, die Beschießung zu verzögern. Lorenz S. 477; s. o. S. 49.

Quelle: Tagebuch des Großherzogs.

5.

König Johann von Sachsen teilt telegraphisch nach Versailles mit, daß er König Ludwig schon seine Zustimmung zu dem Antrage ausgesprochen habe. Lorenz S. 425; s. o. S. 53.

Quelle: Tagebuch des Großherzogs.

8.

Das offizielle, vom 1. Dezember datierte Schreiben König Ludwigs an den Großherzog mit der Aufforderung, die Beitrittserklärungen der Fürsten zu sammeln und einzusenden, trifft in Versailles ein. Lorenz S. 426; vgl. Brandenburg II, 115.

Quelle: Tagebuch des Großherzogs.

9.

Bismarck hält dem König Vortrag. Er unterrichtet ihn von der Absicht des Reichstags, eine Adreßdeputation nach Versailles zu senden. Der König ist sehr ungehalten darüber, er will sie nicht empfangen. Lorenz S. 426; s. o. S. 55/56.

Quelle: Tagebuch des Großherzogs.

Konferenz der süddeutschen Bevollmächtigten, Delbrücks und des Präsidenten des Oberhandelsgerichts Pape über die Einführung der Titel „Kaiser und Reich“ in die Verfassung des Deutschen Bundes. Freydorf

Dezember 9. erklärt sich für eine von Pape vorgeschlagene Definition der Kaiserwürde, die den zentralistischen Charakter des Kaisertums deutlich zum Ausdruck bringt. Auch er möchte die Bezeichnung „Präsidium“ durch „Oberhaupt des Deutschen Reiches“ ersetzt sehen, er stimmt aber schließlich dem vermittelnden Vorschlag Delbrücks zu. Lorenz S. 622; vgl. Poschinger, Fürst Bismarck und der Bundesrat, 1896—1901. I, 336.

Quelle: Bericht Freydorfs an das Staatsministerium.

11. Diner beim König. Der Großherzog bemüht sich den Unmut des Königs über die angekündigte Reichstagsdeputation zu verscheuchen. Er macht den Vorschlag, man solle an König Ludwig telegraphieren, er möge die Zustimmungserklärungen der Fürsten so schnell wie möglich nach Versailles senden. Bismarck, den er aber auf Wunsch des Königs zuvor um Rat fragen will, ist nicht zu sprechen. Lorenz, S. 427; s. o. S. 56 57.

Quelle: Tagebuch des Großherzogs.

Gelzer bekommt die Antwort König Ludwigs auf die Denkschrift vom 3. Dezember. Lorenz, S. 416; s. o. S. 43.

Quelle: Tagebuch oder Korrespondenz Gelzers.

12. Abeken im Auftrage Bismarcks beim Großherzog. Er teilt diesem den Wortlaut der Adresse mit. Die Absendung eines Telegramms an König Ludwig wird beschlossen. Lorenz, S. 427; 435; s. o. S. 56/57.

Quelle: Tagebuch des Großherzogs.

Der Großherzog unterrichtet König Wilhelm von dem Wortlaut der Adresse. Lorenz, S. 435; s. o. S. 57.

Quelle: Tagebuch des Großherzogs.

Dezember
Zwischen 13.—16.

Briefe aus Berlin, vor allem von der Königin Augusta unterziehen die Schwächen der neuen Verfassung und die mangelhafte Ausgestaltung des Kaisertums der schärfsten Kritik. Dem gegenüber verteidigt König Wilhelm vor dem Großherzog das Erreichte. Man kommt auf die Titel- und Rangfragen des neuen Kaisertums zu sprechen. Der Großherzog wünscht, daß dabei der zentralistische Charakter des Kaisertums recht deutlich zum Ausdruck komme. Lorenz, S. 435/436; s. o. S. 57/58.

Quelle: Tagebuch des Großherzogs.

18.

Empfang der Reichstagsdeputation. Der König ist mit seinem Kanzler wieder völlig ausgesöhnt. Er ersucht den Großherzog während der Tafel um einen Vorschlag einer würdigen Proklamation des Kaisertums. Der König hat als geeignetsten Termin für die Proklamation das nahe Christfest im Auge.

Am Abend kommt Abeken im Auftrage des Kanzlers zum Großherzog. Dieser läßt durch Abeken Bismarck seinen Plan für eine Proklamation übermitteln. Der Vorschlag des Großherzogs erweist sich aber bald als undurchführbar. Lorenz, S. 439—441; s. o. S. 58.

Quelle: Tagebuch des Großherzogs.

Seit Mitte Dezember

Berichte Mohls aus München wissen von der unerfreulichen Haltung der Kammern und der Hofkreise zu erzählen. Der König hat sich ganz auf seinen partikularistischen Standpunkt zurückgezogen. Bray verhält sich der Entwicklung der Dinge gegenüber ganz gleichgültig. Lorenz, S. 441/442; 444/445; s. o. S. 58/59.

28.

Der Kronprinz befaßt sich mit einer Proklamation für Kaiser und Reich. Lorenz, S. 448/449; s. o. S. 62.

Quelle: Tagebuch des Großherzogs.

Dezember 29. Mohl berichtet aus München, die von der Kurie beabsichtigte Sendung Antonellis nach Versailles zur Beglückwünschung König Wilhelms anläßlich der Erneuerung des Kaisertums mache auf die extremen „Patrioten“ auch nicht den geringsten Eindruck. Lorenz, S. 444/445; 489; s. o. S. 59.

31. Silvesterabend bei König Wilhelm. Der König will vorläufig von einer öffentlichen Kundgebung des Kaisertums nichts wissen. Die Fürsten wünschen, daß am Neujahrstage in einer kleinen Ansprache der Schöpfung von Kaiser und Reich gedacht werde. Der König kann sich jedoch noch nicht dazu entschließen, seine Einwilligung zu erteilen. Lorenz, S. 449; s. o. S. 63.

Quelle: Tagebuch des Großherzogs.

1871

Januar 1. Am Neujahrsmorgen verabreden die anwesenden Fürsten, der Großherzog von Baden solle an der Tafel eine Rede in ihrem Namen halten. Der Großherzog erhält schließlich auch die Genehmigung des Königs dazu. Er feiert an der Tafel in begeisterten Worten „König Wilhelm, den Siegreichen“. Lorenz, S. 449—452; s. o. S. 63.

Quelle: Tagebuch des Großherzogs.

5. König Wilhelm fordert Bismarck auf, ihm Vorschläge in den Titel- und Rangfragen des neuen Kaisertums zu unterbreiten. Lorenz, S. 452; vgl. Brandenburg, II, 135; s. o. S. 63/64.

Quelle: das Tagebuch des Großherzogs (auch für die Schilderung der Vorgänge der folgenden Tage bis zur Kaiserproklamation).

8. (?) Delbrück im Auftrage Bismarcks beim Kronprinzen, um dessen Meinung über die von dem König geforderten Vorlagen zu hören. Der Kronprinz ist für den Titel „Kaiser von Deutschland“, auch das ganze königliche Haus soll

Januar 8. kaiserlich werden, ebenso Heer, Marine usw. Vergebens sind die Einwände, die Delbrück gegen den Titel „Kaiser von Deutschland“ erhebt. Lorenz, S. 453; s. o. S. 64/65.

Um den 9. Vortrag des Kanzlers beim Könige. Man kommt auf die Titel- und Rangfragen zu sprechen. Der König ist für den Titel „Kaiser von Deutschland“. Lorenz, S. 453—454; s. o. S. 65/66.

10. Audienz des Prinzen Luitpold bei König Wilhelm. Sein Auftrag geht dahin, einen Erlaß des Fahneneides der bayrischen Truppen für den König von Preußen zu erwirken. Er überreicht ferner noch einen Brief König Ludwigs, worin dieser sein Fernbleiben von Versailles kurz entschuldigt. Lorenz, S. 445/446; vgl. Brandenburg II, 135/136; s. o. S. 59—61.

11. oder 12. An einem dieser Tage zieht der Großherzog von Baden die Fürsten zu einer Beratung. Man will König Wilhelm veranlassen, bei einem etwaigen negativen Votum der bayrischen Kammern in der Kaiserfrage selbständig vorwärtszuschreiten. Lorenz, S. 455; s. o. S. 66/67.

13. Delbrück im Auftrage Bismarcks beim Großherzog. Er soll diesem gegenüber den Standpunkt des Kanzlers in dem Titelstreite zu rechtfertigen sich bemühen. Seine trockenen Ausführungen vermögen aber den Großherzog nicht zu einer anderen Ansicht zu bekehren. Nach wie vor erklärt er sich für die von dem Könige und dem Kronprinzen vertretene Fassung des Kaisertitels. Lorenz, S. 455/456; s. o. S. 66/67.

14. Der Großherzog bespricht mit König Wilhelm die Titelfrage. Er bestärkt seinen Schwiegervater in der Anschauung, sich der von Bismarck gewünschten Formulierung des Titels gegenüber ablehnend zu verhalten. Lorenz, S. 456/457; s. o. S. 67.

Januar 15. Der Kronprinz tritt bei dem Könige ebenfalls mit Erfolg für die Bezeichnung „Kaiser von Deutschland“ ein. Lorenz, S. 457; s. o. S. 67.

16. Resolution des Königs an den Kanzler. König Wilhelm spricht sich nochmals für den Titel „Kaiser von Deutschland“ aus. In den übrigen Punkten tritt er vorwiegend den Anträgen Bismarcks bei.

In seiner schriftlichen Erwiderung verteidigt der Kanzler mit hartnäckiger Entschiedenheit den von ihm in der Titelfrage eingenommenen Standpunkt.

Die Fürsten halten Rat. Keiner von ihnen, auch nicht der Großherzog von Baden, will sich für den Kanzler erklären. Großherzog Friedrich kann die Besorgnis nicht los werden, daß der Übermut der Bayern bei Erfüllung dieser Titelforderung sich noch steigern möchte. Lorenz S. 458/459; s. o. S. 68.

17. Konferenz über die Titel- und Rangfragen beim König. Stürmische Debatte. Der König will schon die Feierlichkeit ganz absagen lassen. Der Kanzler stellt seinerseits seinen Rücktritt in Aussicht. Lorenz S. 459—461; s. o. S. 70.

18. Schon früh am Morgen erhält der Großherzog von dem König sowie vom Kronprinzen schriftliche Weisungen, er solle sich bei seinem Hoch auf den Kaiser der von ihnen gewünschten Formulierung des Titels bedienen. Der Großherzog ist unschlüssig, was er tun soll, und sucht Bismarck auf. Es gelingt dem Kanzler, den Großherzog auf seine Seite hinüberzuziehen und sich seiner Unterstützung zu versichern. Da der König, den der Großherzog kurz vor Beginn der Feierlichkeit in dieser Sache noch einmal anspricht, sich zu einem Entgegenkommen nicht

Januar 18. bereit finden läßt, kommt der Großherzog auf einen Ausweg. In seinem Hoch auf den Kaiser wendet er keine von beiden so heiß umstrittenen Bezeichnungen des Titels an, er läßt seinen Ruf auf „Kaiser Wilhelm“ ausklingen.

An der Tafel erfährt der Großherzog von dem Kronprinzen wie von Bismarck Einzelheiten aus der Konferenz vom 17. Januar. Lorenz S. 462—466; s. o. S. 69—72.

Lebenslauf.

Am 4. Dezember 1887 wurde ich, Max Richard Gerhard Kaulfuß, als Sohn des Dachdeckermeisters Otto Kaulfuß zu Sorau N.-L. geboren. Von Staatsangehörigkeit bin ich Preuße, evangelischen Bekenntnisses.

An der Mittelschule zu Sorau empfing ich meinen ersten Unterricht. Dann kam ich auf das dortige humanistische Gymnasium, wo ich Ostern 1907 das Zeugnis der Reife erhielt.

Um mich besonders historischen und germanistischen Studien zu widmen, bezog ich zuerst die Universität Straßburg. Mit dem dritten Semester siedelte ich nach Halle über.

Vorlesungen hörte ich bei den Herren Professoren und Dozenten: Bremer, Bresslau, Fester, Fries, Goldschmidt, Heldmann, Henning, Holtzmann, Kiener, Krueger, Lindner, Lobstein, Loofs, Martin, Menzer, Neumann, Niese, Robert, v. Ruville, Saran, Strauch, Uphues, Voigt, Wiegand, Wiese, Ziegler. An ihren Übungen bezw. Seminaren gestatteten mir die Teilnahme die Herren: Bremer, Fester, Holtzmann, Saran, Strauch.

Besonderen Dank sage ich Herrn Professor Dr. Fester für seine Anregung zu dem hier behandelten Thema und für seine stets freundlichst erteilten Ratschläge.